

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Begriffsbestimmungen und gleichwertiges Abweichen	§§
Begriffsbestimmungen	1
Gleichwertiges Abweichen	2
2. Teil: Ein- oder Zweifamilienhäuser	
1. Abschnitt: Allgemeine Anforderungen	
Dauerhaftigkeit	3
Allgemeiner Brandschutz	4
Fluchtwege	5
<i>(entfällt)</i>	6
Schallschutz	7
2. Abschnitt: Wände, Decken, Fußböden, Verputze, Verkleidungen, Dächer und Vorbauten	
1. Kapitel: Wände	
Brandwiderstand von Wänden	8
Brandwände	9
Außenwände als Brandwände	10
2. Kapitel: Decken	
Brandwiderstand von Decken	11
Sonstige Anforderungen an Decken	12
3. Kapitel: Fußböden	
Brennbarkeit von Fußbodenbelägen	13
4. Kapitel: Verputze und Verkleidungen	
Außenwände	14
5. Kapitel: Dächer	
Dachneigung	15
Dacheindeckung	16
Dachöffnungen und Dachaufbauten	17
Zugänge zu nicht ausgebauten Dachräumen	18
Ableitung der Dachwässer	19
6. Kapitel: Vorbauten	
Anforderungen an Vorbauten	20

3. Abschnitt: Gänge und Stiegen	
Stiegen	21
Durchgangsbreite und Durchgangshöhe von Gängen und Stiegen	22
Stufen	23
Handläufe	24
4. Abschnitt: Fenster, Türen, Verglasungen, Geländer, Brüstungen und Schächte	
Fenster	25
Türen und Tore	26
Verglasungen	27
Geländer und Brüstungen	28
Schächte	29
5. Abschnitt: Feuerungsanlagen, Heizräume und Brennstofflager	
Anforderungen	30
6. Abschnitt: Haustechnische Anlagen	
1. Kapitel: Lüftungen	
Allgemeines	31
Brandsicherheit	32
Lüftung ohne mechanische Lüftungsanlage	33
2. Kapitel: Wasser und Abwasser	
Trinkwasserversorgung	34
Anlagen für Abwasser	35
Senkgruben und Sickergruben	36
7. Abschnitt: Wohnungen, Aufenthaltsräume und Räume anderer Art	
Niveau der Räume	37
Raumhöhe	38
Beheizung, Belichtung und Belüftung von Aufenthaltsräumen	39
Wohnungen	40

Wohnungen und Aufenthaltsräume im Dachgeschoß	41
Belüftung von Nebenräumen	42
8. Abschnitt: Mögliche Ausnahmen	
Ausnahmen	43
3. Teil: Andere Gebäude und Bauwerke	
9. Abschnitt: Allgemeine Anforderungen	
Dauerhaftigkeit	44
Allgemeiner Brandschutz	45
Fluchtwege	46
<i>(entfällt)</i>	47
Schallschutz und Erschütterungsschutz	48
10. Abschnitt: Wände, Decken, Fußböden, Verputze, Verkleidungen, Dächer und Vorbauten	
1. Kapitel: Wände	
Brandwiderstand von Wänden	49
Brandwände	50
Außenwände als Brandwände	51
Innenwände als Brandwände	52
2. Kapitel: Decken	
Brandwiderstand von Decken	53
Sonstige Anforderungen an Decken	54
3. Kapitel: Fußböden	
Fußböden und Fußbodenbeläge	55
Brennbarkeit von Fußbodenbelägen	56
4. Kapitel: Verputze und Verkleidungen	
Außenwände	57
Wände, Decken und Dachuntersichten	58
5. Kapitel: Dächer	
Dachkonstruktion	59
Dachneigung	60
Dacheindeckung	61
Dachöffnungen und Dachaufbauten	62

Zugänge zu nicht ausgebauten Dachräumen	63
Ableitung der Dachwässer	64
6. Kapitel: Vorbauten	
Anforderungen an Vorbauten	65
11. Abschnitt: Gänge, Stiegen und Stiegenhäuser	
Gänge und sonstige Verbindungswege	66
Stiegen	67
Durchgangsbreite und Durchgangshöhe von Gängen und Stiegen	68
Zwischenpodeste und Stufen	69
Handläufe	70
Stiegenhäuser	71
Brandschutzbestimmungen für Stiegenhäuser	72
12. Abschnitt: Fenster, Türen, Verglasungen, Geländer, Brüstungen, Schächte und Falltüren	
Fenster	73
Türen und Tore	74
Verglasungen	75
Geländer und Brüstungen	76
Schächte und Falltüren	77
13. Abschnitt: Feuerungsanlagen	
Andere Rechtsvorschriften	78
1. Kapitel: Feuerstätten	
Allgemeine Betriebssicherheit	79
Aufstellen von Feuerstätten	80
Ableitung der Abgase	81
2. Kapitel: Schornsteine und Verbindungsstücke	
Brandbeständigkeit von Schornsteinen	82
Sonstige Anforderungen an Schornsteine	83
Mündungen und Querschnitte von Schornsteinen	84
Wärmedurchlaßwiderstand	85
Einleitung in Schornsteine	86
Schornsteinanschlüsse	87

Reinigung von Schornsteinen	88
Verbindungsstücke	89
3. Kapitel: Heizräume	
Anforderungen an Heizräume	90
4. Kapitel: Brennstofflager	
Allgemeine Anforderungen	91
Öllagerräume	92
14. Abschnitt: Haustechnische Anlagen	
1. Kapitel: Aufzüge	
Anforderungen an Aufzüge	93
Personenaufzüge und Fahrtreppen	94
2. Kapitel: Lüftungen	
Allgemeines	95
Brandsicherheit	96
Lüftung ohne mechanische Lüftungsanlage	97
Raumlufttechnische Anlagen	98
3. Kapitel: Wasser und Abwasser	
Trinkwasserversorgung	99
Anlagen für Abwasser	100
Senkgruben und Sickergruben	101
4. Kapitel: Abfall	
Abfallsammelräume	102
Abwurfshächte	103
5. Kapitel: Leitungen	
Verlegung von Leitungen	104
15. Abschnitt: Wohnungen, Aufenthaltsräume und Räume anderer Art	
Niveau der Räume	105
Raumhöhe	106
Beheizung, Belichtung und Belüftung von Aufenthaltsräumen	107
Wohnungen	108
Wohnungen und Aufenthaltsräume im Dachgeschoß	109
Dachbodenresträume	110

Belüftung von Nebenräumen	111
Waschküchen, Wäschetrocknungsräume, Einstellräume und Abstellräume	112

4. Teil: Sondervorschriften für bestimmte Bauwerke

16. Abschnitt: Abgrenzung und erhöhte Anforderungen

Abgrenzung	113
Besonderer Verwendungszweck	114

17. Abschnitt: Erhaltungswürdige Bauwerke, Althausbauten, Bauwerke auf bestimmten Flächenwidmungen und Kleinbauwerke

Erhaltungswürdige Bauwerke und Althausbauten	115
Nebengebäude, Bauwerke im Grünland, auf Verkehrsflächen und Bauwerke vorübergehenden Bestandes	116
Kleinbauwerke	117

18. Abschnitt: *Barrierefreie Gestaltung von Bauwerken*

Allgemeines	118
Eingänge, Stiegen und Aufzüge	119
Gänge und Türen	120
Klosette	121
Wohngebäude	122
Zubauten und Abänderungen	123

19. Abschnitt: Reihenhäuser und Kleinwohnhäuser

Gemeinsame Bestimmungen	124
Reihenhäuser	125
Kleinwohnhäuser	126

20. Abschnitt: Hochhäuser

Brandabschnitte	127
Tragende Bauteile	128

Außenputze und Fassadenverkleidungen	129
Fensterbrüstungen, Loggien und Balkone	130
Sicherheitsschleusen	131
Stiegen	132
Hauptstiegenhäuser, Verbindungsgänge und Kellerstiegenhäuser	133
Sicherheitsstiegenhäuser	134
Personenaufzüge	135
Sicherheitsbeleuchtung und Ersatzstromanlage	136
21. Abschnitt: Bauwerke für größere Menschenansammlungen	
Verwendungszweck	137
Ausnahmen	138
Brandschutz	139
Gänge und Stiegen	140
Ausgänge und Fluchtwege	141
Sicherheitsbeleuchtung und Ersatzstromanlage	142
Klosettanlagen	143
Sitzplätze	144
Stehplätze	145
22. Abschnitt: Verkaufsstätten	
Verwendungszweck	146
Brandschutz	147
Brandschutzeinrichtungen	148
Ausgänge und Verkehrswege	149
Sicherheitsbeleuchtung und Ersatzstromanlage	150
23. Abschnitt: Betriebsgebäude	
Brandschutz	151
24. Abschnitt: Landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Bauwerke	
Wände und Decken von Wirtschaftsgebäuden	152
Stallungen	153
Düngersammelanlagen	154

25. Abschnitt: Abstellanlagen für Kraftfahrzeuge

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Anzahl der Stellplätze	155
Zu- und Abfahrten	156
Rampen	157

2. Kapitel: Garagen

Bauliche Gestaltung von Garagen mit höchstens 100 m ² Nutzfläche	158
Bauliche Gestaltung von Garagen mit mehr als 100 m ² Nutzfläche	159
Fußböden	160
Tore, Türen und Fenster	161
Verbindungen mit anderen Räumen	162
Fluchtwege	163
Lüftung von Garagen	164
Heizungen	165
Brandabschnitte für Garagen mit mehr als 400 m ² Nutzfläche	166
Rauchabzugsöffnungen	167
Brandmeldeanlagen, Fluchtwegorientierungs- und Sicherheitsbeleuchtung	168
Sonderbestimmungen	169
Verbote	170

26. Abschnitt: Schutzräume

Anzahl der Schutzplätze	171
Ausführung	172

5. Teil: Heizungen

27. Abschnitt: Brennstoffe

Zulässige Brennstoffe	173
Feste Brennstoffe	174

28. Abschnitt: Feuerstätten

Allgemeine Anforderungen	175
Emissionsgrenzwerte	176
Wirkungsgrade	177
Technische Dokumentation	178
Typenschild	179

Allgemeine Prüfbedingungen	180
Prüfbedingungen für händisch beschickte Feuerstätten	181
Prüfbedingungen für automatisch beschickte Feuerstätten	182
Prüfbedingungen für Feuerstätten für flüssige Brennstoffe	183
Besondere Prüfbedingungen für Feuerstätten für gasförmige Brennstoffe	184
Feuerstätten über 400 kW Nennwärmeleistung	185
29. Abschnitt: Betrieb von Feuerstätten	
Feuerstätten für gasförmige und für flüssige Brennstoffe	186
Altanlagen	187
30. Abschnitt: Überprüfung von Feuerstätten	
Überprüfungsperiode	188
Überprüfungsumfang	189
Überprüfungsverfahren	190
Prüfbefund	191
Überprüfungsbefugnis	192
Verlust der Überprüfungsbefugnis	193
Prüfung von Gewerbetreibenden	194
Meßgeräte	195
31. Abschnitt: Energiesparende Anforderungen an Zentralheizungs- und Brauchwasseranlagen	
Regelung der Feuerungsleistung bei Zentralheizungsanlagen	196
(<i>entfällt</i>)	197
Bestimmung der Heizlast von Gebäuden	198
32. Abschnitt: Anzuwendende technische Normen	
Geltende technische Normen	199

6. Teil: Lagerung brennbarer Flüssigkeiten	
33. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen	
Brennbare Flüssigkeiten	200
Lagerung	201
34. Abschnitt: Lagerbehälter und Leitungen für brennbare Flüssigkeiten der Gefahrenklasse III	
Mindestausstattung	202
Lagerung in Gebäuden	203
Unterirdische Lagerung	204
Lagerung im Freien	205
Leitungen	206
Absperr- und Sicherheitseinrichtungen	207
Aufschriften	208
Prüfungen, Befunde	209
7. Teil: Umgesetzte EU-Richtlinien, Schlußbestimmungen	
Umgesetzte EU-Richtlinien und Informationsverfahren	210
Schlußbestimmungen	211

1. Teil

Begriffsbestimmungen und gleichwertiges Abweichen

§ 1

Begriffsbestimmungen

Die nachstehenden Begriffsbestimmungen haben folgende Bedeutung:

Abgase (Verbrennungsgase): die in der Feuerungsanlage bei der Verbrennung entstehenden gasförmigen Verbrennungsprodukte einschließlich der in ihnen schwebenden festen oder flüssigen Stoffe sowie die Gaskomponenten, die sich aus der Verbrennungsluft und dem Luftüberschuß oder aus einer allfälligen Abgasreinigung ergeben

brandgefährdeter Raum: Raum, in dem

1. feuergefährliche oder leichtbrennbare Stoffe hergestellt, verarbeitet oder in gefahrdrohender Menge gelagert werden oder
2. aufgrund seines besonderen Verwendungszweckes eine erhöhte Brandgefahr besteht

Brandschutzschleuse: Schleuse mit wirksamer Lüftung ins Freie und mit brandbeständigen Umfassungsbauteilen, nichtbrennbarem Fußboden und brandhemmenden, selbstschließenden und in Fluchtrichtung aufschlagenden Türen

Dachboden: begehbarer, nicht ausgebauter Dachraum über der Decke des obersten Hauptgeschosses

Emissionsgrenzwert bei Feuerungsanlagen: die maximal zulässige Menge eines im Abgas enthaltenen Inhaltsstoffes; der Emissionsgrenzwert (ausgenommen die Rußzahl) wird bei Kleinfeuerungen als Massenwert des Inhaltsstoffes auf den Energieinhalt (Heizwert) des Brennstoffes bezogen (angegeben in Milligramm/Megajoule, mg/MJ)

- o **NO_x-Emissionen:** die Summe der Emissionen von Stickstoffmonoxid und Stickstoffdioxid, berechnet und angegeben als Stickstoffdioxid (NO₂)
- o **OGC-Emissionen:** die Summe der Emissionen von organisch gebundenem Kohlenstoff, berechnet und angegeben als elementarer Kohlenstoff
- o **CO-Emission:** die Emission von Kohlenstoffmonoxid
- o **Staubemission:** die Emission von dispergierten (feinverteilten) Partikeln, unabhängig von Form, Struktur und Dichte; diese wird auf Basis eines gravimetrischen Meßverfahrens quantitativ beurteilt (gewogen)
- o **Rußzahl:** der Grad der Schwärzung eines Filterpapiers, verursacht durch die aus der Verbrennung stammenden und emittierten Feststoffteilchen (qualitative Beurteilung)
- o **Abgasverlust:** Anteil der Brennstoffwärmeleistung, der ungenützt mit den Abgasen den Wärmeerzeuger verläßt
- o **Ölderivate:** schwerflüchtige organische Substanzen, die sich bei der Bestimmung der Rußzahl auf dem Filterpapier niederschlagen

Ein- oder Zweifamilienhaus: Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen und höchstens zwei Hauptgeschossen

Garage: Raum, der zum Einstellen von Kraftfahrzeugen bestimmt ist, einschließlich der Räume und Verbindungswege, die deren Betrieb dienen; bei der Berechnung der Nutzfläche (Gesamtbodenfläche) werden im Freien liegende Zu- und Abfahrten nicht mitgerechnet; das Einstellen eines Kraftfahrzeuges liegt dann nicht vor, wenn die Batterie ausgebaut und der Treibstoffbehälter entleert ist

Hauptstiege und Hauptgang: notwendige Verbindung von Aufenthaltsräumen mit dem Ausgang ins Freie; andere notwendige Verbindungen sind Nebentriegen und Nebengänge

Kleinwohnhaus: Wohngebäude mit drei oder vier Wohnungen und höchstens zwei Hauptgeschossen

Reiche: höchstens 1,20 m breiter Raum zwischen benachbarten Gebäuden

Reihenhaus: Wohngebäude mit

1. reihenartig, nicht übereinander angeordneten Wohnungen (einschließlich Keller und Dachboden)
2. höchstens drei Geschossen mit Aufenthaltsräumen über dem anschließenden Gelände und
3. jeweils eigenen Wohnungseingängen unmittelbar vom Freien

Stand der Technik: der auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Entwicklungsstand fortschrittlicher technologischer Verfahren, Einrichtungen, Bau- und Betriebsweisen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt und erwiesen ist; bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen, Bau- und Betriebsweisen heranzuziehen

Teillast: Wärmeleistung einer Feuerungsanlage, die kleiner ist als die Nennwärmeleistung

Wärmeleistungsbereich: der vom Hersteller der Feuerungsanlage festgelegte Bereich, in dem diese bestimmungsgemäß betrieben werden kann

Wohnungstrennwand: Wand, die Wohnungen voneinander oder von anderen Räumen trennt

Wohnungstrenndecke: Decke, die Wohnungen voneinander oder von anderen Räumen trennt

Wohnungsstiege: Hauptstiege innerhalb einer Wohnung

§ 2

Gleichwertiges Abweichen

Von den nachfolgenden bautechnischen Bestimmungen darf über die bereits vorgesehenen Ausnahmen hinaus dann abgewichen werden, wenn die Abweichung die

wesentlichen Anforderungen nach § 43 Abs. 1 Z. 1 bis 6 der NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, die in dieser Verordnung als Zielvorgaben näher bestimmt sind, gleichwertig erfüllt.

2. Teil Ein- oder Zweifamilienhäuser

1. Abschnitt Allgemeine Anforderungen

§ 3 Dauerhaftigkeit

- (1) Ein- oder Zweifamilienhäuser müssen gegen das Eindringen und Aufsteigen von **Wasser im Boden** (z.B. *Bodenfeuchtigkeit, Grundwasser*) abgedichtet sein.
- (2) Sind Bauteile sonstigen **schädigenden Einwirkungen** ausgesetzt, so müssen sie aus dementsprechend widerstandsfähigen Baustoffen hergestellt oder gegen diese Einwirkungen geschützt sein.

§ 4 Allgemeiner Brandschutz

- (1) **Brandbeständige Bauteile** müssen in ihren wesentlichen Teilen aus **nichtbrennbaren** Baustoffen bestehen; dies gilt nicht für brandbeständige Abschlüsse von Öffnungen.
- (2) **Leichtbrennbare** Baustoffe dürfen dann nicht verwendet werden, wenn sie einen Brand oder dessen Ausbreitung begünstigen können.

- (3) **Tragbare Feuerlöscher** sind für Räume bereitzuhalten, wenn dies wegen ihres besonderen Verwendungszweckes notwendig ist, um Gefahren für Personen und Sachen zu vermeiden (z.B. Heizraum, Brennstofflagerraum, Garage).

§ 5 Fluchtwege

- (1) Jede Wohnung muß in jedem Geschoß mit Aufenthaltsräumen **zwei** voneinander unabhängige **Fluchtwege** haben. Es genügt jedoch **ein Fluchtweg**, wenn über diesen ein sicheres Verlassen des Gebäudes im Brandfall möglich ist.
- (2) Der **zweite Fluchtweg** darf über eine Stelle führen, die von der Feuerwehr von außen mit ihren üblichen Rettungsgeräten erreicht werden kann.
- (3) Führt der zweite Fluchtweg (Rettungsweg) über eine Stelle, die nur mit einer **Fluchtleiter** erreicht werden kann, so darf diese Stelle nicht höher als 8 m über dem anschließenden Gelände liegen, und es müssen die dafür erforderlichen Zugänge und Durchgänge vorhanden sein.

§ 6 (entfällt)

§ 7 Schallschutz

- (1) Für Wohnungen in Ein- oder Zweifamilienhäusern gelten folgende Anforderungen:

1. Luftschalldämmung von Außenbauteilen

resultierendes Schalldämm-Maß,

mindestens

Außenwände einschließlich Fenster
und Türen, Dachschrägen mit

Fenstern 38 dB

2. Luftschalldämmung von Trennbauteilen

bewertetes Schalldämm-Maß R_w ,

mindestens

a) Wohnungstrennwände und
Wohnungstrenndecken 57 dB

b) Wände und Decken zwischen
Wohnungen und solchen Garagen,
die nicht zur Wohnung gehören . . 63 dB

3. Trittschalldämmung

bewerteter Normtrittschall-
pegel $L_{n,T,w}$, **höchstens**

a) Wohnungstrenndecken und Decken
gegen die andere Wohnung 48 dB

b) Decken innerhalb einer Wohnung,
sofern die andere Wohnung durch
Schall-Längsleitung beeinträchtigt
wird 48 dB

c) Stiegen und deren Podeste, sofern
sie mit einer Wohnungstrennwand
gegen Wohnräume verbunden
sind 50 dB

- (2) **Haustechnische Einrichtungen oder Anlagen** in Zweifamilienhäusern, bei deren Betrieb Schall in Wohnräume der anderen Wohnung übertragen wer-

den kann, sind gegen diese Schallübertragung so abzdämmen, daß keine unzumutbaren Belästigungen entstehen.

2. Abschnitt Wände, Decken, Fußböden, Verputze, Verkleidungen, Dächer und Vorbauten

1. Kapitel Wände

§ 8

Brandwiderstand von Wänden

- (1) Außenwände, tragende Innenwände und Wohnungstrennwände müssen mindestens **brandhemmend** sein.
- (2) Eine **brandbeständige** Ausführung ist jedoch erforderlich für Außenwände und tragende Innenwände von Kellerräumen.
- (3) Für **aussteifende Wände, tragende Pfeiler und Stützen** sowie für deren **Unterstützungsbauteile** gelten die Abs. 1 und 2.

§ 9

Brandwände

- (1) Brandwände müssen **brandbeständig** und so beschaffen sein, daß sie bei einem Brand ihre **Stand-sicherheit** nicht verlieren und die **Ausbreitung von Feuer** auf andere Gebäude, Gebäudeteile oder Nachbargrundstücke verhindern.

§ 19 Ableitung der Dachwässer

Dachrinnen, Abfallrohre oder sonstige Einrichtungen zur technisch einwandfreien Sammlung und Ableitung von Niederschlagswässern sind dann erforderlich, wenn

1. diese von einem Dach auf Verkehrsflächen oder Nachbargrundstücke gelangen können oder
2. eine gesammelte Ableitung zur Vermeidung von Beeinträchtigungen (z.B. Durchfeuchtungen) erforderlich ist.

6. Kapitel Vorbauten

§ 20 Anforderungen an Vorbauten

Für Vorbauten (z.B. Balkone, Erker und Veranden) gelten die Bestimmungen für Wände, Decken und Dächer sinngemäß. Ein geringerer oder kein Brandwiderstand ist erforderlich, wenn trotzdem die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist.

3. Abschnitt Gänge und Stiegen

§ 21 Stiegen

- (1) Jedes nicht ebenerdig zugängliche Geschoß muß über eine Stiege (**notwendige Stiege**) erreichbar sein.

- (2) Für Zugänge zu Dachböden oder Spitzböden sind anstelle von Stiegen auch andere Aufstiegshilfen (z.B. Einschubtreppen, Klapptreppen) zulässig.
- (3) Für **zusätzliche Stiegen** gelten die Bestimmungen für notwendige Stiegen nur dann und insoweit, als es die Sicherheit von Personen erfordert.

§ 22

Durchgangsbreite und Durchgangshöhe von Gängen und Stiegen

- (1) **Mindeste Breite**
 1. Hauptgänge und Hauptstiegen: 1 m
 2. Nebengänge und Nebenstiegen: 90 cm
- (2) Zulässige Einengung der Breite von Gängen, Stiegen und Stiegenpodesten (**Durchgangsbreite**):
 1. durch **vorstehende Bauteile** (z.B. Handläufe, Geländer, Pfeiler): höchstens 10 cm
 2. durch **nachträglich eingebaute Aufstiegshilfen** (z.B. Treppenschrägaufzug): höchstens 30 cm (weggeklappt)
- (3) **Mindeste lichte Durchgangshöhe**
 1. von Hauptgängen: 2,10 m
 2. von Hauptstiegen, Nebenstiegen und Nebengängen: 2 m

§ 23

Stufen

- (1) Das **Steigungsverhältnis der Stufen** muß je nach der Lage (außerhalb oder innerhalb von Gebäuden) und der Stiegenform so gewählt werden, daß die Stiege sicher begangen werden kann.

(2) **Mindestmaße und Höchstmaße von Stufenhöhen und Stufenaufritten**

- | | |
|-------------------------------|-------------------|
| 1. Stufenhöhe: | höchstens |
| Hauptstiegen und Nebenstiegen | 20 cm |
| 2. Stufenauftritt: | mindestens |
| Hauptstiegen und Nebenstiegen | 25 cm |

Die Stufen einer Stiege müssen innerhalb eines Geschosses gleich hoch sein und in der Gehlinie gemessen gleiche Auftritte haben.

(3) Stufenauftritt für **Stiegen mit gewandeltem Stiegenlauf:**

mindestens 13 cm (20 cm vom inneren Stiegenrand gemessen)

(4) Bei **Stiegen ohne Setzstufen** darf das lichte Maß der Öffnung zwischen den Stufen höchstens 12 cm betragen.

§ 24 Handläufe

(1) Handläufe müssen **bei notwendigen Stiegen mit mehr als vier Stufen** jedenfalls an einer Seite angebracht werden.

Bei gewandelten Stiegen muß der Handlauf am äußeren Stiegenrand angeordnet sein.

(2) Handläufe müssen fest und griffsicher sein und so hoch angebracht werden, daß sie bequem und sicher benützt werden können.

4. Abschnitt Fenster, Türen, Verglasungen, Geländer, Brüstungen und Schächte

§ 25 Fenster

Über die Straßenfluchtlinie dürfen Fenster und Fensterläden nur dann aufschlagen, wenn die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt wird.

§ 26 Türen und Tore

- (1) Türen und Tore müssen **leicht und ohne Gefahr benützt** werden können.
- (2) Türen und Tore dürfen **nicht über die Straßenfluchtlinie** aufschlagen. Dies gilt nicht für Balkontüren.
- (3) **Lichte Breite** von Türen:
 1. Hauseingangstüren, Wohnungseingangstüren und alle Türen, die zu Aufenthaltsräumen führen: mindestens 80 cm
 2. Türen von Nebenräumen: mindestens 60 cm.
- (4) *Türen, die ganz aus Glas bestehen, müssen aus Sicherheitsglas hergestellt werden.*

§ 27 Verglasungen

- (1) *Folgende Verglasungen müssen bis 1,50 m Höhe über der Standfläche aus **Sicherheitsglas** oder aus **sicherheitstechnisch gleichwertigem Material** hergestellt oder **unfallsicher abgeschirmt** werden:*
 - o *Verglasungen in Türen*
 - o *vertikale Verglasungen (z.B. Glaswände, Fensterwände) entlang begehrbarer Flächen; davon ausgenommen sind Fenster und vergleichbare vertikale Verglasungen ab einer Brüstungshöhe von 90 cm.*

- (2) Unter Glasdächern, Dachverglasungen und Dachflächenfenstern oder Oberlichtverglasungen in Decken muß eine **Schutzvorrichtung** gegen das Herabfallen von Glasstücken angebracht werden, es sei denn es wird Sicherheitsglas oder sicherheitstechnisch gleichwertiges Material verwendet.
- (3) **Absturzsichernde Verglasungen** sind aus Verbundsicherheitsglas auszuführen. Andere Glasarten sind nur dann zulässig, wenn die Sicherheit von Personen trotzdem gewährleistet ist.

§ 28 Geländer und Brüstungen

- (1) An allen nach dem Verwendungszweck zugänglichen Stellen eines Ein- oder Zweifamilienhauses, von denen Personen abstürzen können, müssen **standsichere Geländer** oder Brüstungen angebracht werden, außer die Absicherung widerspricht dem Verwendungszweck (z.B. bei Schwimmbädern).
- (2) Geländer und Brüstungen müssen mindestens 1 m hoch sein; eine Höhe von 90 cm genügt für Brüstungen, die oben mindestens 20 cm dick sind. Diese Mindesthöhen gelten aber nicht für Brüstungen, die das Abstürzen auf andere Art verhindern.
- (3) Die Höhe von Geländern (Brüstungen) ist zu messen: Lotrecht von der zu sichernden Stelle (bei Stiegen von der Stufenvorderkante) bis zur Geländeroberkante (Brüstungsoberkante), bei Fensterbrüstungen bis zur Fensterrahmenkante.
- (4) Geländer und Brüstungen müssen **auch Kinder ausreichend schützen**.
Sie müssen daher folgende Anforderungen erfüllen:
 1. Sie dürfen das Überklettern nicht erleichtern und
 2. müssen das Durchkriechen verhindern.
- (5) Eine Schutzvorrichtung gegen das Herunterfallen von Gegenständen (z.B. **Fußleiste**) muß am Fuß von Geländern gegen Verkehrsflächen oder Nachbargrundstücke angebracht werden (z.B. bei Balkonen, Loggien und Dachterrassen).

§ 29 Schächte

Schächte sind **tragsicher** und **verkehrssicher** abzudecken (z.B. Kellerlichtschächte, Putzschächte, Brunnen-schächte).

5. Abschnitt Feuerungsanlagen

§ 30 Anforderungen

Für Feuerungsanlagen, Heizräume und Brennstofflager gelten die Bestimmungen der §§ 78 bis 92 des 3. Teils.

6. Abschnitt Haustechnische Anlagen

1. Kapitel Lüftungen

§ 31 Allgemeines

Lüftungsanlagen, Luftleitungen und Luftschächte müssen so beschaffen sein, daß keine Gefahren für Personen und Sachen entstehen.

Sie sind so anzuordnen und herzustellen, daß sie

1. den Betrieb von Feuerstätten nicht beeinträchtigen,
2. gereinigt werden können und
3. die Abluft ins Freie führen.

§ 32 Brandsicherheit

- (1) Im Brandfall darf durch Lüftungsanlagen, Luftleitungen oder Luftschächte **Feuer oder Rauch nicht übertragen** werden in
 1. andere Geschosse oder Wohnungen
 2. Dachböden und nicht ausgebaute Dachräumeund zwar auf die Dauer von mindestens 30 Minuten.

- (2) **Luftleitungen** einschließlich ihrer Dämmstoffe und **Luftschächte** müssen aus **nichtbrennbaren Baustoffen** bestehen. Brennbare Baustoffe sind nur dann zulässig, wenn trotzdem die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist.

§ 33

Lüftung ohne mechanische Lüftungsanlage

Für Luftleitungen oder Luftschächte, die nicht Bestandteil einer mechanischen Lüftungsanlage sind, gilt zusätzlich:

1. die lichten Abmessungen für die Seitenlänge oder den Durchmesser müssen mindestens 12 cm betragen (bei glattwandigen Rohren genügen mindestens 10 cm)
2. Ziehungen dürfen von der Lotrechten höchstens 30° abweichen

2. Kapitel Wasser und Abwasser

§ 34

Trinkwasserversorgung

- (1) Ist ein Ein- oder Zweifamilienhaus an eine Wasserversorgungsanlage angeschlossen, so muß eine Wasserentnahmestelle in jeder Wohnung eingerichtet werden.
- (2) **Trinkwasserbrunnen** müssen zum Schutz gegen Verunreinigung einwandfrei angelegt und gefaßt werden (z.B. ausreichende Abstände von grundwassergefährdenden Lagerungen oder zu Füllstellen von brennbaren Flüssigkeiten, Hochführen des oberen

Brunnenendes über das umgebende Niveau, oberflächenwasserdichte Brunnenabdeckung und Brunnenkranzausbildung).

§ 35

Anlagen für Abwässer

- (1) **Ableitungsanlagen** müssen so bemessen und hergestellt werden, daß Abwässer technisch einwandfrei, gefahrlos sowie störungsfrei abgeleitet werden und die Anlagen überprüft und gereinigt werden können.
- (2) Falleitungen für Schmutzwässer müssen mit einem für die Entlüftung wirksamen Querschnitt über Dach geführt werden.
- (3) Bei Einleitung der Abwässer in eine öffentliche Kanalanlage sind alle Entwässerungsgegenstände (z.B. Klosett, Waschbecken), die unterhalb der Rückstauenebene liegen, gegen Rückstau so zu sichern, daß oberhalb der Rückstauenebene anfallende Abwässer – auch im Falle eines Rückstaus – in das öffentliche Kanalnetz abfließen können.

§ 36

Senkgruben und Sickergruben

- (1) **Senkgruben, Sickergruben** und **Abwasserkanäle** müssen von Trinkwasserbrunnen und Quelfassungen für Trinkwasser einen Mindestabstand von 10 m haben, jedenfalls aber so weit entfernt sein, daß entsprechend den Bodenverhältnissen und Grundwasserhältnissen keine Gefahr einer Verunreinigung des Trinkwassers besteht.

Ein **geringerer Abstand** ist für Senkgruben und Abwasserkanäle dann zulässig, wenn sie doppelwandig ausgeführt werden.

- (2) Für Senkgruben und Sickergruben gilt zusätzlich:
1. sie müssen dicht, tragsicher und verkehrssicher abgedeckt sowie mit den erforderlichen Einstiegsöffnungen versehen sein
 2. die Einstiegsöffnungen müssen im Freien liegen und eine lichte Weite von mindestens 60 cm haben
 3. Senkgruben
 - a) müssen über Dach entlüftet werden (auch über die Falleitung zulässig),
 - b) müssen flüssigkeitsdicht sein und
 - c) dürfen weder unter Aufenthaltsräumen noch unmittelbar angrenzend an Wände von Aufenthaltsräumen errichtet werden.

7. Abschnitt Wohnungen, Aufenthaltsräume und Räume anderer Art

§ 37

Niveau der Räume

- (1) Der Fußboden von **Wohnräumen** muß liegen:
1. über dem anschließenden Gelände (bei Gebäuden an der Straßenfluchtlinie über dem Niveau in der Straßenfluchtlinie),
 2. mindestens 50 cm über dem höchsten örtlichen Grundwasserspiegel und
 3. in *Hochwasserüberflutungsgebieten* mindestens 30 cm über dem *100jährigen* Hochwasser.
- (2) Bei Gebäuden, die am Hang liegen, muß der Fußboden von **Wohnräumen** mindestens an einer Seite über dem anschließenden Gelände liegen. Die Wände der Räume dürfen höchstens zur Hälfte der jeweiligen Wandfläche erdberührt sein.

- (3) Andere Aufenthaltsräume dürfen unter dem anschließenden Gelände liegen, wenn besondere Vorkehrungen gegen *eindringendes Wasser* (§ 3 Abs. 1) getroffen werden.

§ 38 Raumhöhe

- (1) Die **lichte Raumhöhe** muß betragen:
1. in Aufenthaltsräumen in den Hauptgeschossen mindestens 2,50 m
 2. in Räumen anderer Art (z.B. Nebenräume) mindestens 2,10 m.
- (2) Für Teilflächen (z.B. bei Raumnischen, Deckenabschrägungen) darf die Mindestraumhöhe unterschritten werden, soweit es der Verwendungszweck zuläßt.
- (3) Im Dachgeschoß muß jeder Aufenthaltsraum über mindestens der halben Fußbodenfläche eine lichte Raumhöhe von mindestens 2,40 m haben; Raumteile mit einer lichten Höhe von weniger als 1,50 m werden in die Fußbodenfläche nicht eingerechnet.

§ 39 Beheizung, Belichtung und Belüftung von Aufenthaltsräumen

- (1) **Schornsteinanschlüsse** nach § 57 der NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, müssen für den Anschluß einer Feuerstätte für **feste Brennstoffe** geeignet sein.
- (2) Aufenthaltsräume müssen durch unmittelbar ins Freie führende Fenster (**Hauptfenster**) ausreichend belichtet und belüftet werden können.

- (3) Hauptfenster müssen so angeordnet sein, daß ein freier Lichteinfall unter 45° gesichert ist (bei einer seitlichen Abweichung des Lichteinfalles von höchstens 30°). *Untergeordnete Bauteile, die den Lichteinfall auf Hauptfenster nur unwesentlich beeinträchtigen (z.B. Schornsteinköpfe, Geländer), bleiben unberücksichtigt.*
- (4) Bei der Berechnung des freien Lichteinfalls dürfen Grundflächen eines angrenzenden Grundstückes einbezogen werden, wenn sie auf Grund der baurechtlichen Bestimmungen oder eines grundbücherlich sichergestellten Rechtes nicht bebaut werden dürfen.
- (5) Die Gesamtfläche der Hauptfenster (Fensterfläche) muß in der Architekturlichte gemessen mindestens **ein Zehntel der Fußbodenfläche** des zugehörigen Aufenthaltsraumes betragen. Bei Wohnräumen mit Raumtiefen von mehr als 5 m ist die Fensterfläche um je 10 % für jeden vollen Meter Mehrtiefe zu vergrößern.

Ragen Bauteile (z.B. Balkone, Dachvorsprünge) über Hauptfenster desselben Gebäudes mehr als 50 cm horizontal gemessen in den freien Lichteinfall hinein, so muß die erforderliche Fensterfläche mindestens **ein Sechstel der Fußbodenfläche** des zugehörigen Aufenthaltsraumes betragen. Solche Bauteile über Hauptfenstern dürfen jedoch nicht mehr als 2 m in den freien Lichteinfall ragen.

- (6) Aufenthaltsräume müssen dann nicht unmittelbar ins Freie führende Hauptfenster haben (z.B. auch hinter verglasten Loggien, Veranden und Wintergärten zulässig), wenn die Aufenthaltsräume trotzdem ausreichend belichtet und belüftet werden können.

§ 40 Wohnungen

- (1) Jede Wohnung muß haben
1. mindestens einen Wohnraum,
 2. eine Küche oder Kochnische,

3. ein Badezimmer mit einer Waschgelegenheit und einer Dusche oder Badewanne und
 4. ein Klosett. In Wohnungen mit mehr als zwei Wohnräumen (ohne Küche gerechnet) ist ein eigener Klosettraum erforderlich.
- (2) Wohnräume müssen eine Nutzfläche von mindestens 10 m² haben; bei Wohnungen mit nur einem Wohnraum jedoch mindestens 18 m².
- (3) Bei der Berechnung der Nutzfläche von Wohnräumen im Dachgeschoß werden Raumteile mit einer lichten Höhe von weniger als 1,50 m nicht mitgerechnet.

§ 41

Wohnungen und Aufenthaltsräume im Dachgeschoß

- (1) Folgende Bauteile von Aufenthaltsräumen (samt Nebenräumen und dem Zugang) müssen **brandhemmend** ausgeführt werden:
1. Dachschrägen
 2. Decken über Dachgeschoßräumen
 3. Trennwände gegen nicht ausgebaute Dachräume
 4. Dachkonstruktionsteile innerhalb von Dachgeschoßräumen (z.B. Stuhlsäulen, Sparren, Kopfbänder)
- (2) Für **Dachschrägen**, an die die Dachdeckung anschließt, und für Trennbauteile gegen nichtbegehbare Dachbodenresträume (z.B. Seitenböden), gilt der erforderliche Brandwiderstand von innen nach außen.
- (3) Begehbare Dachbodenresträume (z.B. Spitzböden, Seitenböden) mit mehr als 5 m² Grundfläche müssen zur Brandbekämpfung zugänglich sein. Die Abschlüsse der Zugangsöffnungen müssen brandhemmend sein.

§ 42 Belüftung von Nebenräumen

Nebenräume müssen entsprechend ihrem Verwendungszweck eine wirksame Lüftung haben.

8. Abschnitt Möglichkeit von Ausnahmen

§ 43 Ausnahmen

- (1) Über ausdrückliches Verlangen des Bauwerbers finden bei der Errichtung oder Abänderung
 1. eines Einfamilienhauses oder
 2. eines Zweifamilienhauses, bei dem der Bauwerber glaubhaft macht, zumindest eine der beiden Wohnungen für seine Wohnzwecke zu verwenden, die folgenden Bestimmungen der nachstehenden Abschnitte **keine Anwendung**:
 - Abschnitt 1: § 7
 - Abschnitt 3: §§ 23 Abs. 4 und 24 Abs. 2
 - Abschnitt 4: §§ 26 Abs. 1, 27 Abs. 2 und 28 Abs. 4
 - Abschnitt 6: § 35 Abs. 3
 - Abschnitt 7: §§ 37 Abs. 1 Z. 1, Abs. 2 und 3, 38, 39 Abs. 2 bis 6, 40 und 42.
- (2) Für nicht zum Wohnen bestimmte Nutzungsbereiche in Ein- oder Zweifamilienhäusern, die allgemein zugänglich sind (z.B. Arztpraxis), gilt Abs. 1 nicht.

3. Teil Andere Gebäude und Bauwerke

9. Abschnitt Allgemeine Anforderungen

§ 44 Dauerhaftigkeit

- (1) Bauwerke müssen je nach ihrem Verwendungszweck gegen das Eindringen und Aufsteigen von **Wasser im Boden** (z.B. Bodenfeuchtigkeit, Grundwasser) abgedichtet sein.
- (2) Sind Bauteile sonstigen **schädigenden Einwirkungen** ausgesetzt, so müssen sie aus dementsprechend widerstandsfähigen Baustoffen hergestellt oder gegen diese Einwirkungen geschützt sein.

§ 45 Allgemeiner Brandschutz

- (1) **Brandbeständige Bauteile** müssen in ihren wesentlichen Teilen aus **nichtbrennbaren** Baustoffen bestehen; dies gilt nicht für brandbeständige Abschlüsse von Öffnungen.
- (2) **Leichtbrennbare** Baustoffe dürfen dann nicht verwendet werden, wenn sie einen Brand oder dessen Ausbreitung begünstigen können.
- (3) Bauwerke sind mit **Brandschutzeinrichtungen** (z.B. tragbare Feuerlöscher, ortsfeste Löschanlagen, Brandmeldeanlagen, Brandrauchentlüftung) auszustatten, wenn dies wegen ihrer Lage, Größe oder ihres Verwendungszweckes notwendig ist, um Gefahren für Personen und Sachen zu vermeiden.
- (4) Bauwerke sind mit **Blitzschutzanlagen** auszustatten, wenn sie

1. wegen ihrer Lage, Größe oder Bauweise durch Blitzschlag gefährdet sind oder
2. es der Verwendungszweck erfordert.

§ 46 Fluchtwege

- (1) Jede in sich geschlossene **Einheit mit Aufenthaltsräumen** (z.B. Wohnungen, Praxen, Büros) muß in jedem Geschoß mit Aufenthaltsräumen **zwei** voneinander unabhängige **Fluchtwege** haben. Es genügt jedoch **ein Fluchtweg**, wenn über diesen ein sicheres Verlassen des Gebäudes im Brandfall möglich ist.
- (2) Der **zweite Fluchtweg** darf über eine Stelle führen, die von der Feuerwehr von außen mit ihren üblichen Rettungsgeräten erreicht werden kann. Führt dieser Fluchtweg (Rettungsweg) über eine Stelle, die nur
 1. mit einer **Fluchtleiter** erreicht werden kann, so darf diese Stelle nicht höher als 8 m über dem anschließenden Gelände liegen, und es müssen die dafür erforderlichen Zugänge und Durchgänge vorhanden sein;
 2. mit **Hubrettungsgeräten** erreicht werden kann, so müssen die dafür erforderlichen Zufahrten und Durchfahrten, sowie Aufstellflächen und Bewegungsflächen für die Feuerwehrfahrzeuge vorhanden sein.

§ 47 (entfällt)

§ 48
Schallschutz und Erschütterungsschutz

(1) Für Wohnungen gelten folgende Anforderungen:

1. **Luftschalldämmung von Außenbauteilen**

bewertetes Schalldämm-Maß R_w ,
mindestens

- a) Außenwände und Dachschrägen . . . 47 dB
- b) Außendecken (z.B. Flachdächer)
sowie Wände und Decken gegen
nicht ausgebaute Dachräume 47 dB

resultierendes Schalldämm-Maß,
mindestens

- c) Außenwände einschließlich
Fenster und Türen, Dachschrägen
mit Fenstern 38 dB

2. **Luftschalldämmung von Trennbauteilen**

bewertetes Schalldämm-Maß R_w ,
mindestens

- a) Wohnungstrennwände und
Wohnungstrenndecken 57 dB
- b) Wohnungstrennwände und
Wohnungstrenndecken gegen
Betriebsräume, wenn es deren
Verwendungszweck erfordert 60 dB
- c) Wände und Decken zwischen
Wohnungen und solchen Garagen,
die nicht zur Wohnung gehören . . 63 dB

3. **Trittschalldämmung**

bewerteter Normtrittschall-
pegel $L_{n,T,w}$, **höchstens**

- a) Wohnungstrenndecken und Decken
gegen Wohnungen 48 dB

- b) Decken unter Dachböden, sofern diese genutzt werden (z.B. als Trockenböden) 60 dB
 - c) Decken innerhalb einer Wohnung, sofern andere Wohnungen durch Schall-Längsleitung beeinträchtigt werden 48 dB
 - d) Stiegen und deren Podeste, sofern sie mit Wohnungstrennwänden gegen Wohnräume verbunden sind 50 dB
- (2) Haustechnische Einrichtungen oder Anlagen, bei deren Betrieb Schall in Wohnräume übertragen werden kann, sind gegen diese Schallübertragung so abzdämmen, daß keine unzumutbaren Belästigungen entstehen.
- (3) Für Gebäude und Gebäudeteile mit **Aufenthaltsräumen**, an die ähnliche Ruheansprüche wie an Wohnungen gestellt werden (z.B. Klassenzimmer, Krankenzimmer), gelten die Abs. 1 und 2 sinngemäß.
- (4) Ortsfeste Einrichtungen (Maschinen oder Geräte), von denen **Erschütterungen** oder **Schwingungen** auf Bauwerke ausgehen, sind so zu dämpfen, daß keine Gefahren oder unzumutbaren Belästigungen entstehen.

- a) das angrenzende Grundstück ist als Verkehrsfläche, Parkanlage oder Grüngürtel gewidmet oder es ist ein Gewässer (mindestens 5 m breit) oder
- b) es handelt sich lediglich um Vorbauten und diese sind im Verhältnis zur Außenwand untergeordnet.

§ 52

Innenwände als Brandwände

- (1) **Innenwände** sind als **Brandwände** zu errichten
 - 1. **mindestens alle 40 m** innerhalb von Gebäuden sowie bei angebauten Gebäuden auf einem Grundstück; größere Abstände sind zulässig, wenn
 - a) es der Verwendungszweck des Gebäudes erfordert und
 - b) die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist;
 - 2. **mindestens alle 20 m** bei brandgefährdeten Räumen; größere Abstände sind zulässig, wenn es der Verwendungszweck erfordert und durch andere Maßnahmen ein gleichwertiger Brandschutz gesichert ist.
- (2) **Anstelle von durchgehenden Brandwänden** sind zur Bildung von Brandabschnitten auch Brandwände zusammen mit öffnungslosen und brandbeständigen Decken zulässig, wenn es der Verwendungszweck des Gebäudes erfordert und keine Gefahr einer vertikalen Brandübertragung von Geschoß zu Geschoß besteht.
- (3) **Öffnungen in diesen Brandwänden** sind zulässig, wenn es der Verwendungszweck des Gebäudes erfordert und diese

1. mit brandbeständigen und selbstschließenden Abschlüssen versehen sind (z.B. **Türöffnungen und Toröffnungen**) oder
2. brandbeständig abgeschlossen sind (z.B. **lichtdurchlässige Teilflächen**).

Eine kürzere Brandwiderstandsdauer der **Abschlüsse** ist zulässig, wenn die Sicherheit von Personen und Sachen durch andere bauliche Maßnahmen (z.B. Brandschutzschleuse) gewährleistet ist.

- (4) **Leitungen und Fördereinrichtungen** (z.B. Förderschnecken, Förderbänder) dürfen durch diese Brandwände geführt werden, sofern eine Übertragung von Feuer oder Rauch nicht zu befürchten ist oder dagegen Maßnahmen getroffen werden.

2. Kapitel Decken

§ 53

Brandwiderstand von Decken

- (1) **Brandbeständig** müssen folgende Decken sein:
1. über Kellerräumen
 2. in Gebäuden mit mehr als vier Hauptgeschossen
 3. zwischen Wohnungen und Betriebsräumen, wenn wegen deren Verwendungszweck im Brandfall eine erhöhte Gefährdung zu erwarten ist
 4. über und unter brandgefährdeten Räumen
 5. über Durchfahrten sowie Durchgängen, die den einzigen Fluchtweg bilden

- (2) **Hochbrandhemmend** müssen Decken in Gebäuden oder Gebäudeteilen mit **höchstens vier Hauptgeschossen** sein, soweit Abs. 1 oder der 11. Abschnitt (für Stiegehäuser) nichts anderes bestimmt.
- (3) Bei Gebäuden mit höchstens **zwei Hauptgeschossen** müssen Decken nach Abs. 2 **nicht hochbrandhemmend** sein. Sie müssen aber einen solchen Brandwiderstand haben, der für die Sicherheit von Personen und Sachen erforderlich ist.

§ 54

Sonstige Anforderungen an Decken

- (1) Die Decke über dem obersten Hauptgeschoß muß so **tragfähig** sein, daß sie im Brandfall auch die Trümmerlast der darüber befindlichen Bauteile tragen kann.
- (2) Bildet den oberen **Raumabschluß** keine Decke, sondern ein **Dach**, so gelten die Bestimmungen für Dachgeschosse (§ 109) sinngemäß.
- (3) Für **ebenerdige Gebäude** und Gebäudeteile mit besonderem Verwendungszweck (z.B. Sporthallen) gilt *Abs. 1 und 2* dann nicht, wenn wegen ihrer Lage und *baulichen Ausführung* die Sicherheit von Personen und Sachen *trotzdem* gewährleistet ist.

3. Kapitel Fußböden

§ 55

Fußböden und Fußbodenbeläge

- (1) Fußbodenbeläge müssen **abwaschbar** sein in Räumen,
 - 1. die wegen ihres Verwendungszweckes aus hygienischen Gründen leicht und wirksam gereinigt werden müssen oder

2. in denen erhöhte Feuchtigkeit entsteht (z.B. Großküchen, Sanitärräume).
- (2) Der Fußboden ist soweit erforderlich gegen eindringende Feuchtigkeit zu schützen (z.B. Duschanlagen).

§ 56

Brennbarkeit von Fußbodenbelägen

- (1) **Nichtbrennbare** Fußbodenbeläge sind erforderlich
1. in Gebäuden mit mehr als vier Hauptgeschossen auf **Hauptstiegen innerhalb von Stiegenhäusern** und in dem davon ins Freie führenden **Gang**
 2. in Dachböden
 3. in brandgefährdeten Räumen
 4. im Bereich von **Feuerstätten** in einem ihrer Art und Größe entsprechenden Ausmaß (z.B. offene Kamine)
- (2) **Schwerbrennbare** und im Brandfall **schwach qualmende** Fußbodenbeläge sind erforderlich
1. in Gebäuden mit mehr als zwei Hauptgeschossen auf
 - a) **Hauptgängen**, soweit diese allgemein zugänglich sind
 - b) **Hauptstiegen innerhalb von Stiegenhäusern** bei Gebäuden mit höchstens vier Hauptgeschossen
 - c) **Hauptstiegen**, soweit diese allgemein zugänglich sind
 2. in Räumen, wenn dies wegen des Verwendungszweckes und der Raumgröße für die Sicherheit von Personen und Sachen erforderlich ist (z.B. Großraumbüro).

§ 60 Dachneigung

- (1) Dachneigungen von **mehr als 45°** sind zulässig, wenn der erforderliche Lichteinfall auf Hauptfenster zulässiger Gebäude *auf Nachbargrundstücken und bestehender bewilligter Gebäude auf dem Baugrundstück* gesichert und im Bebauungsplan nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Bei Dachneigungen von **mehr als 25°** sind Vorrichtungen anzubringen, die das Herabfallen von Schnee und Eis auf Verkehrsflächen, allgemein zugängliche Flächen und Nachbargrundstücke verhindern.

§ 61 Dacheindeckung

Die Dacheindeckung muß aus Baustoffen bestehen, die

1. widerstandsfähig gegen Flugfeuer und Wärmestrahlung sind;
2. **nichtbrennbar** sind, allerdings nur bei Dächern mit traufenseitigen Brandwänden.

§ 62 Dachöffnungen und Dachaufbauten

- (1) Dachöffnungen und Dachaufbauten sind in Dächern mit **traufenseitigen Brandwänden** (bei giebelständigen Gebäuden) nur dann zulässig, wenn keine Gefahr einer Brandübertragung besteht.
- (2) Bei Dächern mit **giebelseitigen Brandwänden** müssen von den Brandwänden entfernt sein:
 1. Dachöffnungen mindestens **1 m**;
 2. Dachgauben oder ähnliche Dachaufbauten (z.B. Dachkerker) mindestens **3 m**; ein geringerer Abstand ist zulässig, wenn keine Gefahr einer Brandübertragung besteht.

Bei der Beurteilung der Gefahr einer Brandübertragung (Abs. 1 und 2 Z. 2) ist die zulässige Bebauung auf dem Nachbargrundstück zu berücksichtigen.

- (3) Durch Dachaufbauten (z.B. Dachgauben, Dacherker) darf der erforderliche Lichteinfall auf Hauptfenster zulässiger Gebäude *auf Nachbargrundstücken und bestehender bewilligter Gebäude auf dem Baugrundstück* nicht beeinträchtigt werden.

§ 63

Zugänge zu nicht ausgebauten Dachräumen

- (1) Die Zugänge müssen mindestens **brandhemmende Abschlüsse** haben. Zugangstüren müssen nach außen aufschlagen und selbstschließend sein.
- (2) Erfolgt der **Zugang** unmittelbar **von brandgefährdeten Räumen**, so müssen die Abschlüsse brandbeständig sein.
- (3) **Kein Brandwiderstand** ist für die Abschlüsse erforderlich, wenn trotzdem die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist (z.B. bei Zugängen unmittelbar vom Freien).

§ 64

Ableitung der Dachwässer

Dachrinnen, Abfallrohre oder sonstige Einrichtungen zur technisch einwandfreien Sammlung und Ableitung von Niederschlagswässern sind dann erforderlich, wenn

1. diese von einem Dach auf Verkehrsflächen oder Nachbargrundstücke gelangen können oder
2. eine gesammelte Ableitung zur Vermeidung von Beeinträchtigungen (z.B. Durchfeuchtungen) erforderlich ist.

6. Kapitel Vorbauten

§ 65

Anforderungen an Vorbauten

Für Vorbauten (z.B. Balkone, Erker und Veranden) gelten die Bestimmungen für Wände, Decken und Dächer sinngemäß. Ein geringerer oder kein Brandwiderstand ist erforderlich, wenn trotzdem die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist.

11. Abschnitt Gänge, Stiegen und Stiegenhäuser

§ 66

Gänge und sonstige Verbindungswege

- (1) Von jeder Stelle eines Aufenthaltsraumes muß in einer Entfernung von **höchstens 40 m** eine Hauptstiege oder ein sicherer Ausgang ins Freie erreichbar sein.
- (2) **Innenhöfe** müssen von allgemein zugänglichen Teilen eines Gebäudes (z.B. Durchfahrt, Hausflur) möglichst geradlinig erreichbar sein, und zwar vom Erdgeschoß oder der Angriffsebene der Feuerwehr. Dies gilt nicht für Innenhöfe von Wohngebäuden mit höchstens zwei Wohnungen.
- (3) **Brandschutzbestimmungen für offene**, an den Außenwänden gelegene **Gänge**:

Eine **brandbeständige** Ausführung aller tragenden Teile und eine brandbeständige Überdeckung über dem obersten Gang gegen das Dach ist dann notwendig, wenn der Gang die einzige Verbindung zwischen Aufenthaltsräumen und der Hauptstiege ist.

Eine **nichtbrandbeständige** Ausführung ist zulässig

1. bei Gebäuden mit höchstens zwei Hauptgeschossen, wenn trotzdem die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist;
 2. bei Gebäuden in nichtbrandbeständiger Bauweise.
- (4) **Brandgefährdete Räume** dürfen mit Hauptgängen nur durch Brandschutzschleusen verbunden werden, wenn diese Gänge die einzige Verbindung zwischen Aufenthaltsräumen und der Hauptstiege sind.
- (5) **Einzelstufen** sind in allgemein zugänglichen Gängen nicht zulässig.

§ 67 Stiegen

- (1) Über eine Stiege (**notwendige Stiege**) müssen erreichbar sein:
1. jedes nicht ebenerdig zugängliche Geschoß und
 2. der Dachboden.

Aufzüge und Fahrtreppen können notwendige Stiegen nicht ersetzen.

Betriebsräume und Wohnungen dürfen nur dann über eine gemeinsame Stiege erreichbar sein, wenn keine Gefahr für die Sicherheit von Personen besteht.

- (2) In Gebäuden mit höchstens zwei Hauptgeschossen sind für Zugänge zu Dachböden anstelle von Stiegen auch andere Aufstieghilfen (z.B. Einschubtreppen, Klapptreppen) zulässig. Dies gilt unabhängig von der Zahl der Hauptgeschosse auch für Zugänge zu Spitzböden.
- (3) **Notwendige Stiegen** müssen
1. brandhemmend sein in Gebäuden mit höchstens zwei Hauptgeschossen
 2. brandbeständig sein in Gebäuden mit mehr als zwei Hauptgeschossen

und

3. in Stiegenhäusern eine geschlossene Untersicht haben.
- (4) Folgende Stiegen müssen **nicht** brandbeständig oder brandhemmend sein:
 1. Hauptstiegen innerhalb einer abgeschlossenen Einheit, die sich über höchstens zwei Geschosse erstreckt, wenn keine Gefahr für die Sicherheit von Personen besteht
 2. Kellerstiegen und Dachbodenstiegen in Gebäuden oder Gebäudeteilen ohne Aufenthaltsräume
 3. Fluchtstiegen an der Gebäudeaußenseite.
- (5) In den **Podesten** von allgemein zugänglichen Stiegen sind Einzelstufen nicht zulässig.
- (6) **Rampen** sind auch anstelle von Stiegen zulässig. Die Bestimmungen über den Brandschutz, die Durchgangsbreite und die Durchgangshöhe von Stiegen gelten auch für Rampen. Rampen sind – soweit erforderlich – durch Podeste zu unterteilen. Die Längsneigung der Rampen darf an keiner Stelle mehr als 10 % betragen.
- (7) Für **zusätzliche Stiegen** und für Stiegen, die ausschließlich als Zugang für die **Wartung oder Überprüfung** baulicher Anlagen oder technischer Einrichtungen dienen, gelten die Bestimmungen für notwendige Stiegen nur dann und insoweit, als es die Sicherheit von Personen erfordert.

§ 68

Durchgangsbreite und Durchgangshöhe von Gängen und Stiegen

- (1) **Mindeste Breite von Hauptgängen und Hauptstiegen: 1,20 m**

Die Breite muß bemessen werden

1. nach dem Verwendungszweck des Gebäudes und
2. nach der Zahl der Personen

(2) **Höchste Breite von Hauptstiegen: 2,40 m**

Hauptstiegen mit einer Breite von mehr als 2,40 m (z.B. Repräsentationsstiegen) sind zulässig, wenn

1. sie nur über ein Geschoß führen und wenn
2. das Gebäude im Gefahrenfall sicher verlassen werden kann.

(3) Eine **Breite von 1 m genügt**

1. für Hauptgänge und Hauptstiegen
 - a) in Wohngebäuden mit höchstens vier Wohnungen sowie
 - b) innerhalb von Wohnungen oder Einheiten vergleichbarer Größe
2. für Hauptgänge und Hauptstiegen, die nur einen Aufenthaltsraum erschließen und wenn die dort regelmäßig anwesenden Personen den Aufenthaltsraum sicher verlassen können
3. für Nebengänge und Nebenstiegen

(4) Zulässige Einengung der Breite von Gängen, Stiegen und Stiegenpodesten (**Durchgangsbreite**):

1. durch **vorstehende Bauteile** (z.B. Handläufe, Geländer, Pfeiler): höchstens 10 cm
2. durch **nachträglich eingebaute Aufstiegs-hilfen** (z.B. Treppenschrägaufzug): höchstens 30 cm (weggeklappt), wenn es die Sicherheit von Personen zuläßt

(5) **Mindeste lichte Durchgangshöhe**

1. von Hauptstiegen und Hauptgängen: 2,10 m
2. von Wohnungsstiegen, Nebenstiegen und Nebengängen: 2 m

§ 69
Zwischenpodeste und Stufen

- (1) Hauptstiegen müssen **nach höchstens 20 Stufen** durch **Zwischenpodeste** unterteilt werden.

Tiefe der Zwischenpodeste: mindestens 1,20 m

- (2) Das **Steigungsverhältnis der Stufen** muß je nach dem Verwendungszweck, der Lage (außerhalb oder innerhalb von Gebäuden) und der Stiegenform so gewählt werden, daß die Stiege sicher begangen werden kann.

- (3) **Mindestmaße und Höchstmaße von Stufenhöhen und Stufenaufritten**

1. Stufenhöhe:	höchstens
a) Hauptstiegen allgemein	18 cm
b) Wohnungsstiegen und Nebenstiegen	20 cm
2. Stufenauftritt:	mindestens
a) Hauptstiegen allgemein	27 cm
b) Wohnungsstiegen und Nebenstiegen	25 cm

Die Stufen einer Stiege müssen innerhalb eines Geschosses gleich hoch sein und in der Gehlinie gemessen gleiche Auftritte haben.

- (4) Stufenauftritt für **Stiegen mit gerundetem Stiegenlauf:**

1. mindestens 25 cm (20 cm vom inneren Stiegenrand gemessen)
2. höchstens 40 cm (20 cm vom äußeren Stiegenrand gemessen)

- (5) Stufenauftritt für **Stiegen mit gewandeltem Stiegenlauf:**

mindestens 13 cm (20 cm vom inneren Stiegenrand gemessen)

- (6) Für **Nebentrieben** gelten die Bestimmungen für Hauptstiegen, wenn es die Sicherheit von Personen erfordert (z.B. im Restaurant für die Stiege zu den im Keller gelegenen Sanitärräumen).
- (7) Bei **Stiegen ohne Setzstufen** darf das lichte Maß der Öffnung zwischen den Stufen höchstens 12 cm betragen, wenn diese nach dem Verwendungszweck des Gebäudes auch für Kinder zugänglich sind.

§ 70 Handläufe

- (1) Handläufe müssen **bei notwendigen Stiegen mit mehr als vier Stufen** angebracht werden:
1. jedenfalls an einer Seite
 2. bei Stiegen mit einer Durchgangsbreite von mehr als 1,50 m an beiden Seiten, wenn es die Sicherheit von Personen erfordert
- Bei gewendelten Stiegen muß der Handlauf am äußeren Stiegenrand angeordnet sein.
- (2) Handläufe müssen fest und griffsicher sein und so hoch angebracht werden, daß sie bequem und sicher benützt werden können.
- (3) Soweit es die Sicherheit von Personen erfordert, sind
1. Handläufe ohne offene Enden auszubilden (z.B. bei allgemein zugänglichen Hauptstiegen in Gebäuden für größere Menschenansammlungen, Schulen) und
 2. Stiegen mit einer nutzbaren Breite von mehr als 2,40 m durch Zwischenhandläufe zu unterteilen.
- (4) Abs. 1 gilt nicht, wenn es dem Verwendungszweck widerspricht (z.B. bei Ausgleichsstufen zwischen Sitzstufen).

§ 71 Stiegehäuser

- (1) **Alle** zur Erschließung der Geschosse **notwendigen Stiegen** müssen in einem **eigenen durchgehenden Stiegenhaus** liegen. Dieses muß einen **sicheren Ausgang ins Freie** haben. Dieser Ausgang darf nicht schmaler sein als die Durchgangsbreite der Hauptstiegen. Das Stiegenhaus muß mit der Dachbodenstiege unmittelbar verbunden sein.

Stiegehäuser, die keinen kurzen Weg und keinen sicheren Ausgang ins Freie haben (z.B. **Stiegenhallen** und mit Eingangshallen offen verbundene Stiegehäuser) sind nur dann zulässig, wenn die

1. Brandausbreitung durch andere Maßnahmen eingeschränkt wird
und
 2. eine Rettung von Personen im Brandfall auf andere Art gesichert ist.
- (2) **Kein eigenes und durchgehendes Stiegenhaus** ist erforderlich
1. in Wohngebäuden mit höchstens zwei Wohnungen
 2. in Reihenhäusern
 3. in anderen Gebäuden
 - a) mit höchstens zwei Hauptgeschossen und ohne Aufenthaltsräume über dem zweiten Hauptgeschoß oder
 - b) wenn innerhalb einer Wohnung oder Einheit vergleichbarer Größe höchstens zwei Geschosse durch eine innere Stiege erschlossen werden und von dem durch die innere Stiege erschlossenen Geschoß entweder das Stiegenhaus erreichbar ist oder auf andere Weise die Rettung von Personen im Brandfall gesichert ist.

- (3) In Stiegehäusern muß in jedem Geschoß eine **Geschoßbezeichnung** angebracht sein.

§ 72

Brandschutzbestimmungen für Stiegehäuser

- (1) **Wände und Decken** müssen **brandbeständig** sein.
Nichtbrandbeständig dürfen folgende Wände und Decken von Stiegehäusern sein:
1. in Gebäuden, für die eine nichtbrandbeständige Bauweise zulässig ist
 2. Außenwände, wenn sie aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen und trotzdem die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist
- (2) **Glasdächer und Deckenoberlichten** sind im Stiegenhaus nur zulässig, wenn das Stiegenhaus im Brandfall sicher benützt werden kann.
- (3) In Wohngebäuden müssen die Stiegehäuser an einer **Außenwand** liegen und durch **Fenster** belichtet und belüftet werden können. Jedoch sind auch in solchen Gebäuden innenliegende Stiegehäuser zulässig, wenn sie höchstens drei Hauptgeschosse haben und über einen Spindelraum ausreichend belichtet und belüftet werden.
- (4) **Brandhemmende und selbstschließende Türen** sind erforderlich für Öffnungen zum
1. Kellergeschoß,
 2. Dachboden und zu
 3. Betriebsräumen, soweit dies der Brandschutz erfordert (z.B. Werkstätten).
- Dichtschließende und vollwandige Türen** sind in Wohngebäuden für alle anderen Öffnungen erforderlich, die nicht unmittelbar ins Freie führen (z.B. Wohnungseingangstüren).
- (5) Eine **Fluchtwegorientierungsbeleuchtung** ist erforderlich

1. in Stiegenhäusern von Wohngebäuden und
2. in allen innenliegenden Stiegenhäusern

Die Fluchtwegorientierungsbeleuchtung muß sich bei Stromausfall automatisch einschalten und dann mindestens 1 Stunde leuchten.

- (6) Eine **Brandrauchabzugsöffnung** ist erforderlich für innenliegende Stiegenhäuser oder in Gebäuden mit mehr als drei Hauptgeschossen.

Die Brandrauchabzugsöffnung muß

1. an der obersten Stelle angeordnet sein,
 2. einen Öffnungsquerschnitt von mindestens 5 % der Grundfläche des Stiegenhauses haben, jedenfalls aber 1 m² groß sein und
 3. vom Erdgeschoß (oder der Angriffsebene der Feuerwehr) und vom letzten Hauptpodest unabhängig vom öffentlichen Stromnetz geöffnet werden können.
- (7) Für die Verbindung von Stiegenhäusern mit **brandgefährdeten Räumen** gilt § 66 Abs. 4.

12. Abschnitt

Fenster, Türen, Verglasungen, Geländer, Brüstungen, Schächte und Falltüren

§ 73

Fenster

- (1) **Über die Straßenfluchtlinie dürfen** Fenster und Fensterläden nur dann aufschlagen, wenn die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Fenster müssen so angebracht werden, daß sie ohne Gefahr für die Sicherheit von Personen **gereinigt**

werden können. Können Fenster nicht auf gefahrlose Weise gereinigt werden, so müssen entsprechende Einrichtungen (z.B. Reinigungsbühnen) vorhanden sein.

- (3) Fensteröffnungen von **brandgefährdeten Räumen** müssen mit einer brandwiderstandsfähigen Verglasung abgeschlossen werden, wenn
 1. die Gefahr einer Brandübertragung auf andere Gebäudeteile besteht oder
 2. dies zur Sicherung von Fluchtwegen erforderlich ist.
- (4) *In **Kindergärten** müssen Fenster bis zu einer Parapethöhe von 2 m über dem Fußboden (Standfläche) mit einer Drehsperre ausgestattet sein.*

§ 74

Türen und Tore

- (1) Türen und Tore müssen **leicht und ohne Gefahr benützt** werden können.
- (2) Türen und Tore dürfen **nicht über die Straßenfluchtlinie** aufschlagen. Dies gilt nicht für Balkontüren.
- (3) **Türen von Fluchtwegen** müssen, soweit es für die Sicherheit von Personen erforderlich ist (z.B. Bauwerke für größere Menschenansammlungen, Einkaufszentren, Verkaufsstätten, Verwaltungsgebäude, Schulen),
 - o in die Hauptfluchtrichtung aufschlagen,
 - o dürfen im geöffneten Zustand die erforderliche Fluchtwegbreite nicht einengen,
 - o müssen als Flügeltüren oder sicherheitstechnisch gleichwertige Türen ausgeführt werden und
 - o müssen sich einfach auf die volle Breite öffnen lassen (z.B. durch Druck oder einen einzigen Handgriff).

- (4) **Lichte Breite** von Türen:
1. Hauseingangstüren: mindestens so breit wie die geringst zulässige Durchgangsbreite der Hauptstiegen
 2. Türen von Klassenzimmern und Gruppenräumen in Schulen: mindestens 1 m
 3. Wohnungseingangstüren und alle Türen, die zu Aufenthaltsräumen führen: mindestens 80 cm
 4. Türen von Nebenräumen: mindestens 60 cm.
- (5) Türen und Tore von **brandgefährdeten Räumen** müssen mindestens brandhemmend und selbstschließend sein; führen die Türen und Tore von den brandgefährdeten Räumen unmittelbar ins Freie, so genügt eine nichtbrennbare Ausführung, wenn keine Gefahr einer Brandübertragung besteht. Die Flügeltüren und Flügeltore müssen aber jedenfalls in Fluchrichtung aufschlagen.
- (6) Türen, die ganz aus Glas bestehen, müssen aus Sicherheitsglas hergestellt und so gekennzeichnet werden, daß sie auch von Kindern leicht wahrgenommen werden können.
- (7) Für Türen in Stiegenhäusern gilt zusätzlich noch § 72 Abs. 4.

§ 75 Verglasungen

- (1) *Folgende Verglasungen müssen bis 1,50 m Höhe über der Standfläche aus **Sicherheitsglas** oder aus **sicherheitstechnisch gleichwertigem Material** hergestellt oder **unfallsicher abgeschirmt** werden:*
- o *Verglasungen in Türen*

- o vertikale Verglasungen (z.B. Glaswände, Fensterwände) entlang begehbarer Flächen; davon ausgenommen sind Fenster und vergleichbare vertikale Verglasungen ab einer Brüstungshöhe von 90 cm.
 - o Die Glasflächen sind in allgemein zugänglichen Bereichen zur Wahrnehmung mit geeigneten optischen Markierungen zu versehen, wenn es die Sicherheit von Personen erfordert.
- (2) Unter Glasdächern, Dachverglasungen und Dachflächenfenstern oder Oberlichtverglasungen in Decken muß eine **Schutzvorrichtung** gegen das Herabfallen von Glasstücken angebracht werden, es sei denn es wird Sicherheitsglas oder sicherheitstechnisch gleichwertiges Material verwendet. Dies gilt jedoch nicht für Gewächshäuser.
- (3) **Absturzsichernde Verglasungen** sind aus Verbundsicherheitsglas auszuführen. Andere Glasarten sind nur dann zulässig, wenn die Sicherheit von Personen trotzdem gewährleistet ist.

§ 76

Geländer und Brüstungen

- (1) An allen nach dem Verwendungszweck zugänglichen Stellen eines Gebäudes, von denen Personen abstürzen können, müssen **standsichere Geländer** oder Brüstungen angebracht werden, außer die Absicherung widerspricht dem Verwendungszweck (z.B. bei Laderampen oder Schwimmbädern).
- (2) Geländer und Brüstungen müssen mindestens 1 m hoch sein; eine Höhe von 90 cm genügt für Brüstungen, die oben mindestens 20 cm dick sind. Eine Höhe von mindestens 1,10 m ist erforderlich für Geländer und Brüstungen (nicht aber für Fensterbrüstungen),

wenn die Absturzhöhe mehr als 12 m beträgt. Diese Mindesthöhen gelten aber nicht für Brüstungen, die das Abstürzen auf andere Art verhindern.

- (3) Die Höhe von Geländern (Brüstungen) ist zu messen: Lotrecht von der zu sichernden Stelle (bei Stiegen von der Stufenvorderkante) bis zur Geländeroberkante (Brüstungsoberkante), bei Fensterbrüstungen bis zur Fensterrahmenkante.
- (4) Geländer und Brüstungen müssen **auch Kinder ausreichend schützen**, wenn die absturzgefährdeten Stellen nach dem Verwendungszweck des Gebäudes auch für Kinder zugänglich sind. Sie müssen daher folgende Anforderungen erfüllen:
 1. Sie dürfen das Überklettern nicht erleichtern und
 2. müssen das Durchkriechen verhindern.
- (5) Eine Schutzvorrichtung gegen das Herunterfallen von Gegenständen (z.B. **Fußleiste**) muß am Fuß von Geländern gegen Verkehrsflächen, allgemein zugängliche Flächen oder Nachbargrundstücke angebracht werden (z.B. bei Balkonen, Loggien, Dachterrassen, Galerien und Fenstertüren). *Dies gilt auch über Nutzungsbereichen anderer Wohnungen oder Betriebseinheiten.*

§ 77

Schächte und Falltüren

- (1) **Schächte** sind **tragsicher** und **verkehrssicher** abzudecken (z.B. Kellerlichtschächte, Putzschächte, Brunnenschächte).
- (2) **Falltüren** müssen gegen Selbstzufallen und gegen Absturz von Personen gesichert sein. Auf Fluchtwegen dürfen keine Falltüren angebracht werden.

13. Abschnitt Feuerungsanlagen

§ 78

Andere Rechtsvorschriften

Die Bestimmungen des 13. Abschnittes lassen andere, insbesondere bundesrechtliche Vorschriften für Feuerungsanlagen, deren Aufstellräume, die Abgasführung und die Brennstofflagerung unberührt.

1. Kapitel Feuerstätten

§ 79

Allgemeine Betriebssicherheit

- (1) Feuerstätten müssen so beschaffen sein, daß sie durch ihren Betrieb weder Personen noch Sachen gefährden.
- (2) Feuerstätten müssen
 1. von brennbaren Bauteilen, Verkleidungen und festen Einbauten (z.B. Einbaumöbel) einen solchen Abstand aufweisen oder so abgeschirmt sein, daß diese unter allen beim Betrieb auftretenden Temperaturen nicht entzündet werden und nicht schmelzen können
 2. ungehindert betrieben, geprüft und gewartet werden können und
 3. die erforderliche Verbrennungsluft erhalten.

§ 80 Aufstellen von Feuerstätten

- (1) Feuerstätten **dürfen nicht aufgestellt werden** in solchen Räumen, in denen nach Lage, Größe, Beschaffenheit oder Verwendungszweck Gefahren für Personen und Sachen entstehen können (z.B. Stieghäuser).
- (2) **Nur in Heizräumen** dürfen aufgestellt werden:
Feuerstätten für feste oder flüssige Brennstoffe von Zentralheizungsanlagen, deren Nennwärmeleistung **mehr als 26 kW** beträgt.

§ 81 Ableitung der Abgase

- (1) Abgase von Feuerstätten sind **durch Schornsteine über Dach** so ins Freie abzuleiten, daß die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist.
- (2) Abgase von **raumluftunabhängigen Gasfeuerstätten**, die die Verbrennungsluft unmittelbar vom Freien ansaugen, dürfen auch auf kurzem Weg **ohne Schornstein** abgeleitet werden, wenn trotzdem die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist **und**:
 1. dies durch die **Außenwand** erfolgt; zulässig ist dies jedoch nur bei bestehenden Gebäuden, wenn kein geeigneter Schornstein vorhanden ist; **oder**
 2. durch das **Dach**, dann allerdings nur, wenn die **Verbrennungsluftzuführung** und die **Abgasabführung** folgende Voraussetzungen erfüllen:
 - a) sie dürfen außerhalb des Aufstellraums der Feuerstätte durch andere Räume höchstens **2 m lang** geführt werden (z.B. durch Dachböden, Spitzböden oder seitliche Restböden);

- b) sie müssen sinngemäß den Bestimmungen des § 84 Abs. 1 entsprechen.
- (3) Werden Abgase bei bestimmungsgemäßigem Betrieb der Feuerstätte
1. unter **Überdruck** abgeleitet, so darf gegenüber Aufenthaltsräumen und zugehörigen Nebenräumen kein Überdruck entstehen;
 2. unter deren **Taupunkttemperaturen** abgekühlt (z.B. bei Brennwertkessel), so
 - a) muß das Kondensat rückstaufrei über eine Kondensatleitung mit einer Abgassperre (z.B. Siphon) so abgeleitet werden, daß keine Gefahren für Personen und Sachen entstehen und
 - b) müssen alle davon berührten Bauteile gegen dieses Kondensat beständig sein.

2. Kapitel Schornsteine und Verbindungsstücke

§ 82

Brandbeständigkeit von Schornsteinen

- (1) Schornsteine müssen
1. **brandbeständig und rußbrandbeständig** sein und
 2. aus **nichtbrennbaren Baustoffen** bestehen, die gegen Beanspruchungen durch Abgase und Verbrennungsprodukte widerstandsfähig sind.
- (2) Folgende Schornsteine müssen – sofern die Sicherheit von Personen und Sachen trotzdem gewährleistet ist – **nicht brandbeständig** sein:
1. Schornsteine in eingeschossigen Gebäuden oder Gebäudeteilen, bei denen der obere Raumabschluß durch das Dach gebildet wird oder

2. Schornsteine und Schornsteinabschnitte im Freien
- (3) Schornsteine müssen **nicht rußbrandbeständig** sein, wenn wegen der angeschlossenen Feuerstätten (z.B. Gasfeuerstätten) kein Rußbrand entstehen kann.
- (4) Aus **brennbaren Baustoffen** sind abgasführende Innenrohre dann zulässig, wenn wegen der besonderen Bauart und der niedrigen Abgastemperatur der Feuerstätte (z.B. Brennwertkessel), der Sicherheitseinrichtungen sowie der Formbeständigkeit und Wärmebeständigkeit der Innenrohre die Brand-sicherheit und Betriebssicherheit gegeben ist.

§ 83

Sonstige Anforderungen an Schornsteine

- (1) Schornsteine müssen so bemessen und hergestellt werden, daß
1. sie **betriebsdicht** sind,
 2. sie Abgase wirksam und gefahrlos ableiten,
 3. ausfallendes Kondensat im Schornstein nicht zu Schäden führen kann und
 4. Wärmedehnungen nicht behindert werden.
- (2) Schornsteine müssen **lotrecht** geführt werden. **Ziehungen** mit einer Abweichung bis zu 30° von der Lotrechten sind zulässig, soweit systembedingt die Funktion gesichert ist. Beginn und Ende einer Ziehung dürfen jedoch nicht im Deckenbereich liegen.
- (3) Schornsteinzüge dürfen **nicht vereinig**t werden.
- (4) Schornsteine dürfen durch andere Bauteile (z.B. Decken) **nicht unterbrochen** oder belastet werden; dies gilt nicht für bauseitige Ummantelungen.
- (5) Die **freien Außenseiten** gemauerter Schornsteine müssen im Gebäudeinneren verputzt oder gleichwertig verkleidet werden.

- (6) **Holzbalken**, Dachstuhlhölzer und sonstige Bauteile aus **brennbaren Baustoffen** müssen von den Schornsteinen mindestens einen solchen Abstand haben, daß keine Brandgefahr entsteht. Sie müssen von brandbeständigen Schornsteinen mindestens 5 cm entfernt sein, außer es handelt sich um brennbare Baustoffe, die nur mit geringer Fläche angrenzen (z.B. Fußleisten, Dachlatten).

§ 84

Mündungen und Querschnitte von Schornsteinen

- (1) Die Mündungen von Schornsteinen müssen
1. so weit über Dach liegen, daß
 - a) einwandfreie Zugverhältnisse gewährleistet sind; sie müssen aber den First mindestens 40 cm überragen oder von der Dachfläche, senkrecht zu ihr gemessen, mindestens 80 cm entfernt sein,
 - b) sie innerhalb eines Umkreises von 10 m alle Hauptfenster um mindestens 1 m überragen, soweit diese der Schornsteinmündung zugekehrt sind,

und

2. ungeschützte Bauteile aus brennbaren Baustoffen, ausgenommen die Dacheindeckung, mindestens 1 m überragen oder von diesen, waagrecht gemessen, mindestens 3 m entfernt sein.

Von Z. 1 lit.b darf abgewichen werden, wenn aufgrund der Hauptwindrichtung, der baulichen Umgebung und der verwendeten Brennstoffe keine Bedenken bestehen.

- (2) Schornsteine müssen in ihrer ganzen Höhe einen nach Form und Fläche gleichbleibenden lichten Querschnitt mit materialbezogenen glatten Innenflächen aufweisen. Geringfügige Querschnittsver-

engungen im Mündungsbereich durch Aufsätze, nachträgliche Hochführungen oder durch Bauteile zum Schutz gegen Eindringen von Niederschlagswasser sind zulässig. Im Zuge von Hochführungen ist ein Wechsel der Querschnittsformen zulässig, soweit der Übergang in strömungstechnisch geeigneter Form erfolgt.

- (3) Für die **lichten Abmessungen** gilt für die Seitenlänge oder den Durchmesser:

Brennstoff	mindestens
1. fest	14 cm
2. flüssig	12 cm
3. gasförmig	10 cm

Bei **rechteckigen** oder **ovalen Querschnitten** darf die längere Seite das 1,5-fache der kürzeren nicht überschreiten.

- (4) Abs. 3 gilt nicht für Schornsteine, bei denen die Abgase unter **Überdruck** abgeleitet werden.

§ 85

Wärmedurchlaßwiderstand

- (1) Schornsteine müssen mindestens folgenden Wärmedurchlaßwiderstand aufweisen:

1. allgemein	0,12 m ² K/W
2. gegen das Freie, nicht ausgebaute Dachräume oder unbeheizte Gebäudeteile	0,22 m ² K/W
3. für Feuerstätten, deren Abgastemperatur am Abgasstutzen mehr als 400°C beträgt und für Zentralheizungen	0,40 m ² K/W

- (2) Die Mindestanforderungen an den Wärmedurchlaßwiderstand gemäß Abs. 1 gelten nicht für Schornsteine, in denen eine Abkühlung der Abgase unter deren Taupunkttemperaturen zulässig ist.

§ 86

Einleitung in Schornsteine

- (1) In denselben Schornstein dürfen nur Abgase aus Feuerstätten eines Geschosses und auch nur einer Wohnung oder Betriebseinheit eingeleitet werden.
- (2) In denselben Schornstein (z.B. Luft-Abgas-Sammler) dürfen Abgase aus **Feuerstätten verschiedener Geschosse** oder Wohnungen oder Betriebseinheiten eingeleitet werden, wenn
1. es sich um raumluftunabhängige Gasfeuerstätten handelt,
 2. die Gasfeuerstätten und der Schornstein (z.B. Luft-Abgas-Sammler) dafür geeignet sind und
 3. die Wirksamkeit durch eine Strömungsberechnung nachgewiesen ist.

§ 87

Schornsteinanschlüsse

- (1) Anschlüsse müssen in der Höhe jeweils mindestens **40 cm** (Mitte zu Mitte) versetzt angeordnet sein.
- (2) Anschlüsse für die Abgase **gasförmiger** Brennstoffe müssen **über** dem höchstgelegenen Anschluß für Abgase fester oder flüssiger Brennstoffe liegen.
- (3) Anschlüsse, in die keine Feuerstätten einmünden, müssen mit wärmegeprägten Verschlüssen aus nichtbrennbaren Baustoffen betriebsdicht so verschlossen sein, daß keine Gefahr der Brandübertragung besteht. Sie müssen zur Kontrolle jederzeit zugänglich sein, andernfalls sind sie systemgerecht zu verschließen.

§ 88 Reinigung von Schornsteinen

- (1) Jeder Schornstein muß zur leichten Reinigung und Überprüfung ausreichend große Reinigungsöffnungen mindestens am unteren (**Putzöffnung**) und am oberen Ende (**Kehöffnung**) haben. **Keine Kehöffnung** ist erforderlich, wenn der Schornstein über einen gesicherten Zugang von der Mündung gekehrt werden kann.
- (2) **Reinigungsöffnungen** müssen mit betriebsdichten und versperrbaren doppelten, nichtbrennbaren **Verschlüssen** ausgestattet sein, die unter allen beim Betrieb auftretenden Temperaturen formbeständig bleiben und nicht schmelzen.
- (3) **Reinigungsöffnungen** müssen zugänglich sein und dürfen nicht in versperrbaren Dachbodenabteilen oder Kellerabteilen, Garagen, Brennstofflagerräumen, brandgefährdeten Räumen, ausgenommen Heizräumen, und nicht in fremden Wohnungen oder Betriebseinheiten liegen.
- (4) Liegen **Reinigungsöffnungen** außerhalb von Wohnungen oder Betriebseinheiten, so sind sie zu **kennzeichnen** mit der
 1. Geschoßnummer und Orientierungsnummer jener Wohnung oder Betriebseinheit, zu der der betreffende Schornstein gehört und
 2. Kurzbezeichnung der Brennstoffart der jeweils angeschlossenen Feuerstätten.
- (5) Die **Putzöffnung** muß mindestens 25 cm über der Schornsteinsohle und dem Fußboden sowie mindestens 20 cm unter dem untersten Feuerstättenanschluß liegen.
- (6) Die **Kehöffnung**
 1. muß mindestens 70 cm über der Standfläche liegen

2. muß von **ungeschützten** brennbaren Bauteilen mindestens 50 cm Abstand haben; bei mit nicht-brennbaren Baustoffen brandhemmend **verkleideten** Bauteilen genügen 25 cm
3. darf **nicht in Aufenthaltsräumen** liegen; in zugehörigen Nebenräumen (z.B. Abstellräume) nur dann, wenn diese ins Freie entlüftet sind

§ 89 Verbindungsstücke

- (1) Verbindungsstücke (Abgasrohre, Abgaspoterien oder Abgaskanäle) müssen
 1. die Feuerstätte an den Schornstein betriebsdicht anschließen und
 2. gereinigt werden können.
- (2) Verbindungsstücke müssen samt ihren Befestigungen und Unterstützungen aus **nichtbrennbaren Baustoffen** bestehen, die unter allen beim Betrieb auftretenden Temperaturen formbeständig bleiben und nicht schmelzen. Mit dem Gebäude fest verbundene Verbindungsstücke (Abgaspoterie, Abgaskanal) müssen auch **brandbeständig** sein.
- (3) Verbindungsstücke mit Innenrohren aus **brennbaren** Baustoffen sind zulässig, wenn § 82 Abs. 4 eingehalten wird.
- (4) Verbindungsstücke müssen von Bauteilen, Verkleidungen und festen Einbauten (z.B. Einbaumöbel) einen solchen Abstand aufweisen, daß diese unter allen beim Betrieb auftretenden Temperaturen nicht entzündet werden und nicht schmelzen können.
- (5) Abgasrohre dürfen **nicht geführt** werden
 1. durch Räume, in denen Feuerstätten unzulässig sind;
 2. durch Decken, in Wänden oder unzugänglichen Hohlräumen (z.B. hinter Verkleidungen).

- (6) Abgasrohre aus **brennbaren Baustoffen** müssen dann nicht innerhalb eines nichtbrennbaren Schutzrohres geführt werden, wenn sie in einem Heizraum liegen.

3. Kapitel Heizräume

§ 90 Anforderungen an Heizräume

- (1) Für Heizräume ist erforderlich:
1. ein **eigener Brandabschnitt** mit brandbeständigen Wänden und Decken sowie einem Fußboden aus nichtbrennbaren Baustoffen
 2. eine ausreichende Lüftung
 3. eine elektrische Beleuchtung
- (2) Durch Heizräume darf **kein Zugang** zu anderen Räumen führen, ausgenommen zum Brennstofflagerraum.
- (3) Heizraumentüren müssen **in Fluchrichtung aufschlagen** und mindestens **brandhemmend** und **selbstschließend** sein. Für Fenster gilt § 73 Abs. 3.

4. Kapitel Brennstofflager

§ 91 Allgemeine Anforderungen

- (1) Die Brennstoffe sind so zu lagern, daß keine Gefahren oder unzumutbaren Belästigungen entstehen.
- (2) In Gebäuden mit Aufenthaltsräumen gelten für **Brennstofflagerräume für feste Brennstoffe** die Bestimmungen für den Brandschutz von Heizräumen (§ 90) entsprechend. Davon ausgenommen sind Lagerräume mit einer Fläche von höchstens 15 m² ohne automatischer Brennstofftransporteinrichtung.

- (3) In **Heizräumen** (§ 90) dürfen **Lagerbehälter mit Pellets** bis zu einer Gesamtmenge von höchstens 15 m³ aufgestellt werden, wenn trotzdem die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist und
- o sich im Heizraum nur ein Wärmeerzeuger (zugehörige Pelletsfeuerstätte) mit einer Nennwärmeleistung von höchstens 26 kW befindet und
 - o durch den Heizraum kein Zugang zu anderen Räumen besteht.

§ 92 Öllagerräume

- (1) In Gebäuden dürfen flüssige Brennstoffe in bewilligungspflichtigen Mengen *grundsätzlich* nur in **eigenen Lagerräumen** (Öllagerräumen) aufbewahrt werden, die im Kellergeschoß oder Erdgeschoß liegen müssen. Für eine Lagerung in Heizräumen gilt § 201 Abs. 4.
- (2) Öllagerräume müssen einen **eigenen Zugang** haben. Ein **Zugang durch den Heizraum** ist jedoch dann zulässig, wenn im Öllageraum insgesamt höchstens 10.000 Liter gelagert werden.
- (3) Für Öllagerräume ist erforderlich:
1. ein **eigener Brandabschnitt** mit brandbeständigen Wänden und Decken
 2. ein Fußboden aus nichtbrennbaren Baustoffen; bei einwandigen Öllagerbehältern hat der Fußboden mit den Wänden eine **Auffangwanne** zu bilden, die
 - a) flüssigkeitsdicht und mineralölbeständig ist und
 - b) den Gesamteinhalt der Behälter aufnehmen kann
 3. eine ausreichende Lüftung
 4. eine elektrische Beleuchtung
- (4) Türen müssen in **Fluchrichtung aufschlagen** und mindestens **brandhemmend** und **selbstschließend** sein. Für Fenster gilt § 73 Abs. 3.

- (5) Die **Lüftungsöffnungen** müssen:
1. mit dem Freien ständig und direkt verbunden sein
 2. einen Mindestquerschnitt von 20 cm x 20 cm haben und
 3. durch ein Drahtnetz abgesichert sein.
- Für Öllagerräume, deren Fußboden mehr als 3 m unter oder deren Decken nicht über dem angrenzenden Gelände liegen, sind zwei Lüftungsöffnungen möglichst **raumdiagonal** anzuordnen.
- (6) In Öllagerräumen dürfen **keine** andersartigen Lagerungen untergebracht werden.

14. Abschnitt Haustechnische Anlagen

1. Kapitel Aufzüge

§ 93

Anforderungen an Aufzüge

- (1) Aufzüge sind innerhalb **eigener** und **brandbeständiger Schächte** zu führen. Solche Schächte sind dann nicht notwendig, wenn der Brandschutz und die Sicherheit von Personen gewährleistet ist.
- (2) Bei brandbeständigen Schachtwänden müssen die **Schachttüren** und andere **Öffnungen** das Übergreifen von Feuer oder Rauch auf andere Gebäudeteile verhindern können.
- (3) In den **Fahrschächten und Triebwerksräumen** dürfen nur Leitungen, Installationen und Einrichtungen liegen, die zum Aufzug gehören.
- (4) Für **Triebwerksräume** gilt:
 1. sie müssen über allgemein zugängliche Teile des Gebäudes sicher zu erreichen sein

2. Wände und Decken müssen brandbeständig sein
3. Zugangstüren müssen selbstschließend und brandhemmend sein sowie in Fluchtrichtung aufschlagen
4. beim Zugang müssen Niveauunterschiede durch Stufen oder Rampen ausgeglichen werden

§ 94

Personenaufzüge und Fahrtreppen

- (1) Für den Neubau von Gebäuden mit mehr als drei Hauptgeschossen sind je nach ihrem Verwendungszweck ein oder mehrere **Personenaufzüge** erforderlich.
- (2) **Unzulässig** sind
 1. Umlaufaufzüge für Personen sowie
 2. Fahrtreppen in Wohngebäuden und den zum Wohnen bestimmten Teilen von Gebäuden.

2. Kapitel Lüftungen

§ 95

Allgemeines

- (1) **Lüftungsanlagen, Luftleitungen und Luftschächte** müssen so beschaffen sein, daß keine Gefahren für Personen und Sachen entstehen.
- (2) **Lüftungsanlagen, Luftleitungen und Luftschächte** sind so anzuordnen und herzustellen, daß sie
 1. Staub und Gerüche nicht in andere Räume übertragen,

2. den Betrieb von Feuerstätten nicht beeinträchtigen,
3. gereinigt werden können und
4. die Abluft ins Freie führen.

§ 96 Brandsicherheit

- (1) Im Brandfall darf durch Lüftungsanlagen, Luftleitungen oder Luftschächte **Feuer oder Rauch nicht übertragen** werden in
 1. Stiegehäuser und andere Fluchtwege
 2. andere Geschosse, Wohnungen, Betriebseinheiten oder Brandabschnitte
 3. Dachböden und nicht ausgebaute Dachräumeund zwar **bei Überbrückung**
 4. von **Brandwänden** auf die Dauer von 90 Minuten
 5. **anderer Trennbauteile** auf die Dauer des erforderlichen Brandwiderstandes des überbrückten Trennbauteils.
- (2) **Luftleitungen** einschließlich ihrer Dämmstoffe und **Luftschächte** müssen aus **nichtbrennbaren Baustoffen** bestehen. Brennbare Baustoffe sind nur dann zulässig, wenn trotzdem die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist.
- (3) **Luftleitungen** und **Luftschächte** von brandgefährdeten oder explosionsgefährdeten Räumen müssen außerhalb dieser Räume jedoch **brandbeständig** sein; dies gilt auch für Räume mit solchen Luftleitungen und Luftschächten, in denen sich vermehrt leicht brennbare Stoffe ablagern können (z.B. Abluftleitungen von Großküchen).

Ausgenommen sind Leitungsabschnitte im Freien, wenn durch sie ein Brand nicht übertragen werden kann.

- (4) **Luftleitungen** und **Luftschächte** nach Abs. 3 dürfen nicht mit anderen Luftleitungen oder Luftschächten verbunden sein oder andere Räume belüften oder entlüften.
- (5) Werden **Luftleitungen** oder **Luftschächte** anderer Räume durch brandgefährdete oder explosionsgefährdete Räume geführt, so müssen sie in diesen Räumen brandbeständig und öffnungslos sein.

§ 97

Lüftung ohne mechanische Lüftungsanlage

Für Luftleitungen oder Luftschächte, die nicht Bestandteil einer mechanischen Lüftungsanlage sind, gilt zusätzlich, daß die lichten Querschnitte, die Ziehungen und die Reinigungsöffnungen sinngemäß den Bestimmungen über Schornsteine (13. Abschnitt, 2. Kapitel) entsprechen müssen.

§ 98

Raumluftechnische Anlagen

Die Bestimmungen der §§ 95 und 96 gelten sinngemäß für raumluftechnische Anlagen (z.B. Warmluftheizungsanlagen, Klimaanlage).

3. Kapitel Wasser und Abwässer

§ 99

Trinkwasserversorgung

- (1) Ist ein Gebäude an eine Wasserversorgungsanlage angeschlossen, so müssen Wasserentnahmestellen eingerichtet werden

1. in jeder Wohnung
 2. in Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen auch allgemein zugänglich (z.B. im Keller oder Erdgeschoß)
- (2) **Trinkwasserbrunnen** müssen zum Schutz gegen Verunreinigung einwandfrei angelegt und gefaßt werden (z.B. ausreichende Abstände von grundwassergefährdenden Lagerungen oder zu Füllstellen von brennbaren Flüssigkeiten, Hochführen des oberen Brunnenendes über das umgebende Niveau, oberflächenwasserdichte Brunnenabdeckung und Brunnenkranzausbildung).

§ 100 Anlagen für Abwässer

- (1) **Ableitungsanlagen** müssen so bemessen und hergestellt werden, daß Abwässer technisch einwandfrei, gefahrlos sowie störungsfrei abgeleitet werden und die Anlagen überprüft und gereinigt werden können.
- (2) Falleitungen für Schmutzwässer müssen mit einem für die Entlüftung wirksamen Querschnitt über Dach geführt werden.
- (3) Bei Einleitung der Abwässer in eine öffentliche Kanalanlage sind alle Entwässerungsgegenstände (z.B. Klosett, Waschbecken), die unterhalb der Rückstauenebene liegen, gegen Rückstau so zu sichern, daß oberhalb der Rückstauenebene anfallende Abwässer – auch im Falle eines Rückstaus – in das öffentliche Kanalnetz abfließen können.

§ 101 Senkgruben und Sickergruben

- (1) **Senkgruben, Sickergruben** und **Abwasserkanäle** müssen von Trinkwasserbrunnen und Quellfassungen für Trinkwasser einen Mindestabstand von 10 m

haben, jedenfalls aber so weit entfernt sein, daß entsprechend den Bodenverhältnissen und Grundwasserhältnissen keine Gefahr einer Verunreinigung des Trinkwassers besteht.

Ein **geringerer Abstand** ist für Senkgruben und Abwasserkanäle dann zulässig, wenn sie doppelwandig ausgeführt werden.

- (2) Für Senkgruben und Sickergruben gilt zusätzlich:
1. sie müssen dicht, tragsicher und verkehrssicher abgedeckt sowie mit den erforderlichen Einstiegsöffnungen versehen sein
 2. die Einstiegsöffnungen müssen im Freien liegen und eine lichte Weite von mindestens 60 cm haben
 3. Senkgruben
 - a) müssen über Dach entlüftet werden (auch über die Falleitung zulässig),
 - b) müssen flüssigkeitsdicht sein und
 - c) dürfen weder unter Aufenthaltsräumen noch unmittelbar angrenzend an Wände von Aufenthaltsräumen errichtet werden.

4. Kapitel Abfall

§ 102 Abfallsammelräume

- (1) Für Abfallsammelräume ist erforderlich:
1. ein eigener **Brandabschnitt**, soweit dies wegen der Lage und Größe des Abfallsammelraumes für die Sicherheit von Personen und Sachen erforderlich ist
 2. ein **abwaschbarer, nichtbrennbarer** Fußboden

3. ein Ausgang ins Freie oder mindestens auf einen Gang, der unmittelbar ins Freie führt
 4. eine ausreichende Belüftung und Entlüftung
- (2) **Türen** zu Abfallsammelräumen nach Abs. 1 Z. 1 müssen
1. entweder **brandbeständig** sein oder **brandhemmend**, wenn sie mit einer Brandschutzschleuse verbunden sind,
 2. lediglich **nichtbrennbar** sein, wenn sie unmittelbar ins Freie führen und keine Gefahr einer Brandübertragung besteht und
 3. **selbstschließend** sein und in Fluchrichtung aufschlagen.

§ 103 Abwurfschächte

- (1) Abwurfschächte und deren Einwurföffnungen müssen außerhalb von Wohnungen oder Aufenthaltsräumen liegen und in einen ausreichend großen Abfallsammelraum münden.
- (2) Abwurfschächte müssen **brandbeständig** sein und aus nichtbrennbaren Baustoffen mit glattwandigen und abwaschbaren Innenflächen bestehen.
- (3) Abwurfschächte müssen am oberen Ende eine versperrbare **Reinigungsöffnung** haben und sind bis dahin senkrecht mit unverändertem Querschnitt zu führen sowie über Dach zu entlüften.
- (4) Alle Öffnungen müssen mit rauchdichten, nichtbrennbaren Verschlüssen versehen sein. **Einwurföffnungen** sind so einzurichten, daß sperrige Abfälle nicht eingeworfen werden können und daß beim Öffnen die Verbindung zum Abwurfschacht unterbrochen ist.
- (5) Innerhalb der Abwurfschächte dürfen nur Leitungen, Installationen und Einrichtungen liegen, die zum Abwurfschacht gehören.

5. Kapitel Leitungen

§ 104 Verlegung von Leitungen

- (1) Leitungen müssen so verlegt werden, daß sie
1. die mechanische Festigkeit, die Standsicherheit, den Brandwiderstand sowie die Wärmedämmung und Schalldämmung von Bauteilen nicht beeinträchtigen und
 2. andere Leitungen nicht nachteilig beeinflussen.
- (2) *Brennbare Baustoffe für Leitungen und deren Dämmung sind zulässig, wenn aus Gründen des Brandschutzes keine Bedenken bestehen.*

15. Abschnitt Wohnungen, Aufenthaltsräume und Räume anderer Art

§ 105 Niveau der Räume

- (1) Der Fußboden von **Aufenthaltsräumen zum Wohnen** muß liegen:
1. über dem anschließenden Gelände (bei Gebäuden an der Straßenfluchtlinie über dem Niveau in der Straßenfluchtlinie),
 2. mindestens 50 cm über dem höchsten örtlichen Grundwasserspiegel und
 3. in *Hochwasserüberflutungsgebieten* mindestens 30 cm über dem *100jährigen* Hochwasser
- (2) Bei Gebäuden, die am Hang liegen, muß der Fußboden von **Aufenthaltsräumen zum Wohnen** mindestens an einer Seite über dem anschließenden Gelände

liegen. Die Wände der Räume dürfen höchstens zur Hälfte der jeweiligen Wandfläche erdberührt sein.

- (3) Andere Aufenthaltsräume dürfen unter dem anschließenden Gelände liegen, wenn besondere Vorkehrungen gegen eindringendes Wasser (§ 44 Abs. 1) getroffen werden.
- (4) Im Kellergeschoß müssen Aufenthaltsräume von anderen Räumen durch brandbeständige Wände getrennt sein.

§ 106 Raumhöhe

- (1) Die lichte Raumhöhe muß entsprechend dem Verwendungszweck der Räume festgelegt werden. Sie muß mindestens betragen:
 1. *in Kindergärten (Gruppen- und Bewegungsräume), in Schulen (Klassenzimmer und Gruppenräume), in Räumen für größere Menschenansammlungen und in Verkaufsstätten:* 3 m;
 2. in anderen Aufenthaltsräumen und in Wohnräumen: 2,60 m;
 3. in Räumen anderer Art (z.B. Nebenräumen): 2,10 m.
- (2) Für Teilflächen (z.B. bei Podien, Galerien, Rängen, Raumnischen, Deckenabschrägungen) darf die Mindestraumhöhe unterschritten werden, soweit es der Verwendungszweck zuläßt.
- (3) Im Dachgeschoß muß jeder Aufenthaltsraum über mindestens der halben Fußbodenfläche eine lichte Raumhöhe von mindestens 2,40 m haben; Raumteile mit einer lichten Höhe von weniger als 1,50 m werden in die Fußbodenfläche nicht eingerechnet.

§ 107

Beheizung, Belichtung und Belüftung von Aufenthaltsräumen

- (1) **Schornsteinanschlüsse** nach § 57 der NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, müssen für den Anschluß einer Feuerstätte für feste Brennstoffe geeignet sein.
- (2) Aufenthaltsräume müssen durch unmittelbar ins Freie führende Fenster (**Hauptfenster**) ausreichend belichtet und belüftet werden können.
- (3) Hauptfenster müssen so angeordnet sein, daß ein freier Lichteinfall unter 45° gesichert ist (bei einer seitlichen Abweichung des Lichteinfalles von höchstens 30°). Untergeordnete Bauteile, die den Lichteinfall auf Hauptfenster nur unwesentlich beeinträchtigen (z.B. Schornsteinköpfe, Geländer), bleiben unberücksichtigt.
- (4) Bei der Berechnung des freien Lichteinfalles dürfen Grundflächen eines angrenzenden Grundstückes einbezogen werden, wenn sie auf Grund der baurechtlichen Bestimmungen oder eines grundbücherlich sichergestellten Rechtes nicht bebaut werden dürfen.
- (5) Die Gesamtfläche der Hauptfenster (Fensterfläche) muß in der Architekturlichte gemessen mindestens **ein Zehntel der Fußbodenfläche** des zugehörigen Aufenthaltsraumes betragen. Bei Wohnräumen mit Raumtiefen von mehr als 5 m ist die Fensterfläche um je 10 % für jeden vollen Meter Mehrtiefe zu vergrößern.

Ragen Bauteile (z.B. Balkone, Dachvorsprünge) über Hauptfenster desselben Gebäudes mehr als 50 cm horizontal gemessen in den freien Lichteinfall hinein, so muß die erforderliche Fensterfläche mindestens **ein Sechstel der Fußbodenfläche** des zugehörigen Aufenthaltsraumes betragen. Solche Bauteile über Hauptfenstern dürfen jedoch nicht mehr als 2 m in den freien Lichteinfall ragen.

- (6) Aufenthaltsräume müssen dann nicht unmittelbar ins Freie führende Hauptfenster haben (z.B. auch hinter verglasten Loggien, Veranden und Wintergärten zulässig), wenn die Aufenthaltsräume trotzdem ausreichend belichtet und belüftet werden können, und die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist.
- (7) Aufenthaltsräume müssen dann nicht natürlich belüftet und belichtet werden *oder einen freien Lichteinfall nach Abs. 3 auf die zugehörigen Belichtungsöffnungen aufweisen*, wenn dies nach dem Verwendungszweck *aus technischen oder betrieblichen Gründen* unzulässig, störend oder unzumutbar wäre.

§ 108 Wohnungen

- (1) Jede Wohnung muß haben
 1. mindestens einen Wohnraum,
 2. eine Küche oder Kochnische,
 3. ein Badezimmer mit einer Waschgelegenheit und einer Dusche oder Badewanne und
 4. ein Klosett. In Wohnungen mit mehr als zwei Wohnräumen (ohne Küche gerechnet) ist ein eigener Klosetttraum erforderlich.
- (2) Wohnräume müssen eine Nutzfläche von mindestens 10 m² haben; bei Wohnungen mit nur einem Wohnraum jedoch mindestens 18 m².
- (3) In Wohngebäuden mit mehr als zwei Wohnungen muß jede Wohnung einen eigenen Wohnungseingang haben.
- (4) Bei der Berechnung der Nutzfläche von Wohnräumen im Dachgeschoß werden Raumteile mit einer lichten Höhe von weniger als 1,50 m nicht mitgerechnet.
- (5) Abs. 1 bis 4 gelten nicht für Beherbergungsstätten und Heime.

§ 109
Wohnungen und Aufenthaltsräume im
Dachgeschoß

- (1) Aufenthaltsräume im Dachgeschoß (samt Nebenräumen und Zugängen) müssen von der Dachkonstruktion und vom nicht ausgebauten Dachraum durch **brandbeständige Bauteile** getrennt sein.
- (2) In **Gebäuden mit höchstens drei Hauptgeschossen** ist für folgende Bauteile von Aufenthaltsräumen samt Nebenräumen und dem Zugang vom Stiegenhaus auch eine **hochbrandhemmende Ausführung** zulässig:
 1. Dachschrägen
 2. Decken über Dachgeschoßräumen
 3. Trennwände gegen nicht ausgebaute Dachräume
 4. Dachkonstruktionsteile innerhalb von Dachgeschoßräumen (z.B. Stuhlsäulen, Sparren, Kopfbänder)

Für **Dachschrägen**, an die die Dachdeckung anschließt, und für Trennbauteile gegen nichtbegehbare Dachbodenresträume (z.B. Seitenböden), gilt der erforderliche Brandwiderstand von innen nach außen.

- (3) Die Bauteile nach Abs. 2 dürfen auch **brandhemmend** sein bei Gebäuden mit höchstens **zwei Hauptgeschossen**
 1. mit entweder einer Wohnung oder einer Einheit vergleichbarer Größe im Dachgeschoß oder
 2. bei Reihenhäusern, wenn die Wohnungen durch Brandwände voneinander getrennt sind.
- (4) Aufenthaltsräume in einem zweiten Dachgeschoß, die nicht zur darunterliegenden Wohnung gehören, sind nur dann zulässig, wenn die tragenden Wände, die Decke und die Dachschrägen des darunterliegenden Dachgeschosses brandbeständig sind.

§ 110 Dachbodenresträume

- (1) Begehbare Dachbodenresträume (z.B. Spitzböden, Seitenböden) mit mehr als 5 m² Grundfläche müssen zur Brandbekämpfung zugänglich sein. Die Abschlüsse der Zugangsöffnungen müssen brandhemmend sein.
- (2) Dachbodenresträume, in denen Reinigungsöffnungen von Schornsteinen, Luftleitungen oder Luftschächten liegen, müssen von allgemein zugänglichen Teilen des Gebäudes erreichbar sein.

§ 111 Belüftung von Nebenräumen

Nebenräume müssen entsprechend ihrem Verwendungszweck eine wirksame Lüftung haben.

§ 112 Waschküchen, Wäschetrocknungsräume, Einstellräume und Abstellräume

- (1) Wohngebäude mit mehr als vier Wohnungen (ausgenommen Reihenhäuser) müssen folgende Räume haben:
 1. Einstellraum für Kinderwagen und Fahrräder
 2. eigener Abstellraum für jede Wohnung (z.B. Kellerabteil)
 3. Waschküche, sofern nicht in jeder Wohnung ein Aufstellplatz und die Anschlüsse für eine Waschmaschine vorgesehen werden
 4. Wäschetrocknungsraum
- (2) Diese Räume sind in einer den Bedarf deckenden Zahl und Größe herzustellen. Einstellräume für

Kinderwagen und Fahrräder müssen leicht erreichbar sein (mit der Möglichkeit Fahrrad und Kinderwagen zu schieben).

4. Teil Sondervorschriften für bestimmte Bauwerke

16. Abschnitt Abgrenzung und erhöhte Anforderungen

§ 113 Abgrenzung

- (1) Der 4. Teil enthält Sondervorschriften für
1. künstlerisch oder kulturell erhaltungswürdige Bauwerke und Althausbauten
 2. Bauwerke im Grünland oder auf Verkehrsflächen
 3. Bauwerke vorübergehenden Bestandes
 4. Nebengebäude und Kleinbauwerke
 5. *barrierefreie Gestaltung von Bauwerken*
 6. Reihenhäuser und Kleinwohnhäuser
 7. Betriebsgebäude
 8. Bauwerke für größere Menschenansammlungen, Verkaufsstätten, Hochhäuser
 9. landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Bauwerke
 10. Abstellanlagen für Kraftfahrzeuge
 11. Schutzräume

18. Abschnitt Barrierefreie Gestaltung von Bauwerken

§ 118 Allgemeines

- (1) Die Bestimmungen der §§ 119 bis 121 gelten für Bauwerke oder Teile davon mit folgendem Verwendungszweck:
 1. Dienststellen der Gebietskörperschaften mit Parteienverkehr
 2. Schulen, Kindergärten oder Volkshilfseinrichtungen
 3. Ordinationen, Krankenanstalten oder Kuranstalten, Pensionistenheime oder Pflegeheime
 4. Einrichtungen der Sozialversicherung, Sozialhilfe, Jugendwohlfahrt oder anderer Formen der Daseinsvorsorge
 5. Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs
 6. Bauwerke für größere Menschenansammlungen
 7. *Handelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche von mehr als 750 m²*
- (2) Bauwerke gemäß Abs. 1 Z. 1 müssen einen Raum haben, der für behinderte Menschen ohne besondere Schwierigkeiten (barrierefrei) zu erreichen ist.
- (3) Die für Schüler, Patienten, Benützer, Besucher oder Kunden bestimmten Räume in Bauwerken gemäß Abs. 1 Z. 2 bis 7 müssen auch von behinderten Menschen benützt werden können.

§ 119

Eingänge, Stiegen und Aufzüge

- (1) **Ein Eingang** in das Bauwerk muß **stufenlos** erreicht werden können.
- (2) **Stiegenläufe von Hauptstiegen** müssen gerade sein; gerundete Stiegenläufe (§ 69 Abs. 4) sind dann zulässig, wenn ein Personenaufzug (Abs. 5) vorhanden ist.
- (3) Für **Stufen von Hauptstiegen** gilt:
 1. **Stufenhöhe** höchstens 16 cm
 2. **Stufenauftritt** mindestens 30 cmDies gilt nicht, wenn ein Personenaufzug (Abs. 5) vorhanden ist.
- (4) Hauptstiegen mit mehr als 16 Stufen sind durch Podeste zu unterteilen.
- (5) Werden **Personenaufzüge** errichtet, so muß einer davon für Rollstuhlfahrer geeignet sein und vom Eingang (Abs. 1) und von allen Geschossen (Erschließungsebenen) stufenlos erreicht werden können.
- (6) Die Längsneigung von **Rampen** darf an keiner Stelle mehr als 6 % betragen.
- (7) Hauptstiegen und Rampen müssen beidseitig **Handläufe** haben.

§ 120

Gänge und Türen

- (1) **Gänge** müssen mindestens 1,50 m breit sein.
- (2) **Türanschlagschwellen** dürfen höchstens 3 cm hoch sein.
- (3) Für **Rollstuhlfahrer** müssen gegeben sein:
 1. **Wendekreise** mit einem Durchmesser von mindestens 1,50 m

2. **Durchgangsbreiten** bei Türen, Zugängen oder Durchgängen von mindestens 80 cm
3. **leicht entfernbare** Sperreinrichtungen (z.B. aushebbare Drehkreuze)

§ 121 Klosette

- (1) Je nach ihrem Verwendungszweck müssen Bauwerke oder Teile davon Klosette für behinderte Menschen haben.
- (2) Die Klosetträume *für behinderte Menschen* müssen
 1. **Türen** haben, die **nach außen aufschlagen** und von außen auch entriegelt werden können, und
 2. **Bewegungsflächen** mit einem Durchmesser von mindestens 1,50 m haben. Bei unterfahrbaren Einrichtungen (z.B. Waschbecken) dürfen auf diesen Durchmesser höchstens 20 cm angerechnet werden.

§ 122 Wohngebäude

- (1) In **Wohngebäuden** mit mehr als drei Hauptgeschossen oder mehr als 15 Wohnungen (ausgenommen Reihenhäuser) müssen
 1. die **allgemein zugänglichen Teile** den §§ 119 und 120 entsprechen und
 2. **Badezimmer** oder Klosetträume müssen zumindest einen nachträglichen Einbau eines Klosetts für behinderte Menschen zulassen, sofern die Wohnungen ebenerdig oder durch einen Aufzug erreichbar sind.

Für den **nachträglichen Einbau** eines Klosetts für behinderte Menschen ist eine Fläche von mindestens 1,55 m mal 1,55 m vorzusehen.

- (2) Wohnungen für behinderte Menschen müssen nach deren individuellen Anforderungen gestaltet und ausgestattet werden.

§ 123

Zubauten und Abänderungen

- (1) Bei einer bestehenden Wohnung darf ein Klosett für behinderte Menschen auch in das Badezimmer eingebaut werden; dann ist kein eigener Klosettraum erforderlich.
- (2) Für Zubauten und Abänderungen von Bauwerken gelten die Bestimmungen der §§ 119 bis 122 insoweit **nicht**, als unverhältnismäßige Mehrkosten entstehen würden.

19. Abschnitt

Reihenhäuser und Kleinwohnhäuser

§ 124

Gemeinsame Bestimmungen

- (1) Die Bestimmungen der Abs. 2 bis 4 gelten für
1. Reihenhäuser
 2. Kleinwohnhäuser
- (2) **Notwendige Stiegen** (Hauptstiegen, Kellerstiegen und Dachbodenstiegen) müssen nicht brandhemmend sein. Für Kleinwohnhäuser (§ 126) gilt dies nur für Stiegen innerhalb einer Wohnung.
- (3) Für Nebengänge und Nebenstergen genügt eine Breite von 90 cm.
- (4) Für Aufenthaltsräume gilt als lichte **Raumhöhe** in den Hauptgeschossen mindestens 2,50 m.

§ 129

Außenputze und Fassadenverkleidungen

- (1) Außenputze sowie deren Dämmschicht, Fassadenverkleidungen sowie deren Dämmschicht und Unterkonstruktion (einschließlich Halterungen und Befestigungen), und sonstige Bauteile an der Außenwand (z.B. Sonnenschutzvorrichtungen) müssen **nicht-brennbar** sein.
- (2) Die **Hinterlüftung** einer Fassadenverkleidung darf vertikal höchstens über zwei Brandabschnitte reichen.

§ 130

Fensterbrüstungen, Loggien und Balkone

- (1) **Fensterbrüstungen** müssen mindestens **1 m hoch** sein. Dies gilt nicht für Fensterbrüstungen im Erdgeschoß oder zu Loggien, Balkonen oder Terrassen.
- (2) **Loggien und Balkone** müssen
 1. mindestens 1 m tief sein,
 2. eine Brüstung haben, die mindestens 1,10 m hoch ist und
 3. in ihrer Tragkonstruktion der Brandwiderstandsdauer der anschließenden Decke entsprechen.

§ 131

Sicherheitsschleusen

- (1) Für folgende Verbindungswege sind Sicherheitsschleusen nach Abs. 2 erforderlich und zwar zwischen:
 1. Kellerstiegen und Hauptstiegen
 2. Brandabschnitten und innenliegenden Sicherheitstiegen

3. Brandabschnitten und Feuerwehraufzügen
 4. Garagen und Stiegenhäusern sowie Aufzügen
 5. Abfallsammelräumen sowie Räumen der Haus-technik (z.B. Transformatorenräume, Lüftungszentrale) und anderen Räumen
- (2) Sicherheitsschleusen müssen
1. ausreichend belüftbar und entlüftbar sein,
 2. brandbeständige Umfassungsbauteile und einen nichtbrennbaren Fußboden haben und
 3. brandhemmende und selbstschließende Türen haben, die in Fluchrichtung aufschlagen, mit einem Mindestabstand von 3 m voneinander.

§ 132 Stiegen

Stiegen müssen mindestens **1,50 m breit** sein und dürfen **nicht gewandelt** sein.

§ 133 Hauptstiegenhäuser, Verbindungsgänge und Kellerstiegenhäuser

- (1) **Hauptstiegenhäuser** müssen Sicherheitsstiegenhäuser (§ 134) sein. In Wohnhochhäusern muß in allen Geschossen mindestens **ein** Sicherheitsstiegenhaus über ins Freie führende offene Verbindungsgänge erreichbar sein.
- (2) Jeder **Brandabschnitt** muß an zwei Sicherheitsstiegenhäuser angeschlossen sein. Dabei dürfen mehrere Brandabschnitte auch einem Sicherheitsstiegenhaus zugeordnet sein.
- (3) Nur **ein** Sicherheitsstiegenhaus ist zulässig, wenn

1. die Geschoßflächen jeweils nicht mehr als 250 m² betragen (ohne Flächen von Stiegenhäusern, Sicherheitsschleusen und Aufzugsschächten) und
 2. der Fußboden des obersten Geschosses nicht mehr als 60 m über dem anschließenden Gelände liegt.
- (4) Sicherheitsstiegenhäuser **innerhalb eines Brandabschnitts** müssen in allen Hauptgeschossen durch einen **Gang** verbunden sein.
 - (5) Sicherheitsstiegenhäuser müssen entweder im obersten Geschoß oder über Dach durch einen **brandbeständigen Gang** verbunden sein.
 - (6) Die Türen der Verbindungsgänge nach Abs. 4 und 5 müssen jederzeit und ohne Hilfsmittel zu öffnen sein.
 - (7) **Kellerstiegenhäuser** müssen von Sicherheitsstiegenhäusern brandbeständig getrennt sein und eigene direkte Ausgänge ins Freie haben.

§ 134

Sicherheitsstiegenhäuser

- (1) Ein Sicherheitsstiegenhaus muß
 1. durch **brandbeständige Wände und Decken** gegen andere Gebäudeteile abgeschlossen sein,
 2. in allen Geschossen erreichbar sein
 - a) über ins Freie führende, offene Verbindungsgänge oder
 - b) über Sicherheitsschleusen, die zusammen mit dem Sicherheitsstiegenhaus **Druckbelüftungsanlagen** haben (zum Schutz gegen Rauch) und
 3. im Erdgeschoß einen direkten **Ausgang ins Freie** haben.

(2) **Sicherheitsstiegenhäuser mit offenen Verbindungsgängen** müssen eine **Brandrauchabzugsöffnung** haben. Diese muß

- o an der obersten Stelle gelegen sein,
- o einen Öffnungsquerschnitt von mindestens 5 % der Grundfläche des Stiegenhauses haben (mindestens aber 1 m²) und
- o vom Erdgeschoß oder der Angriffsebene der Feuerwehr sowie vom letzten Hauptpodest unabhängig vom öffentlichen Stromnetz geöffnet werden können.

Die **offenen Verbindungsgänge** müssen

- o mindestens so breit sein wie die zugehörige Stiege,
- o mindestens doppelt so lang sein wie sie breit sind und
- o mindestens an einer Längsseite **offen** sein.

(3) **Sicherheitsstiegenhäuser mit Druckbelüftung** müssen

1. in **Rauchabschnitte** mit höchstens sechs Geschossen unterteilt werden und
2. die **Druckbelüftungsanlagen** müssen von anderen Lüftungsanlagen unabhängig sein und sich bei einem Brand selbsttätig einschalten.

§ 135

Personenaufzüge

- (1) Ein Hochhaus muß mindestens **zwei** Personenaufzüge haben.
- (2) Die **Aufzugsstationen** müssen einmünden entweder
 1. in Stiegenhäuser oder
 2. in Sicherheitsschleusen oder
 3. in einen belüftbaren und entlüftbaren Vorraum, der als Rauchabschnitt auszubilden ist.

- (3) Jeder Brandabschnitt muß mit einem **Feuerwehraufzug** verbunden sein.

§ 136 Sicherheitsbeleuchtung und Ersatzstromanlage

- (1) Allgemein zugängliche Teile müssen eine **Sicherheitsbeleuchtung** haben.
- (2) Die Sicherheitsbeleuchtung muß
- o vom allgemeinen Stromnetz unabhängig sein,
 - o sich bei Ausfall der allgemeinen Beleuchtung (im gesamten Gebäude oder Teilen davon) selbstständig einschalten,
 - o mindestens drei Stunden leuchten und
 - o eine Handschaltung an gesicherter Stelle haben.
- (3) Brandschutzeinrichtungen und Druckbelüftungsanlagen müssen eine eigene **Steuerung** und eine **Ersatzstromversorgung** haben.

21. Abschnitt Bauwerke für größere Menschenansammlungen

§ 137 Verwendungszweck

- (1) Bauwerke für größere Menschenansammlungen sind Bauwerke oder Teile davon mit dem Verwendungszweck für Veranstaltungen mit **mehr als 120 Personen**.

(2) *Bauwerke nach Abs. 1 mit einer **Vollbühne** für schauspielerische und ähnliche Darbietungen haben als Merkmale*

1. *das **Zuschauerhaus**: der Gebäudeteil, der die Zuschauerräume und die mit ihnen in baulichem Zusammenhang stehenden Räume umfaßt,*

2. *das **Bünnenhaus**: der Gebäudeteil, der die Bühnen und die mit ihnen in baulichem Zusammenhang stehenden Räume umfaßt,*

3. *die **Bünnenöffnung**: die Öffnung in der Trennwand zwischen Zuschauerhaus und Bühnenhaus,*

4. *die **Bühne**: der hinter der Bühnenöffnung liegende Gebäudeteil mit einer Spielfläche von mehr als 150 m² sowie einer Oberbühne mit einer lichten Höhe von mehr als 2,5 m über der Bühnenöffnung oder einer Unterbühne; dabei ist*

a) *die **Oberbühne**: der Gebäudeteil über der Bühnenöffnung zur Unterbringung einer Obermaschinerie und*

b) *die **Unterbühne**: der begehbare Gebäudeteil unter dem Bühnenboden zur Unterbringung einer Untermaschinerie.*

(3) *Ein Verwendungszweck nach Abs. 1 und 2 ist nicht zulässig*

1. *in Bauwerken, in denen leichtbrennbare, explosive oder gesundheitsschädliche Stoffe erzeugt, verarbeitet oder in gefahrbringender Menge gelagert werden,*

2. *im Gefahrenbereich von Bauwerken gemäß Z. 1 und*

3. *in Traglufthallen.*

§ 138 Ausnahmen

Folgende Bauwerke sind entsprechend der Lage und dem Verwendungszweck von den Bestimmungen der §§ 139 bis 145 dann ausgenommen, wenn trotzdem die Sicherheit von Personen und Sachen gewährleistet ist:

1. bauliche Anlagen im Freien
2. Veranstaltungszelte

§ 139 Brandschutz

- (1) Die tragende Konstruktion muß **brandbeständig** sein.
- (2) Eine **nichtbrandbeständige** Konstruktion ist zulässig, wenn gewährleistet sind:
 1. der erforderliche Brandschutz und
 2. die Sicherheit von Personendurch die Lage und Größe oder durch zusätzliche Maßnahmen (z.B. selbsttätige Löschanlagen, Brandrauchentlüftung, Brandmeldeanlagen).
- (3) *Für Bauwerke mit **Vollbühnen** gilt:*
 1. *Das Bühnen- und das Zuschauerhaus sind durch eine Brandwand zu trennen.*
 2. *Die Bühnenöffnung muß gegen den Zuschauer-raum durch einen Vorhang aus nichtbrennbarem Material brandhemmend und rauchdicht geschlossen werden können (Schutzvorhang).*

Der Schutzvorhang muß

- *so angeordnet sein, daß er im geschlossenen Zustand an allen Seiten an brandbeständigen Bauteilen anschließt, wobei der Bühnenboden unter dem Schutzvorhang durchgeführt werden darf,*

- einem Druck von 450 Pa nach beiden Richtungen standhalten und
- durch sein Eigengewicht innerhalb von höchstens 30 Sekunden schließen können.

Die Vorrichtung zum Schließen des Schutzvorhangs muß mindestens an zwei Stellen, von denen eine auf der Bühne liegen muß, von Hand ausgelöst werden können. Beim Schließen muß auf der Bühne ein Warnsignal deutlich zu sehen oder zu hören sein.

3. Im Bühnenhaus und im Zuschauerraum sind an Lüftungstechnisch geeigneten Stellen Rauchabzüge anzuordnen; diese müssen von zwei jederzeit zugänglichen Stellen, von denen eine auf der Bühne liegen muß, unabhängig vom öffentlichen Stromnetz geöffnet werden können.

Das Gesamtausmaß der Rauchabzüge muß bezogen auf die jeweilige Grundrißfläche betragen

- beim Bühnenhaus mindestens 5 % und
- beim Zuschauerraum mindestens 2,5 %.

Jeder Rauchabzug muß einen wirksamen Mindestquerschnitt von 1 m² aufweisen.

§ 140 Gänge und Stiegen

(1) In Hauptgängen und auf Hauptstiegen müssen aus **nichtbrennbaren Baustoffen** bestehen:

1. Wandverkleidungen und Deckenverkleidungen (samt ihrer Unterkonstruktion) und
2. Fußbodenbeläge und Stufenbeläge.

Anstelle von nichtbrennbaren Baustoffen sind auch schwerbrennbare und im Brandfall schwach qualmende Baustoffe zulässig, wenn aufgrund der Lage und Größe der Veranstaltungsräume trotzdem die Sicherheit von Personen gewährleistet ist (z.B. bei ebenerdiger Lage der Veranstaltungsräume mit unmittelbar ins Freie führenden Ausgängen).

(2) **Einzelstufen** sind zulässig im Bereich von Galerien, Rängen und Balkonen.

(3) Ein eigenes Stiegenhaus ist nicht erforderlich für Stiegen innerhalb eines Raumes, die höchstens von 120 Personen benützt werden.

(4) Bauwerke mit unterschiedlichen Verwendungszwecken müssen für den Verwendungszweck Veranstaltungen ab 240 Personen eigene Hauptstiegen und Hauptgänge haben. Dies ist nicht erforderlich, wenn die Sicherheit von Personen auf andere Weise gewährleistet ist (z.B. aufgrund der Lage der Stiegen, der Gänge und Ausgänge).

(5) Jedes Stiegenhaus muß eine **Brandrauchabzugsöffnung** haben. Diese muß

1. an der obersten Stelle gelegen sein,
2. einen Öffnungsquerschnitt von mindestens 5 % der Grundfläche des Stiegenhauses haben (mindestens aber 1 m²) und
3. vom Erdgeschoß oder der Angriffsebene der Feuerwehr sowie vom letzten Hauptpodest unabhängig vom öffentlichen Stromnetz geöffnet werden können.

§ 141 Ausgänge und Fluchtwege

- (1) Bauwerke für größere Menschenansammlungen müssen mindestens zwei **voneinander unabhängige Ausgänge** haben. Ein Ausgang muß für Rollstuhlfahrer benützbar und als solcher gekennzeichnet sein.
- (2) Die Ausgänge von Bauwerken mit einem Verwendungszweck für Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen müssen an zwei verschiedenen Gebäudefronten liegen. Von diesen Ausgängen muß die öffentliche Verkehrsfläche erreichbar sein.
- (3) Fluchtwege müssen unmittelbar ins Freie führen. Vor den Ausgängen müssen im Freien ausreichende Staufflächen für Menschenansammlungen vorhanden sein.
- (4) Fluchtwege über Höfe müssen 6 m breiter als die sonst erforderliche Fluchtwegbreite sein. Eine zusätzliche Breite von 3 m genügt dann, wenn der Fluchtweg entlang von öffnungslosen und brandbeständigen Wänden führt.
- (5) Ausgänge und Fluchtwege müssen ausreichend gekennzeichnet sein.

§ 142 Sicherheitsbeleuchtung und Ersatzstromanlage

- (1) Allgemein zugängliche Teile müssen eine **Sicherheitsbeleuchtung** haben.
- (2) Die Sicherheitsbeleuchtung muß
 - o vom allgemeinen Stromnetz unabhängig sein,
 - o sich bei Ausfall der allgemeinen Beleuchtung (im gesamten Gebäude oder Teilen davon) selbsttätig einschalten,
 - o mindestens drei Stunden leuchten und
 - o eine Handschaltung an gesicherter Stelle haben.

- (3) Brandschutzeinrichtungen müssen eine eigene **Steuerung** und eine **Ersatzstromversorgung** haben.

§ 143 Klosettanlagen

- (1) *Bis zu 1.000 Personen ist für je 30 Frauen und je 100 Männer ein Klosett und für je 50 Männer ein Pißstand einzurichten.*
- (2) *Für weitere über 1.000 Personen ist die Anzahl auf ein Drittel und über 20.000 auf ein Sechstel der im Abs. 1 geforderten Klosette bzw. Pißstände zu reduzieren.*
- (3) *Die Gesamtsumme der ermittelten Zahlen ist auf ganze Zahlen aufzurunden.*

§ 144 Sitzplätze

- (1) Sitzplätze müssen so angeordnet, miteinander verbunden oder am Boden befestigt sein, daß der Raum im Gefahrenfall geordnet verlassen werden kann.
- (2) Zwischen Sitzreihen muß ein freier Durchgang von 40 cm bleiben.
- (3) Kein Sitzplatz einer Sitzreihe darf vom nächsten Verkehrsweg durch mehr als 10 Sitzplätze getrennt sein.
- (4) Werden Sitzplätze vor Tischen angeordnet, darf kein Sitzplatz vom nächsten Verkehrsweg mehr als 6 m entfernt sein.
- (5) Verkehrswege müssen mindestens 1,20 m breit sein.

§ 145 Stehplätze

- (1) Sind die Stehplätze in **Stufen** angeordnet, müssen die Stufen mindestens 40 cm breit sein.

- (2) **Schutzgeländer und Drängeländer** müssen auf geneigten oder stufenförmigen Stehplatzanlagen in ausreichender Zahl angebracht werden (entsprechend dem Fassungsraum, der Lage und Höhe der Stufen und der Stufengänge), damit die Stehplatzanlagen bei Gefahr geordnet verlassen werden können.
- (3) An Geländern von Balkonen und Galerien müssen **Fußleisten** angebracht werden.

22. Abschnitt Verkaufsstätten

§ 146 Verwendungszweck

- (1) Verkaufsstätten sind Bauwerke oder Teile davon mit dem Verwendungszweck für den Verkauf von Waren (z.B. Kaufhäuser, Einkaufszentren) und mit einer Verkaufsfläche von mehr als 1000 m².
- (2) Die Verkaufsfläche ist jene Fläche, auf der Waren ausgestellt oder zum Verkauf angeboten werden, einschließlich der Flächen zur Abwicklung des Kundenverkehrs.

§ 147 Brandschutz

- (1) Die tragende Konstruktion muß **brandbeständig** sein.
- (2) Eine **nichtbrandbeständige** Konstruktion ist zulässig, wenn gewährleistet sind:
 1. der erforderliche Brandschutz und
 2. die Sicherheit von Personen

durch die Lage und Größe und den Verwendungszweck oder durch zusätzliche Maßnahmen (z.B. selbsttätige Löschanlagen, Brandrauchentlüftung, Brandmeldeanlagen).

- (3) Die Verkaufsräume
 1. dürfen sich auf höchstens vier übereinanderliegende Geschosse über dem anschließenden Gelände und das oberste Kellergeschoß erstrecken und
 2. müssen von anderen Räumen (z.B. Büroräumen, Werkstätten, Lagerräumen) durch Brandwände getrennt sein.
- (4) Ein **Brandabschnitt** darf höchstens 10.000 m² umfassen.

§ 148 Brandschutzeinrichtungen

- (1) Über eine **Lautsprechanlage** muß jeder Verkaufsraum erreicht werden können.
- (2) **Brandmeldeanlagen** sind erforderlich für Verkaufsstätten mit einer Verkaufsfläche von mehr als 2000 m².
- (3) Selbsttätige Löschanlagen (z.B. **Sprinkleranlagen**) sind erforderlich für Brandabschnitte mit einer Verkaufsfläche von mehr als 3000 m².

§ 149 Ausgänge und Verkehrswege

- (1) Keine Stelle der Verkaufsfläche darf mehr als 40 m von einem sicheren Ausgang ins Freie oder von einer Hauptstiege in einem Stiegenhaus entfernt sein.
- (2) Die **lichte Mindestbreite von Verkehrswegen** ist zu bemessen nach der Art der Verkaufsstätte und der Zahl der benützenden Personen. Sie muß jedoch mindestens betragen:
 1. für Hauptverkehrswege: 2 m
 2. für Nebenverkehrswege: 1,20 m

- (3) Niveauunterschiede von weniger als 40 cm müssen mit Rampen ausgeglichen werden.
- (4) Verkaufsstände an Hauptverkehrswegen müssen unverrückbar angebracht sein.

§ 150

Sicherheitsbeleuchtung und Ersatzstromanlage

- (1) Allgemein zugängliche Teile müssen eine **Sicherheitsbeleuchtung** haben.
- (2) Die Sicherheitsbeleuchtung muß
 - o vom allgemeinen Stromnetz unabhängig sein,
 - o sich bei Ausfall der allgemeinen Beleuchtung (im gesamten Gebäude oder Teilen davon) selbsttätig einschalten,
 - o mindestens drei Stunden leuchten und
 - o eine Handschaltung an gesicherter Stelle haben.
- (3) Brandschutzeinrichtungen müssen eine eigene **Steuerung** und eine **Ersatzstromversorgung** haben.

23. Abschnitt Betriebsgebäude

§ 151

Brandschutz

- (1) Die tragende Konstruktion von Betriebsgebäuden muß **brandbeständig** sein.

(2) Eine **nichtbrandbeständige** Konstruktion ist zulässig, wenn gewährleistet sind:

1. der erforderliche Brandschutz und
2. die Sicherheit von Personen

durch die Lage und Größe und den Verwendungszweck oder durch die Bildung von Brandabschnitten oder durch zusätzliche Maßnahmen (z.B. selbsttätige Löschanlagen, Brandrauchentlüftung, Brandmeldeanlagen).

(3) **Brandabschnitte** mit mehr als 40 m Länge (§ 52 Abs. 1) müssen mindestens mit einer Seite an einer Außenwand liegen; diese muß von der Feuerwehr in ganzer Länge zugänglich sein.

(4) Hat ein Betriebsgebäude Außenwände aus brennbaren Baustoffen, so muß ein ausreichender Sicherheitsabstand eingehalten werden

1. zu anderen Gebäuden auf demselben Grundstück und
2. zu Nachbargrundstücken.

Der Sicherheitsabstand muß entsprechend der Lage, der Größe und dem Verwendungszweck so bemessen werden, daß er eine Brandübertragung verhindert.

24. Abschnitt Landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Bauwerke

§ 152

Wände und Decken von Wirtschaftsgebäuden

(1) Die Außenwände, tragenden Innenwände und Decken von eingeschossigen Wirtschaftsgebäuden dürfen **brandhemmend** ausgeführt werden.

- (2) **Kein Brandwiderstand** ist erforderlich für Außenwände von Wirtschaftsgebäuden, wenn die Tragkonstruktion des Gebäudes mindestens brandhemmend ist oder aus nichtbrennbaren Baustoffen besteht.
- (3) Wirtschaftsgebäude oder Gebäudeteile mit landwirtschaftlichem oder forstwirtschaftlichem Verwendungszweck müssen von Gebäuden oder Gebäudeteilen mit Aufenthaltsräumen (ausgenommen Aufenthaltsräume in Stallungen) durch **Brandwände** getrennt werden.
- (4) **Bei Außenwänden aus brennbaren Baustoffen**, die einer Grundstücksgrenze zugekehrt sind, muß der Abstand zur Grundstücksgrenze der Gebäudehöhe entsprechen, jedoch mindestens 5 m betragen.
- (5) **Kein Brandwiderstand** ist erforderlich
 1. für Decken unter dem Dach, wenn auf diesen keine brennbaren Güter gelagert werden
 2. für das Dach, wenn der obere Raumabschluß nicht durch eine Decke sondern durch das Dach gebildet wird
- (6) Ausnahmen von den brandschutztechnischen Erfordernissen und Mindestabständen der Abs. 1 bis 4 und vom Verbot des Lagerns von brennbaren Gütern gemäß Abs. 5 Z. 1 sind zulässig, wenn aufgrund der Lage, der Größe und des Verwendungszweckes der Brandschutz und die Sicherheit von Personen gewährleistet sind.

§ 153 Stallungen

- (1) **Aufenthaltsräume** dürfen in Stallungen nur eingerichtet werden, wenn sie für die Tierhaltung notwendig sind.

Diese Aufenthaltsräume müssen

1. von den Stallräumen durch brandhemmende Umfassungsbauteile getrennt sein und

2. einen unmittelbar ins Freie führenden Ausgang haben.
- (2) Von jeder Stelle einer Stallung muß in einer Entfernung von höchstens 40 m ein sicherer Ausgang ins Freie erreichbar sein.
- (3) **Zwei Ausgänge** müssen Stallungen für mehr als 10 Stück Großvieh oder für mehr als 30 Schweine, Ziegen oder Schafe haben. Ein Ausgang muß unmittelbar ins Freie führen.
- (4) **Stalltüren ins Freie** müssen so angelegt werden, daß die Tiere bei Gefahr rasch ins Freie gebracht werden können. Sie müssen mindestens 90 cm breit und 2 m hoch sein und nach außen aufschlagen oder als äußeres Schiebetor angebracht sein.
- (5) **Stallböden**, auf denen Stallmist, Jauche, Gülle oder Reinigungswässer anfallen, müssen **flüssigkeitsdicht** sein. Gleiches gilt für Auffangräume unter Spaltenböden und für Sammelkanäle.
- (6) Öffnungen in Außenwänden von Stallungen (z.B. Türen, Fenster, Lüftungsöffnungen) müssen mindestens 3 m entfernt sein
 1. von allen Fenstern von Aufenthaltsräumen
 2. von gewidmeten Verkehrsflächen

Dies gilt nicht für Fenster, die luftdicht abgeschlossen sind und keine beweglichen Teile haben.

§ 154 Düngersammelanlagen

- (1) Wenn es der Betrieb erfordert, müssen Stallungen mit **Düngersammelanlagen** ausgestattet sein.
- (2) Düngersammelanlagen und Silos für Naßsilagen müssen flüssigkeitsdicht sein. Die Abflüsse aus Düngersammelanlagen für festen Dünger und aus Silos für Naßsilagen sind in flüssigkeitsdichte **Sammelgruben** zu leiten.

- (3) **Abdeckungen** von Sammelgruben (z.B. Güllegruben, Jauchegruben) müssen tragsicher und verkehrssicher sowie mit den erforderlichen Einstiegsöffnungen (lichte Weite mindestens 60 cm) ausgestattet sein.
- (4) Aus Düngersammelanlagen darf **keine Einleitung** in Abwasseranlagen erfolgen.
- (5) Düngersammelanlagen müssen von Trinkwasserbrunnen und Quelfassungen für Trinkwasser so weit entfernt sein, daß entsprechend den Bodenverhältnissen und Grundwasserverhältnissen keine Gefahr einer Verunreinigung des Trinkwassers besteht. Die Mindestentfernung von 10 m ist aber jedenfalls einzuhalten.

25. Abschnitt Abstellanlagen für Kraftfahrzeuge

1. Kapitel Allgemeine Bestimmungen

§ 155

Anzahl der Stellplätze

- (1) Die Anzahl der nach § 63 Abs. 1 der NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, zu errichtenden Stellplätze wird für Personenkraftwagen je nach dem Verwendungszweck des Gebäudes wie folgt festgesetzt:

für ein Stellplatz für je

1. Wohngebäude 1 Wohnung
2. Kinder- und Jugendwohnheime 20 Betten
3. Ledigenwohnheime . . 2 Betten
4. Seniorenwohnheime . 8 Betten

5. Industrie- und Betriebsgebäude 5 Beschäftigte
6. Büro- und Verwaltungsgebäude. 40 m² Nutzfläche
7. *Handelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche bis zu 750 m²*
 50 m² Verkaufsfläche
8. *Handelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche von mehr als 750 m²*
 30 m² Verkaufsfläche
9. Gaststätten 10 Sitzplätze
10. Gaststätten mit überörtlicher Bedeutung, Diskotheken und Tanzlokale 5 Sitzplätze
11. Hotels, Pensionen und sonstige Beherbergungsbetriebe 5 Betten
12. Motels 2 Betten
13. Jugendherbergen . . . 10 Betten
14. Schulen 5 Lehrpersonen und
5 Schüler über 18 Jahre
15. Kranken- und Kuranstalten. 4 Betten
16. Pflegeheime. 10 Betten
17. Ambulatorien und Arztpraxen 30 m² Nutzfläche
18. Kasernen 3 Betten
19. Sporthallen 100 m² Hallensportfläche,
zusätzlich einer für
10 Zuschauerplätze
20. öffentliche Hallenbäder 10 Kleiderablagen,
zusätzlich einer für
10 Zuschauerplätze

21. Saunas und andere
öffentliche Bäder in
Gebäuden 10 Kleiderablagen
22. Kursstätten 10 Sitzplätze
23. Veranstaltungs-
betriebsstätten und
Kinos 10 Zuschauerplätze

Für jede volle und angefangene Einheit ist ein Stellplatz zu berechnen.

- (2) *Bei den in § 118 angeführten Gebäuden ist von je angefangenen 50 Stellplätzen*

- *mindestens ein Stellplatz für **Menschen mit Behinderung** und*
- *mindestens ein Stellplatz für **Familien mit Kleinkindern***

auszuführen, soweit nicht aufgrund des besonderen Verwendungszwecks (z.B. Krankenanstalten, Kuranstalten, Kindergärten) ein höherer Bedarf an Stellplätzen für Menschen mit Behinderung und für Familien mit Kleinkindern erforderlich ist.

Bei Wohngebäuden nach § 122 ist mindestens ein Stellplatz für Menschen mit Behinderung herzustellen.

*Die Stellplätze für Kraftfahrzeuge für Menschen mit Behinderung und für Familien mit Kleinkindern müssen mindestens **3,50 m breit** sein und sind zu **kennzeichnen**.*

- (3) Für die **Ermittlung der Anzahl** der Stellplätze bei nicht in Abs. 1 genannten Gebäuden sowie für andere Kraftfahrzeuge als Personenkraftwagen sind der voraussichtliche Bedarf der Benützer und Besucher und für diesen der vorgesehene Verwendungszweck und die Wohndichteklassen maßgeblich.
- (4) Wenn Teile eines Gebäudes dauernd verschiedenen Verwendungszwecken gewidmet werden, dann ist der Stellplatzbedarf für jeden Verwendungszweck getrennt zu ermitteln. Die so erhaltenen Werte sind zusammenzuzählen.

Wenn bei Gebäuden oder Gebäudeteilen verschiedene Verwendungszwecke für verschiedene Zeiträume in Betracht kommen, dann ist jeweils der größere Stellplatzbedarf zu berücksichtigen.

§ 156 Zu- und Abfahrten

- (1) **Zu- und Abfahrten** zwischen Abstellanlagen und öffentlichen Verkehrsflächen sind so anzulegen, daß der Verkehr auf den öffentlichen Verkehrsflächen im Einmündungsbereich gut zu übersehen ist.
- (2) Von **Straßenkreuzungen**, jeweils gemessen vom Schnittpunkt der Straßenfluchtlinien oder deren ge-

dachten Fortsetzungen, muß die Einbindung von **Zu- und Abfahrten in öffentliche Verkehrsflächen** folgende Abstände aufweisen:

- o mindestens 5 m bei Abstellanlagen mit höchstens 100 m² Nutzfläche,
- o mindestens 20 m bei Abstellanlagen mit mehr als 100 m² Nutzfläche.

Geringere Abstände sind zulässig, wenn aus Gründen der Verkehrssicherheit keine Bedenken bestehen.

- (3) Zu- und Abfahrten von Abstellanlagen sind
 - o der zu erwartenden Verkehrsbelastung entsprechend zu befestigen und
 - o im Bereich ihrer Einbindung in öffentliche Verkehrsflächen so auszugestalten, daß von ihnen Niederschlagswässer nicht auf die öffentlichen Verkehrsflächen gelangen können.
- (4) Bei Abstellanlagen mit **mehr als 100 m²** Nutzfläche müssen
 - o **Zu- und Abfahrten** mindestens 3 m – wenn nur die Benutzung durch Personenkraftwagen vorgesehen ist, mindestens 2,50 m – breit sein;
 - o **Kurven** im Verlauf der Zu- und Abfahrten einen Innenradius von mindestens 5 m, werden sie mit Lastkraftwagen befahren, mindestens 10 m aufweisen;
 - o vor Schranken, Toren oder anderen die Zufahrt behindernden Anlagen den Erfordernissen der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs und der Größe der Abstellanlagen entsprechende **Stauräume** für einfahrende Fahrzeuge außerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen angelegt werden.

Soweit es die Verkehrssicherheit erfordert, müssen Zu- und Abfahrten, Fahrbahnen und Fahrtrichtungen sowie Wege für Fußgänger gekennzeichnet und bei Dunkelheit beleuchtet werden.

- (5) Bei Abstellanlagen **mit mehr als 400 m²** Nutzfläche
- o sind zwischen Abstellflächen und Aus- und Eingängen von den Zu- und Abfahrten getrennte **Wege** mit einer Mindestbreite von 80 cm anzulegen
 - o **getrennte Zu- und Abfahrten** herzustellen, wenn es die Sicherheit erfordert.

§ 157 Rampen

- (1) Die **Neigung** von Rampen darf **höchstens 15 %** betragen bei
- o überdeckten Rampen oder
 - o Abstellanlagen **mit nicht mehr 100 m²** Nutzfläche.

In allen anderen Fällen darf die Neigung 10 % nicht überschreiten.

- (2) Wenn die Neigung der Rampen bei **Abstellanlagen mit höchstens 100 m² Nutzfläche** mehr als 10 % und in allen anderen Fällen mehr als 5 % beträgt, dann muß zwischen der öffentlichen Verkehrsfläche und der Rampe eine für die Länge der abzustellenden Fahrzeuge ausreichende, mindestens aber 5 m lange Fläche liegen. Diese Fläche darf nur eine solche Neigung haben, die zur Ableitung von Niederschlagswässern erforderlich ist.
- (3) In zwei- oder mehrgeschossigen **Garagen mit mehr als 400 m² Nutzfläche** müssen
- o vor dem unteren und dem oberen Ende der einzelnen Rampen jeweils in Rampenbreite mindestens 5 m lange, ständig freizuhaltende Verkehrsflächen angeordnet und
 - o die Rampen – außer bei offenen Garagen nach § 166 Abs. 4 – an ihren Seiten in der ganzen Länge durch brandbeständige Wände von den Garagenräumen getrennt werden.

§ 160 Fußböden

Fußböden in Garagen sind

- o **flüssigkeitsdicht**, wannenförmig oder mit einem Gefälle zu Sammelgruben, Sammelrinnen oder zu einem Kanaleinlauf mit angeschlossenen Öl- bzw. Benzinabscheider auszubilden und
- o aus **nichtbrennbaren Baustoffen** herzustellen.

Schwerbrennbare Fußbodenbeläge sind zulässig, wenn keine Gefahr einer Brandausbreitung oder Brandweiterleitung besteht (z.B. Asphaltbeläge mit einem Anteil an brennbaren Bestandteilen von höchstens 10 %).

§ 161 Tore, Türen und Fenster

- (1) Bei Garagen mit nicht mehr als 100 m² Nutzfläche gelten für Tore und Türen, die **unmittelbar ins Freie führen**, sowie für Fenster keine brandschutztechnischen Anforderungen.
- (2) Bei Garagen mit mehr als 100 m² Nutzfläche müssen
 1. **Tore** brandhemmend sein oder aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen und nach außen aufschlagende Geh Türen haben, wenn sie in einem Fluchtweg liegen,
 2. **Fensteröffnungen** mit einer brandwiderstandsfähigen Verglasung abgeschlossen werden, wenn die Gefahr einer Brandübertragung auf andere Gebäude oder Gebäudeteile besteht oder dies zur Sicherung von Fluchtwegen erforderlich ist.

Diese brandschutztechnischen Anforderungen gelten sinngemäß auch für andere unmittelbar ins Freie führende Öffnungen (z.B. Türen). Für Tore zwischen Brandabschnitten gilt § 166 Abs. 5.

- (3) **Mechanisch angetriebene Tore** müssen bei Versagen des Antriebsmechanismus mit der Hand geöffnet werden können.

§ 162

Verbindungen mit anderen Räumen

- (1) Türen, die zu nicht zur Garage gehörenden Räumen führen, müssen mindestens brandhemmend und selbstschließend sein.
- (2) Von Garagen und deren brandgefährdeten Nebenräumen ist ein unmittelbarer Zugang zu Aufenthaltsräumen, sofern sie nicht dem Garagenbetrieb dienen (z.B. Abfertigungsräume), und zu Räumen mit Feuerstätten mit offenem Verbrennungsraum **nicht** zulässig.
- (3) Bei **Garagen mit mehr als 100 m² Nutzfläche** müssen Zugänge zu Stiegenhäusern, Personenaufzügen und Fluchttunnels oder Verbindungen zu nicht zur Garage gehörenden Gebäuden oder Gebäudeteilen jeweils von der Garage und deren brandgefährdeten Nebenräumen durch eine **Brandschutzschleuse** getrennt sein.

Bei **offenen Garagen** nach § 166 Abs. 4 ist eine Brandschutzschleuse **nicht** erforderlich, wenn im Brandfall die Garagengeschosse sicher verlassen werden können.

§ 163

Fluchtwege

- (1) Kein Teil einer Garage darf von einem Ausgang
- o ins Freie oder
 - o in ein brandbeständiges Stiegenhaus oder
 - o in einen brandbeständigen Fluchttunnel
- mehr als **40 m** entfernt sein.

- (2) **Garagen mit mehr als 400 m²** Nutzfläche müssen von den Zu- und Abfahrten getrennte Fluchtwege aufweisen. Diese Fluchtwege müssen
- o sicher benützbar,
 - o deutlich gekennzeichnet und
 - o mindestens 1 m breit
- sein.

Bei **unterirdischen Garagen** mit mehr als zwei Geschossen muß jeder Brandabschnitt zwei Fluchtwege haben.

§ 164 Lüftung von Garagen

- (1) **Alle Teile einer Garage** müssen durch eine natürliche oder mechanische Lüftung ständig wirksam **durchlüftet** werden.
- (2) Bei Garagen mit **natürlicher Lüftung** muß der freie Gesamtquerschnitt der Lüftungsöffnungen mindestens betragen:
- o in Garagen mit höchstens
100 m² Nutzfläche 200 cm² je Stellplatz
 - o in Garagen mit mehr als
100 m² Nutzfläche 600 cm² je Stellplatz.

Diese Öffnungen sind zur Hälfte in Deckennähe, zur Hälfte unmittelbar über dem Fußboden anzubringen.

- (3) Ist eine natürliche Lüftung nach Abs. 2 nicht ausführbar, so ist eine **mechanische Lüftungsanlage** einzubauen, die einen für die Gesundheit von Personen ausreichenden Luftwechsel ermöglicht.

Bei unterirdischen Garagen mit mehr als 1500 m² Nutzfläche muß bei einem Ausfall der allgemeinen Stromversorgung zumindest die halbe Leistung der Lüftungsanlage gewährleistet sein.

§ 165 Heizungen

- (1) Heizungen in Garagen müssen so beschaffen sein, daß Treibstoffe und deren Dämpfe **nicht** entzündet werden können.
- (2) Durch **Luftheizungen** darf die Garagenlüftung nicht beeinträchtigt werden.

§ 166 Brandabschnitte für Garagen mit mehr als 400 m² Nutzfläche

- (1) In **Garagen mit mehr als 400 m² Nutzfläche** sind unter Bedachtnahme auf die Übersichtlichkeit der Anlage Brandabschnitte oder sonstige Vorkehrungen gegen eine Brandausbreitung vorzusehen.

Unterirdische Garagen dürfen höchstens vier Geschosse haben.

- (2) Unabhängig von der Größe der Brandabschnitte müssen die einzelnen Geschosse von zwei- oder mehrgeschossigen Garagen als selbständige Brandabschnitte ausgebildet werden.
- (3) Die **Brandabschnittsfläche** der Garagengeschosse darf höchstens betragen:

1. **2500 m²**, wenn deren Fußbodenoberkante nicht mehr als 1,30 m unter dem anschließenden Gelände liegt und unverschließbare Öffnungen in den Umfassungswänden in einem Mindestausmaß von 2 % der jeweiligen Abschnittsfläche vorhanden sind,
2. **1500 m²**, wenn sie nicht die Voraussetzungen nach Z. 1 erfüllen.

Sind **selbsttätige Löschanlagen** vorhanden, dann dürfen die Brandabschnitte nach Z. 1 und 2 bis zum Doppelten vergrößert werden. Die Länge der Brandabschnitte darf jedoch höchstens 80 m betragen.

- (4) **Keine Brandabschnitte** sind in Garagen erforderlich, wenn
1. die Fußbodenoberkante der Garagengeschosse nicht mehr als 1,30 m unter dem anschließenden Gelände liegt
- und**
2. die Umfassungswände in jedem Geschosß zumindest an zwei, möglichst gegenüberliegenden Seiten und in einem Gesamtausmaß von mindestens 5 % der Geschosßfläche offen sind.
- (5) Türen und Tore zwischen Brandabschnitten müssen
- o hochbrandhemmend sein; ist eine selbsttätige Löschanlage vorhanden, so genügt eine brandhemmende Ausführung,
 - o sich bei Auftreten von Rauchgasen selbsttätig schließen und
 - o von beiden Seiten mit der Hand geöffnet werden können.

§ 167

Rauchabzugsöffnungen

- (1) **Garagen mit mehr als 400 m² Nutzfläche** müssen in jedem Brandabschnitt in der Decke oder im oberen Drittel der Umfassungswände an lüftungstechnisch geeigneten Stellen **Rauchabzüge** im Ausmaß von mindestens 5 ‰ der jeweiligen Brandabschnittsfläche haben.
- Jeder Rauchabzug muß einen **wirksamen Mindestquerschnitt** von 1 m² aufweisen.
- (2) Die **Rauchabzüge** müssen im Brandfall von einem leicht erreichbaren, gesicherten Ort unabhängig vom öffentlichen Stromnetz geöffnet werden können.
- (3) **Mechanische Brandrauchentlüftungsanlagen** sind einzurichten

1. in Garagen, in denen natürliche Rauchabzüge nach Abs. 1 nicht ausführbar sind und
2. in unterirdischen Garagen ohne selbsttätige Löschanlagen, wenn sie mehr als zwei Geschosse haben.

Sie sind so anzuordnen, dass durch den Abzug der heißen Brandgase keine Brandausbreitung erfolgt.

§ 168

Brandmeldeanlagen, Fluchtwegorientierungs- und Sicherheitsbeleuchtung

- (1) Garagen müssen mit einer **Brandmeldeanlage** ausgestattet werden, wenn
- o sie mehr als drei Brandabschnitte haben oder
 - o die Größe der Brandabschnitte nach § 166 Abs. 3 Z. 1 (2500 m²) und Z. 2 (1500 m²) überschritten wird.

- (2) Eine **Fluchtwegorientierungsbeleuchtung** ist in Garagen mit mehr als 100 m² Nutzfläche erforderlich.

Die Fluchtwegorientierungsbeleuchtung muß sich bei Stromausfall automatisch einschalten und dann mindestens 1 Stunde leuchten.

- (3) Eine **Sicherheitsbeleuchtung** ist in Garagen mit **mehr als 1500 m²** Nutzfläche, ausgenommen Garagen nach § 166 Abs. 4, erforderlich.

Die Sicherheitsbeleuchtung muß

- o vom allgemeinen Stromnetz unabhängig sein,
- o sich bei Ausfall der allgemeinen Beleuchtung (in der gesamten Garage oder Teilen davon) selbsttätig einschalten,
- o mindestens drei Stunden leuchten und
- o eine Handschaltung an gesicherter Stelle haben.

§ 169 Sonderbestimmungen

- (1) **Flüssiggasbetriebene Kraftfahrzeuge** dürfen nur in solchen Garagen eingestellt werden, in denen sichergestellt ist, daß austretendes Gas nicht zu Gefahren für Personen und Sachen führt.
- (2) Ladestationen für **elektrisch betriebene Kraftfahrzeuge** sind in Garagen nur dann zulässig, wenn entstehende Gase und Säuredämpfe gefahrlos abgeleitet werden.
- (3) Für **Garagen zum Einstellen von dieselbetriebenen Kraftfahrzeugen** oder von höchstens **5 Kraftfahrzeugen** sind Ausnahmen
 1. von den brandschutztechnischen Anforderungen an
 - a) Wände, Decken und sonstige tragende Bauteile,
 - b) Öffnungsabschlüsse,
 2. der höchstzulässigen Größe von Brandabschnitten,
 3. der zulässigen Verbindung mit anderen Räumen und
 4. vom Erfordernis einer Brandmeldeanlage, Fluchtwegorientierungs- und Sicherheitsbeleuchtungzulässig, wenn aufgrund der Lage und Größe der erforderliche Brandschutz und die Sicherheit von Personen gewährleistet sind.
- (4) **Mechanischen Garagen**, bei welchen die Kraftfahrzeuge ohne Personenbegleitung zu den Stellplätzen befördert werden (Aufzugsgaragen), sind je nach ihrer Eigenart so auszuführen, daß der gleiche Brandschutz wie bei Brandabschnitten mit einem Höchstmaß von 1500 m² gewährleistet ist.

§ 170
Verbote

In Garagen ist grundsätzlich verboten:

- o der Gebrauch von offenem Licht und Feuer,
- o das Rauchen,
- o das Laufenlassen der Motoren bei geschlossenen Toren und
- o das Hantieren mit Flüssigkeiten mit einem Flammpunkt von weniger als 21°C.

**26. Abschnitt
Schutzräume**

§ 171
Anzahl der Schutzplätze

(1) Die Mindestanzahl der Schutzplätze beträgt:

1. bei Wohnhäusern
 - o je Einzimmerwohnung
(1 Aufenthaltsraum) 2 Schutzplätze
 - o je Zweizimmerwohnung
(2 Aufenthaltsräume) 3 Schutzplätze
 - o je Dreizimmerwohnung
(3 Aufenthaltsräume) 3,5 Schutzplätze
 - o je Vierzimmerwohnung
(4 Aufenthaltsräume) 4 Schutzplätze
 - o je weiteren Aufenthaltsraum
zusätzlich 1 Schutzplatz
2. bei Schulen 95 % der Schüler
und Lehrpersonen

3. bei Heimen und dgl. 95 % der Personen
bei voller Belegung
 4. bei Beherbergungsbetrieben 50 % der Betten
und Personal
 5. bei Büros und Werkstätten. . 1 Schutzplatz je
15 m²
 6. bei Verkaufsflächen 1 Schutzplatz je
30 m²
 7. bei sonstigen Gebäuden . . . Anzahl der
erfahrungsgemäß
gleichzeitig über
einen längeren
Zeitraum anwesen-
den Personen
- (2) Nur für jede volle Einheit ist ein Schutzplatz zu berechnen. **Halbe Schutzplätze** sind aufzurunden.
- (3) Die Mindestzahl darf **unterschritten** werden, wenn ein wesentlich geringerer Bedarf nachgewiesen wird.

§ 172 Ausführung

Die Vorsorge für den **Bau** oder die **Einrichtung von Schutzräumen** hat den Abschnitten 4 bis 10 der Technischen Richtlinien für Grundsicherheit in Neubauten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, Stand 1995, zu entsprechen. Bei Schutzräumen mit mehr als 50 Schutzplätzen hat diese Vorsorge nach dem Verwendungszweck des Gebäudes und dem Stand der Technik zu erfolgen.

5. Teil Heizungen

27. Abschnitt Brennstoffe

§ 173 Zulässige Brennstoffe

- (1) In **Feuerstätten** dürfen folgende **Brennstoffe** verfeuert werden:
1. feste Brennstoffe nach § 174
 2. flüssige Brennstoffe:
 - a) Heizöl extra leicht (*Gasöl*) nach ÖNORM C 1109
 - b) Heizöl leicht (*Schweröl*) nach ÖNORM C 1108 (nur für Feuerstätten ab einer Nennwärmeleistung von 70 kW)
 3. gasförmige Brennstoffe:
 - a) Brenngase der öffentlichen Gasversorgung
 - b) Flüssiggas nach ÖNORM C 1301
- (2) Die Verwendung von Brennstoffen, die nicht in Abs. 1 angeführt sind, ist zulässig, wenn nachgewiesen wird, daß der Immissionsschutz nicht beeinträchtigt wird.
- (3) **Schadstoffreiche Materialien** dürfen nur in Anlagen mit einer wirksamen Abgasreinigung verfeuert werden. Schadstoffreiche Materialien sind insbesondere Altöl, Müll und Holzabfälle mit Zusätzen (z.B. Spanplattenabfälle, kunststoffbeschichtete oder mit Holzschutzmitteln behandelte Holzabfälle).

§ 174 Feste Brennstoffe

- (1) In Anlagen, für die ein Prüfbericht einer hierzu befugten Stelle (staatlich autorisierte Anstalt, in einem EU- oder EWR-Mitgliedstaat akkreditierte Stelle) vorliegt, dürfen folgende **Arten von festen Brennstoffen** verfeuert werden:
1. Steinkohlen, Steinkohlenbriketts, Steinkohlenkoks mit einem Massengehalt an Schwefel von nicht mehr als 1 %
 2. Braunkohlen, Braunkohlenbriketts, Braunkohlenkoks mit einem Massengehalt an Schwefel von nicht mehr als 1 %
 3. naturbelassenes Holz in Form von Scheiten, Stücken und Hackgut, Holzkohle und Preßlinge (Briketts) aus naturbelassenem Holz
 4. *sonstige standardisierte biogene Brennstoffe (ausgenommen aus Holz), die ausschließlich oder überwiegend naturbelassene erneuerbare Materie als Ausgangsmaterial haben (z.B. Miscanthus, Energiekorn). Der Gesamtchlorgehalt dieser Brennstoffe darf 1.500 mg/kg Trockensubstanz nicht übersteigen.*
- (2) Für **ortsfest gesetzte Öfen und Herde**, für die ein vergleichbarer Nachweis nach § 59 Abs. 4 der NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, vorliegt, gilt Abs. 1 sinngemäß.
- (3) In **Altanlagen**, die weder die in Abs. 1 noch die in Abs. 2 genannten Anforderungen erfüllen, und die eine Nennwärmeleistung von nicht mehr als 26 kW aufweisen, dürfen die folgenden festen Brennstoffe verfeuert werden:
1. Koks
 2. Anthrazit, Mager- und Eßkohle (Kohlen, deren Gehalt an flüchtigen Bestandteilen – bezogen auf wasser- und aschefreie Substanz – 18 % nicht überschreitet)

3. naturbelassenes Holz in Form von Scheiten und Stücken, Holzkohle und Preßlinge (Briketts) aus naturbelassenem Holz

28. Abschnitt Feuerstätten

§ 175

Allgemeine Anforderungen

Feuerstätten von 4 bis 400 kW Nennwärmeleistung dürfen aufgestellt oder eingebaut werden, wenn sie die Anforderungen nach den §§ 176 bis 184 erfüllen.

§ 176

Emissionsgrenzwerte

Die folgenden, in mg/MJ angegebenen, **Emissionsgrenzwerte** dürfen nicht überschritten werden:

1. Für feste Brennstoffe

		CO	NO _x	OGC	Staub
<i>händisch beschickt</i>	<i>Holzbrennstoffe</i>	1100	150	80	60
	<i>Sonstige standardisierte biogene Brennstoffe:</i>				
	<i>unter 50 kW</i>	1100	300	50	60
	<i>ab 50 kW</i>	500	300	30	60
<i>automatisch beschickt</i>	<i>Fossile feste Brennstoffe</i>	1100	100	80	60
	<i>Holzbrennstoffe</i>	500*	150	40	60
	<i>Sonstige standardisierte biogene Brennstoffe</i>	500*	300	30	60
	<i>Fossile feste Brennstoffe</i>	500	100	40	40

*) Bei Teillastbetrieb mit 30% der Nennwärmeleistung kann der Grenzwert um 50% überschritten werden.

2. Für flüssige Brennstoffe

	CO	NO _x	OGC	Rußzahl
Verdampfungs- ohne brenner Gebläse	20	35	6	1
mit Gebläse	20	35	6	1
Zerstäubungs- Heizöl brenner extra leicht	20	35	6	1
Heizöl leicht	20	35	6	1

3. Für gasförmige Brennstoffe

	Erdgas		Flüssiggas	
	CO	NO _x	CO	NO _x
Atmosphärische Brenner	20	30 ^{***})	35	40 ^{***})
Gebläsebrenner	20	30	20	40

***) Der NO_x-Grenzwert darf für Durchlauferhitzer (Durchlaufwasserheizer), Vorratswasserheizer und Einzelöfen um höchstens 100 % überschritten werden

§ 177 Wirkungsgrade

Feuerstätten von Zentralheizungsanlagen müssen mindestens die folgenden, in Prozenten angegebenen, **Wirkungsgrade** aufweisen:

1. Bei festen Brennstoffen

- | | |
|--------------------------|---------------------|
| a) händisch beschickt | |
| bis 10 kW | 73 |
| über 10 - 200 kW | (65,3 + 7,7 log Pn) |
| über 200 kW | 83 |
| b) automatisch beschickt | |
| bis 10 kW | 76 |
| über 10 - 200 kW | (68,3 + 7,7 log Pn) |
| über 200 kW | 86 |

2. Bei flüssigen und gasförmigen Brennstoffen

Heizkesseltyp (*)	Wirkungsgrad bei Nennwärmeleistung		Wirkungsgrad bei Teillast 30 % Pn	
	Durchschnittliche Wassertemperatur des Heizkessels (in °C)	Formel der Wirkungsgradanforderung (in %)	Durchschnittliche Wassertemperatur des Heizkessels (in °C)	Formel der Wirkungsgradanforderung (in %)
Standardheizkessel	70	$\geq 84 + 2 \log P_n$	≥ 50	$\geq 80 + 3 \log P_n$
Niedertemperatur-Heizkessel (**)	70	$\geq 87,5 + 1,5 \log P_n$	40	$\geq 87,5 + 1,5 \log P_n$
Brennwertkessel	70	$\geq 91 + \log P_n$	30 (***)	$\geq 97 + \log P_n$

P_n = Nennwärmeleistung

- (*) Heizkessel: der aus Kessel und Brenner bestehende Wärmeerzeuger, der zur Übertragung der durch die Verbrennung freigesetzten Wärme ans Wasser dient
- (**) einschließlich Brennwertkessel für flüssige Brennstoffe
- (***) Kessel-Eintrittstemperatur (Rücklauf-temperatur)

§ 178

Technische Dokumentation

- (1) Jeder Feuerstätte muß eine deutschsprachige, schriftliche **technische Dokumentation** beigegeben sein. Diese **muß** folgende Angaben **enthalten**:

1. wie die Feuerstätte bestimmungsgemäß zu betreiben ist;
 2. durch welche Prüfung der Nachweis erbracht wurde, daß die Feuerstätte den Anforderungen dieser Verordnung entspricht (Bezeichnung der Prüfzelle, Nummer des Prüfzertifikates und Datum);
 3. Emissionswerte;
 4. Wirkungsgrade;
 5. bei händisch beschickten Feuerstätten gegebenenfalls der Hinweis, daß die Feuerstätte nur mit einem Pufferspeicher (Lastausgleichsspeicher) betrieben werden darf, wenn dies im Sinne des § 181 Abs. 3 erforderlich ist.
- (2) **Bauteile von Feuerstätten** müssen mit einem Hinweis versehen sein, aus dem hervorgeht, mit welchem Brenner bzw. mit welchem Kessel sie kombiniert werden können, damit die Feuerstätte nachweislich den Anforderungen dieser Verordnung entspricht.

§ 179 Typenschild

Bei jeder Feuerstätte ist ein Typenschild am Brenner bzw. am Kessel oder, wo dies nicht möglich ist, an einem sonstigen Bauteil anzubringen. Das **Typenschild muß** folgende Angaben **enthalten**:

1. Name und Kennzeichen des Herstellers,
2. Handelsbezeichnung des Gerätes,
3. gegebenenfalls Art der Stromversorgung,
4. Gerätekategorie,

5. soweit eine CE-Kennzeichnung vorgesehen ist, die beiden letzten Ziffern des Jahres, in dem die CE-Kennzeichnung angebracht wurde.

§ 180

Allgemeine Prüfbedingungen

- (1) Feuerstätten sind auf ihr Emissionsverhalten zu prüfen. Das **Prüfverfahren** und die **Prüfbedingungen** müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen.
- (2) Die Emissionsgrenzwerte für feste und flüssige Brennstoffe nach § 176 müssen nachgewiesen werden. Die Messung hat bei Nennwärmeleistung und kleinster angegebener Teillast des Wärmeleistungsbereiches zu erfolgen.
- (3) Bei festen Brennstoffen hat die kleinste Teillast nach Abs. 2 höchstens:
- 50 % der Nennwärmeleistung bei händisch beschickten Feuerstätten
 - 30 % der Nennwärmeleistung bei automatisch beschickten Feuerstätten
- zu betragen.

§ 181

Prüfbedingungen für händisch beschickte Feuerstätten

- (1) Die Emissionen sind bei Nennwärmeleistung **durch Beobachtung von zwei aufeinanderfolgenden Abbrandperioden** zu beurteilen. Hierbei sind die Emissionswerte für CO, OGC und NO_x als arithmetischer Mittelwert über die Versuchszeit anzugeben. Bei ungleichförmigem Verbrennungsverlauf sind

energetisch gewichtete Mittelwerte über die Versuchszeit anzugeben (Emissionen bezogen auf derzeitige Wärmeleistung).

- (2) Der Emissionsgrenzwert für Staub ist der aus jeweils drei Halbstundenmittelwerten einer Abbrandperiode gebildete arithmetische Mittelwert. Dauert die Abbrandperiode weniger als 1,5 Stunden, so genügen jeweils zwei Halbstundenmittelwerte.
- (3) Falls bei händisch beschickten Feuerstätten der Nachweis bei kleinster Teillast nicht erbracht werden kann, so ist auf dem Typenschild und in der technischen Dokumentation der Einbau eines entsprechenden Pufferspeichers (Lastausgleichsspeichers) vorzuschreiben.
- (4) Für die **Beurteilung** der Emissionen **bei kleinster Teillast** des Wärmeleistungsbereiches genügt die Beobachtung **einer Abbrandperiode**. Hierbei ist lediglich der Nachweis der Emissionsgrenzwerte für CO und OGC zu erbringen. Der Teillastbetrieb muß durch eine vorhandene selbsttätige Regelung erreicht werden.

§ 182

Prüfbedingungen für automatisch beschickte Feuerstätten

- (1) Die **Emissionsgrenzwerte** für CO, NO_x und OGC sind als arithmetische Mittelwerte der Emission **während der gesamten Versuchszeit** (zumindest drei Stunden) anzugeben.
- (2) Der **Emissionsgrenzwert für Staub** ist der aus zumindest drei Halbstundenmittelwerten der Versuchszeit gebildete arithmetische Mittelwert.

- (3) **Bei kleinster Teillast** des Wärmeleistungsbereiches ist lediglich der Nachweis der Emissionsgrenzwerte für CO und OGC zu erbringen. Der Teillastbetrieb muß durch eine vorhandene selbsttätige Regelung erreicht werden.

§ 183

Prüfbedingungen für Feuerstätten für flüssige Brennstoffe

- (1) Bei flüssigen Brennstoffen ist der **Stickstoffgehalt** anzugeben. Die Emissionsgrenzwerte für NO_x beziehen sich auf einen Stickstoffgehalt von 140 mg/kg an organisch gebundenem Stickstoff im Heizöl.
- (2) Bei höheren bzw. niedrigeren Stickstoffgehalten des Brennstoffes ist der Grenzwert für NO_x wie folgt zu ermitteln:
1. Bei höheren Stickstoffgehalten ist der Grenzwert pro zusätzlichem 1 mg Stickstoff pro kg Brennstoff um 0,06 mg/MJ höher anzusetzen, jedoch höchstens mit 130 mg/MJ.
 2. Bei niedrigerem Stickstoffgehalt ist der Grenzwert pro 1 mg niedrigerem Stickstoffgehalt um 0,06 mg/MJ niedriger anzusetzen.

§ 184

Besondere Prüfbedingungen für Feuerstätten für gasförmige Brennstoffe

Feuerstätten, die ausschließlich für den Betrieb mit Flüssiggas konstruiert sind, sind mit dem Prüfgas G 31 im Sinne der ÖNORM EN 437 zu prüfen. Alle übrigen Feuerstätten, die mit Gas betrieben werden, sind mit dem Prüfgas G 20 im Sinne der ÖNORM EN 437 zu prüfen.

§ 185
Feuerstätten über 400 kW
Nennwärmeleistung

Die in dieser Verordnung festgelegten Emissionsgrenzwerte gelten nicht **für Feuerstätten über 400 kW** Nennwärmeleistung. Bei der Aufstellung solcher Anlagen sind **im Einzelfall jene Emissionsgrenzwerte vorzuschreiben**, die den Immissionsschutz nach § 48 der NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, gewährleisten.

8200/7--0

29. Abschnitt
Betrieb von Feuerstätten

§ 186
Feuerstätten für gasförmige und für flüssige
Brennstoffe

- (1) **Feuerstätten für gasförmige und für flüssige Brennstoffe** haben bei Betrieb folgende Grenzwerte einzuhalten:

1. Abgasverluste

Nennwärmeleistung in Kilowatt	Grenzwerte für die Abgasverluste in %
bis 50	12
50 - 120	11
über 120	10

23. Juli 1998

2. CO-Emissionen

Konzentration im trockenen, unverdünnten Abgas, angegeben in ppm (bezogen auf 0 % Sauerstoff): 150

- (2) Bei **Feuerstätten für flüssige Brennstoffe** müssen die Abgase frei von Ölderivaten sein. Sie dürfen folgende Rußzahl nicht überschreiten:

Anlagen

mit Verdampfungs-
brenner

Rußzahl 2

mit Zerstäubungs-
brenner

Rußzahl 1 bei Verwen-
dung von
Heizöl extra
leicht

mit Zerstäubungs-
brenner

Rußzahl 2 bei Verwen-
dung von
Heizöl leicht

§ 187 Altanlagen

Für Feuerstätten, die bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung errichtet wurden, gelten abweichend von § 186 für die Abgasverluste und die CO-Emissionen folgende Grenzwerte:

Nennwärmeleistung in Kilowatt	Grenzwerte für die Abgasverluste in %	CO-Emissionen
bis 50	16	300
50 - 120	14	
über 120	12	

30. Abschnitt Überprüfung von Feuerstätten

§ 188 Überprüfungsperiode

- (1) Betreiber von **Feuerstätten von Zentralheizungsanlagen** mit einer Nennwärmeleistung von **mehr als 11 kW bis 50 kW (sonstige Feuerstätten ab 20 bis 50 kW)** haben diese **in jedem zweiten Kalenderjahr** überprüfen zu lassen.
- (2) Betreiber von **Feuerstätten** mit einer Nennwärmeleistung von **mehr als 50 kW** haben diese **in jedem Kalenderjahr** überprüfen zu lassen.
- (3) **Die erste Überprüfung** der Feuerstätte ist im Rahmen der erstmaligen Inbetriebnahme durchzuführen.

§ 189 Überprüfungsumfang

- (1) Bei der Überprüfung ist die einwandfreie Funktion der Feuerstätte zu kontrollieren. Bei **Anlagen bis 400 kW** Nennwärmeleistung sind **folgende Messungen** durchzuführen:
 1. Bei gasförmigen Brennstoffen:
 - o Abgasverlust
 - o CO-Emission
 2. Bei flüssigen Brennstoffen:
 - o Abgasverlust
 - o CO-Emission
 - o Rußzahl
- (2) Bei **Anlagen über 400 kW** Nennwärmeleistung ist die Einhaltung allfälliger mit Bescheid festgesetzter Grenzwerte durch Messungen zu überprüfen.

§ 190 Überprüfungsverfahren

- (1) Die **Überprüfung** hat nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erfolgen. Wenn deren Anwendung nicht möglich ist, ist dies im Prüfbericht zu vermerken und zu begründen.
- (2) Die **Abgasverluste** sind nach der *ÖNORM M 7510-2* zu bestimmen. Wenn deren Anwendung anlagen- oder brennstoffbedingt nicht möglich ist, so ist die Siegert'sche Formel anzuwenden.
- (3) Die **Rußzahl** nach Bacharach ist nach der *ÖNORM M 7531* zu bestimmen. Bei der Messung darf kein Ölderivat im Abgas vorhanden sein.
- (4) Der **Nachweis von Ölderivaten** hat nach *ÖNORM M 7532* zu erfolgen.

§ 191 Prüfbefund

Der **Prüfbefund** ist nach *ÖNORM M 7510-2* oder auf einem übersichtlichen Formblatt zu erstellen, das mindestens folgende Angaben enthalten muß:

1. Allgemeine Angaben:
 - o Prüfer (befugter Gewerbetreibender, überprüfende Person, Registernummer) bzw. befugter Fachmann;
 - o Meßgeräte (Fabrikat, Type, Datum der letzten Überprüfung, Prüfstelle);
 - o Feuerungsanlage (Standort, Betreiber, Eigentümer, Fabrikat, Type, Baujahr, Nennwärmeleistung laut Typenschild für Brennstoff in kW);
 - o Mängel (Art, Behebungsfrist);
 - o Überprüfung (Datum, Befundnummer, Anlaß: periodische Wiederholung, behördliche Anordnung);

- sonstige Bemerkungen;
 - Unterschrift der überprüfenden Person.
2. Besondere Angaben bei Gasfeuerstätten:
- Gasart, Heizwert nach Angaben des Gaslieferanten;
 - Art des Brenners (atmosphärischer Brenner, Gasgebläsebrenner), Fabrikat, Type;
 - Zustand der Heizflächen, Kessel-Regeleinrichtung, Zündvorgang und Programmablauf, Funktion der Strömungssicherung, Funktion der Abgasklappe, Be- und Entlüftung des Heizraumes;
 - Betriebszustand während der Messung (Vollast, Teillast)
 - Förderdruck des Schornsteins;
 - Abgastemperatur, Abgasverlust, Kesselaustritts-temperatur, CO₂- oder O₂-Gehalt;
 - CO-Gehalt.
3. Besondere Angaben bei Ölfeuerstätten:
- Art des Brennstoffes, Heizwert;
 - Ölbrenner: Fabrikat, Type;
 - Zustand der Heizflächen, Dichtheit des Kessels einschließlich der Verschlüsse, Kessel-Regeleinrichtung, Zündvorgang und Programmablauf, Funktion von Zugregler und Explosionsklappe, Funktion der Zusatzeinrichtungen, Be- und Entlüftung des Heizraumes;
 - Betriebszustand während der Messung (Vollast, Teillast);
 - Förderdruck des Schornsteins;
 - Abgastemperatur, Abgasverlust, Kesselaustritts-temperatur, CO₂- oder O₂-Gehalt;
 - CO-Gehalt;
 - Rußzahl (1., 2., 3. Messung, Mittelwert), Öl-derivate.

4. Besondere Angaben bei Festbrennstoffeuerstätten:
- o Art des Brennstoffes;
 - o Dichtheit des Kessels einschließlich der Verschlüsse, Zustand der Heizflächen, Rußbelag (Pech, Staub, Hart), Funktion von Schikanen, Rost, Regeleinrichtungen, Abgasklappe, Verbindungsstück, Belüftung, Entlüftung;
 - o Förderdruck des Schornsteins;
 - o Kesselaustrittstemperatur, Abgastemperatur.

§ 192 Überprüfungsbefugnis

- (1) Befugte **Gewerbetreibende** und deren **Mitarbeiter** dürfen Überprüfungen nach § 34 Abs. 1 der NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, durchführen, wenn sie die Voraussetzungen der Abs. 2 und 3 erfüllen.
- (2) Personen nach Abs. 1 müssen
1. die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen und
 2. über die erforderlichen Meßgeräte verfügen.
- (3) Die erforderlichen **Kenntnisse und Fertigkeiten** im Sinne des Abs. 2 Z. 1 werden nachgewiesen durch
1. unbedenkliche Zeugnisse oder sonstige Nachweise der erfolgreichen Zurücklegung einer Ausbildung mit dem im § 194 Abs. 1 genannten Umfang oder
 2. die erfolgreiche Ablegung der Prüfung nach § 194.
- (4) Wird der Nachweis nach Abs. 2 durch eine in einem Unternehmen hauptberuflich beschäftigte Person erbracht, ist ihr Ausscheiden aus dem Unternehmen der NÖ Landesregierung unverzüglich mitzuteilen.

- (5) Dem befugten Gewerbetreibenden wird bei seiner Bestellung eine **Registriernummer** zugewiesen. Die Registriernummer und die überprüfende Person sind in sämtlichen Prüfberichten einzutragen.

§ 193

Verlust der Überprüfungsbefugnis

- (1) Die **Überprüfungsbefugnis erlischt**, wenn die Voraussetzungen nach § 192 nicht mehr vorliegen. Dies ist von der Landesregierung mit Bescheid festzustellen.
- (2) Die Landesregierung hat die **Überprüfungs-befugnis** bei einer mißbräuchlichen oder unsachgemäßen Ausübung zu **entziehen**. Ein Mißbrauch liegt insbesondere dann vor, wenn die Überprüfung wiederholt durch andere als die in § 192 genannten Personen erfolgt.

§ 194

Prüfung von Gewerbetreibenden

- (1) Die **Prüfung** (§ 192 Abs. 3 Z. 2) besteht aus einem theoretischen Teil (schriftlich und mündlich) und einem praktischen Teil.

Sie umfaßt folgende Wissensgebiete:

1. theoretischer Teil
 - a) chemisch-physikalische Grundlagen
 - o Aufbau der Materie
 - o Verbrennungsvorgang
 - o Grundzüge der Wärmelehre
 - o Gasgesetze
 - o Grundzüge der Strömungslehre
 - o Maßeinheiten

- b) Bau- und Feuerungstechnik
 - o Heizräume
 - o Brennstofflagerräume
 - o Rauch- und Abgasfänge
 - o Bauformen von Kesseln und Brennern
 - o Sicherheitstechnik
 - c) Emissionen und Maßnahmen zur Emissionsminderung
 - d) Vorschriftenlehre
2. praktischer Teil
- a) Wärmebedarfsrechnung
 - b) Meßtechnik
 - o Normen und ihre Anwendung
 - o Meßgeräte
 - o praktische Durchführung der Messung
 - c) Ausstellung von Überprüfungsbefunden
- (2) Die Prüfung ist vor einer Prüfungskommission, der ein von der NÖ Landesregierung entsandter Vorsitzender und weitere fachlich geeignete Mitglieder anzugehören haben, abzulegen. Beim Vorsitzenden muß es sich um einen Bediensteten des höheren Verwaltungsdienstes des Amtes der NÖ Landesregierung handeln.

§ 195 Meßgeräte

- (1) **Die** für die Überprüfung **verwendeten Meßgeräte** müssen dem Stand der Technik entsprechen und nach der Betriebsanleitung des Herstellers gewartet werden.
- (2) Die Meßgeräte müssen mindestens jährlich von einer behördlich anerkannten Prüfstelle auf Funktion und Meßgenauigkeit überprüft werden.

- (3) In einem Prüfbericht sind die Prüfstelle und das Datum der Überprüfung einzutragen.

31. Abschnitt Energiesparende Anforderungen an Zentralheizungs- und Brauchwasseranlagen

§ 196

Regelung der Feuerungsleistung bei Zentralheizungsanlagen

- (1) **Zentralheizungsanlagen**, die mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen betrieben werden, sind mit selbsttätig wirkenden Einrichtungen zur Beeinflussung der Wärmezufuhr zu den Verbraucherstellen auszustatten (z.B. Regelung durch Thermostate).
- (2) Anlagen nach Abs. 1 mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 120 kW sind mit Einrichtungen für eine mehrstufige oder stufenlos verstellbare Feuerungsleistung oder mit mehreren Wärmeerzeugern auszustatten.

§ 197

(entfällt)

§ 198

Bestimmung der Heizlast von Gebäuden

Bei **Wärmeerzeugern für Zentralheizungen** darf die Nennwärmeleistung nicht größer sein als die nach anerkannten Regeln der Technik ermittelte Heizlast des

Gebäudes. In die Berechnung sind angemessen Zuschläge für raumluftechnische Anlagen sowie für Zentralheizungen mit festen Brennstoffen in Verbindung mit einem Pufferspeicher (Lastausgleichsspeicher) einzu-beziehen.

32. Abschnitt Anzuwendende technische Normen

§ 199 Geltende technische Normen

(1) Von den in der Verordnung zitierten ÖNORMEN gilt jeweils folgende Ausgabe:

ÖNORM	TITEL	AUSGABE
C 1108	Flüssige Brennstoffe – Rückstandsheizöle – Anforderungen	Mai 2003
C 1109	Flüssige Brennstoffe – Heizöl extra leicht – Gasöl zu Heizzwecken – Anforderungen	Dezember 2006
C 1301	Flüssiggas für Brenn- zwecke – Propan, Propen, Butan, Buten und deren Gemische – Anforderungen und Prüfverfahren	Mai 2001
M 7510-2	Überprüfung von Heizungsanlagen – Teil 2: Einfache Überprüfung von Feuerungsanlagen für flüssige und gasförmige Brennstoffe	November 2009

- M 7531 Prüfung der Rauchgase Juli 2009
von Ölfeuerungen –
Bestimmung der
Rußzahl*
- M 7532 Prüfung der Rauchgase März 2001
von Ölfeuerungen –
Fließmittelverfahren zum
Nachweis
von Ölderivaten*
- EN 437 Prüfgase – Prüfdrucke – Juli 2009
Gerätekategorien*

- (2) Den in Abs. 1 genannten ÖNORMEN sind gleichwertige technische Normen, die in einem anderen EU- oder EWR-Mitgliedstaat in Geltung stehen, gleichzuhalten.

6. Teil Lagerung brennbarer Flüssigkeiten

33. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

§ 200 Brennbare Flüssigkeiten

- (1) **Brennbare Flüssigkeiten** sind Stoffe mit Flammpunkt, die bei 35°C weder fest noch salbenförmig sind und bei einer Temperatur von 50°C einen Dampfdruck von nicht mehr als 3 bar (absolut) aufweisen. Sie werden unterteilt in solche mit einem Flammpunkt
- a) unter 21°C, z.B. Benzin, (**Gefahrenklasse I** – leicht entzündlich),

- b) von 21°C bis einschließlich 55°C, z.B. Petroleum, (**Gefahrenklasse II** – entzündlich),
 - c) von über 55°C bis einschließlich 100°C, z.B. Dieseldieselkraftstoff, (**Gefahrenklasse III** – schwer entzündlich),
 - d) über 100°C, z.B. Heizöl schwer oder Biodiesel-RME; für diese gelten die gleichen Bestimmungen wie für brennbare Flüssigkeiten nach lit.c.
- (2) Der **Flammpunkt** ist mit einem der Stand der Technik entsprechenden Prüfverfahren zu ermitteln z.B. ADR, Rn 3300 bis 3302.
- (3) In **Feuerungsanlagen** zur Wärmeerzeugung dürfen keine brennbaren Flüssigkeiten der Gefahrenklassen I und II verfeuert werden.

§ 201 Lagerung

- (1) Die **Lagerung** brennbarer Flüssigkeiten ist **verboten**
- o in Ein-, Aus- und Durchgängen und Ein-, Aus- und Durchfahrten,
 - o in notwendigen Verbindungen (Stiegen, Gänge),
 - o in Pufferräumen und Schleusen,
 - o in Dachböden, Schächten, Kanälen und schlecht durchlüfteten schachtartigen Höfen,
 - o in Lüftungs- und Klimazentralen, elektrischen Betriebsräumen, Maschinenräumen, Brandmeldezentralen und ähnlichen Zwecken dienenden Räumen,
 - o auf und im unmittelbaren Bereich von Fluchtwegen.

Bei **Lagerung** brennbarer Flüssigkeiten in **Bereichen**, die bei **100jährlichen Hochwässern** überflutet werden, ist durch besondere Maßnahmen sicher zu stellen, daß bei Überflutung ein Ölaustritt verhindert

wird (z.B. Sicherung der Lagerräume gegen eindringendes und drückendes Wasser oder des Behälters gegen Aufschwimmen, Außendruck und Wassereintritt).

- (2) **In Gebäuden** dürfen brennbare Flüssigkeiten in Behältern oder Kanistern in **Mengen von mehr als 10 bis höchstens 1000 Liter** in einem

- o durchlüftbaren Raum ohne Feuerstätte oder
- o mindestens brandhemmend ausgeführten Kellerabteil

aufbewahrt werden,

wenn

- o der Anteil der brennbaren Flüssigkeiten der Gefahrenklasse I 60 Liter und der Gefahrenklasse II 120 Liter nicht übersteigt und
- o die Lagerung in einer Auffangwanne erfolgt.

- (3) In Gebäuden, die nicht ausschließlich der Lagerung von brennbaren Flüssigkeiten dienen, dürfen **Mengen über 1000 Liter der Gefahrenklasse III** nur

- o in eigenen Lagerräumen und
- o bis höchstens 100.000 Liter

gelagert werden.

- (4) **In Heizräumen** (§ 90) dürfen bei Einhaltung des § 92 Abs. 5 und 6 **Lagerbehälter mit brennbaren Flüssigkeiten der Gefahrenklasse III** bis zu einer Gesamtmenge von höchstens 4.000 Liter aufgestellt werden, wenn

- o der Heizraum im Keller- oder Erdgeschoß liegt und durch diesen kein Zugang zu anderen Räumen besteht,
- o im Heizraum sich nur ein Wärmeerzeuger (zugehörige Ölfeuerstätte) mit einer Nennwärmeleistung von höchstens 26 kW befindet,
- o der Abstand zwischen Feuerstätte und Lagerbehältern mindestens 1 m beträgt,

- o *die Verbindung Feuerstätte und Lagerbehälter mit Einstrangsystem erfolgt und*
 - o *die Lagerbehälter doppelwandig mit Leckanzeige und mit einem Außenbehälter aus Stahlblech oder brandschutz- und sicherheitstechnisch gleichwertiger Außenummantelung ausgeführt sind.*
- (5) Jede Lagerung von brennbaren Flüssigkeiten muß unbeschadet der Bestimmungen des 34. Abschnittes den Anforderungen nach § 43 der NÖ Bauordnung 1996, LGBl. 8200, entsprechen.

34. Abschnitt

Lagerbehälter und Leitungen für brennbare Flüssigkeiten der Gefahrenklasse III

§ 202

Mindestausstattung

- (1) **Lagerbehälter** sind entsprechend dem Stand der Technik zu fertigen, aufzustellen und zu prüfen. Ortsfeste Lagerbehälter sind entweder leicht zugänglich aufzustellen (freistehend) oder unterirdisch hohlraumfrei einzubetten (erdverlegt).
- (2) **Lagerbehälter** müssen
- o voneinander in einem Abstand von mindestens 50 cm aufgestellt werden, ausgenommen Batterie-tanks,
 - o eine Vorrichtung zur Feststellung der Lagermenge (Füllstandsanzeiger) aufweisen, ausgenommen durchscheinende Lagerbehälter,
 - o außen mit einem Korrosionsschutz versehen sein, wenn nicht nach ihrer Art eine Korrosion ausgeschlossen ist,

- o mit einer Sicherung gegen Überfüllen ausgerüstet sein, die vor Erreichen des zulässigen Flüssigkeitsstandes den Füllvorgang unterbricht oder Alarm auslöst und
 - o bei einem Inhalt von über 3000 Liter eine Einstiegsöffnung mit 60 cm lichter Weite haben, ausgenommen Batterietanks.
- (3) Vor **Einstiegsöffnungen** muß ein Freiraum von mindestens 1 m Tiefe gewährleistet sein.
- (4) Als **Füllstandsanzeiger** dürfen z.B. Peilstäbe mit Kappverschraubung, pneumatische Anzeigen, Schwimmer etc. verwendet werden. Kommunizierende Anzeiger, z.B. aus Glas oder Kunststoff, sind nicht zulässig. Die **höchstzulässige Füllmenge** ist auf dem Füllstandsanzeiger kenntlich zu machen.

§ 203 Lagerung in Gebäuden

- (1) **Lagerbehälter in Gebäuden** sind entweder doppelwandig mit Leckanzeige auszuführen oder in einer Auffangwanne aufzustellen.
- (2) Zu den **Wänden** und der **Decke** ist ein **Mindestabstand** von 50 cm einzuhalten. Bei Lagerbehältern unter 20.000 Liter darf an zwei angrenzenden Wänden dieser Mindestabstand auf 20 cm verringert werden.

- (3) **Auffangwannen** müssen
 - o öldicht ausgeführt werden und
 - o die gesamte Lagermenge aufnehmen können.
- (4) **Batterietanks** dürfen bis zu einem Gesamtvolumen von höchstens 10.000 Liter zusammengeschlossen werden.
- (5) **Ortsgefertigte, prismatische Lagerbehälter** müssen auf mindestens 15 cm hohen Fundamentenstreifen aufgesetzt werden. Schweißnähte dürfen nicht auf diesen Fundamenten aufliegen. Ist die Bodenplatte des Behälters aus einem Stück, darf der Behälter auf eine mindestens 5 cm hohe Betonplatte mit einer feuchtigkeitsisolierenden Zwischenlage aufgesetzt werden.

§ 204 Unterirdische Lagerung

- (1) Die **unterirdische Lagerung** darf nur in Lagerbehältern erfolgen die
 - o normgerecht, zylindrisch und doppelwandig ausgeführt,
 - o mit einem selbsttätigen Leckanzeigergerät ausgestattet und
 - o gegen Korrosion von außen isoliert sind.
- (2) **Unterirdisch verlegte Lagerbehälter** müssen mindestens
 - o mit steinfreier Erde oder Sand 1 m, ist eine Überführung ausgeschlossen 50 cm, überschüttet werden,
 - o von Grundstücksgrenzen, unterirdischen Räumen, Fundamenten, Kanälen u.dgl. 1 m entfernt sein und
 - o erforderlichenfalls gegen Wasserauftrieb gesichert werden.

Sie dürfen nicht überbaut werden.

- (3) Der **Domschacht** des Lagerbehälters
- o darf den Behälter nicht belasten und
 - o ist den zu erwartenden Lasten (z.B. Fahrzeuge) entsprechend tragsicher abzudecken.
- Die **Füllstelle** darf im Domschacht angeordnet werden, wenn der Kragen des Schachtes auf den Behälter nachweislich vom Hersteller flüssigkeitsdicht angeschweißt ist.
- (4) Wird der **Lagerbehälter überfahren** und weist er einen Durchmesser von mehr als 2 m auf, dann ist durch eine **statische Berechnung** die Tragfähigkeit nachzuweisen.

§ 205

Lagerung im Freien

- (1) **Lagerbehälter im Freien** sind
- o standsicher aufzustellen und
 - o doppelwandig mit einem selbsttätigen Leckanzeigergerät auszuführen oder in eine Auffangwanne mit Schutz gegen Niederschlagswässer zu stellen.
- (2) Bei der **Aufstellung** ist ein **Mindestabstand** von
- o 50 cm gegen brandbeständige Wände ohne Öffnungen,
 - o 5 m gegen solche Wände mit Öffnungen,
 - o 10 m gegen nicht brandbeständige Bauwerke oder andere Lagerungen von brennbaren Stoffen
- einzuhalten.

§ 206 Leitungen

- (1) Die **Leitungen** müssen
1. aus metallischen Werkstoffen bestehen,
 2. den auftretenden mechanischen, chemischen und thermischen Beanspruchungen standhalten und
 3. über einen ausreichenden Korrosionsschutz verfügen.

Davon **ausgenommen** sind zugelassene Systeme für **Batterietanks** innerhalb von Lagerräumen.

- (2) **Bewegliche Leitungen** dürfen nur
- o an einsehbaren Stellen,
 - o in einer Länge von höchstens 2 m und
 - o zum unmittelbaren Anschluß an den Brenner
- verlegt werden. Abs. 1 Z. 2 und 3 gelten sinngemäß.
- (3) **Erdverlegte Leitungen** sind so auszuführen, daß Undichtheiten rechtzeitig erkannt werden können. Folgende Ausführungen entsprechen dieser Voraussetzung:
1. doppelwandig mit selbsttätiger Lecküberwachung
 2. schweres Gewinderohr mit Überwachung durch Detektorkabel oder
 3. flüssigkeitsdichtes Überschubrohr mit einem Gefälle zu einem flüssigkeitsdichten Kontrollschacht
- (4) Der **Füllstutzen** ist
- o leicht erreich- und bedienbar anzuordnen,
 - o mit einer Kappverschraubung abschließbar auszustatten und
 - o gegen unbefugten Zugriff zu sichern.

Es muß sichergestellt sein, daß die Leitung nach der Füllung entleert ist.

- (5) Lagerbehälter über 1000 Liter Inhalt sind mit einer **Lüftungsleitung** auszustatten, die
- ausreichend bemessen und nicht abschließbar ist,
 - ins Freie so hoch geführt ist, daß beim Befüllen ohne Pumpe die Flüssigkeit nicht ausfließen kann und
 - deren Rohrende gegen das Eindringen von Niederschlagswasser gesichert ist.
- (6) Wird ein **Zwischenbehälter** mit einer Pumpe befüllt, muß sichergestellt sein, daß der Zwischenbehälter nicht überfüllt wird.

Dies ist auf jeden Fall gewährleistet, wenn die Lüftungsleitung

- in den Lagerbehälter, aus dem gepumpt wird, mündet und
- einen mindest gleich großen Durchmesser wie die Zuleitung aufweist.

§ 207

Absperr- und Sicherheitseinrichtungen

- (1) **Absperrvorrichtungen sind** in Entnahmeleitungen aus Lagerbehältern **einzubauen**
- innerhalb der Auffangwanne beim Austritt aus dem Lagerbehälter,
 - beim Austritt aus dem Zwischenbehälter und
 - unmittelbar vor einer Feuerungsanlage.

Erfolgt die Entnahme

- durch eine Saugleitung von oben aus dem Behälter und
- liegt die Leitung bis zum Brenner über dem Niveau der Behälteroberkante,

dann darf die Absperrvorrichtung entfallen.

- (2) Verläuft die Entnahmeleitung bis zum Brenner nicht über dem Niveau der Behälteroberkante, dann ist ein **Magnetventil** bei
- o seitlicher Entnahme unmittelbar nach Austritt aus dem Behälter,
 - o Entnahme von oben an höchster Stelle
- innerhalb der Auffangwanne einzubauen.

§ 208 Aufschriften

- (1) Bei **Leckanzeigegeräten** sind Hinweise auf die erforderlichen Sofortmaßnahmen, die bei einer Leckanzeige durchzuführen sind, anzubringen.
- (2) Bei der **Füllstelle** ist ein Hinweis auf die gelagerte Ölsorte und eine eingebaute Überfüllsicherung anzubringen.

§ 209 Prüfungen, Befunde

- (1) Nach Aufstellung und vor Inbetriebnahme eines Lagerbehälters müssen beim Betreiber der Anlage folgende von befugten Fachleuten ausgestellte **Befunde** über
1. die dem Stand der Technik entsprechende Herstellung, Prüfung und Aufstellung oder Verlegung des Lagerbehälters,

2. die Dichtheitsprüfung des erdverlegten Lagerbehälters einschließlich der Verrohrung mit 0,3 bar Überdruck,
3. die Ausführung ölführender Rohrleitungen und Verbindungen mit Angabe des verwendeten Rohr- und Isoliermaterials sowie die Druckprobe der Leitungen und Armaturen mit dem 1,5-fachen Betriebsdruck, mindestens jedoch mit einem Prüfdruck von 5 bar Überdruck Luft oder Inertgas,
4. die Erdung metallischer Lagerbehälter und Rohrleitungen mit Angabe des gemessenen Erdübergangswiderstandes und
5. die öldichte Ausführung von Auffangwannen, Rohrkanälen und Schächten

aufliegen.

Sie sind zur Einsichtnahme aufzubewahren.

- (2) **Prüfungen** nach Abs. 1 Z. 2 und 3 sind bei erdverlegten Anlagen alle 6 Jahre zu **wiederholen**. Nach jeder Betriebsstörung, größeren Reparatur und Erweiterung sind alle Anlagen durch befugte Fachleute auf ihre Betriebssicherheit zu überprüfen.

- (3) Als **befugte Fachleute** (Abs. 1) gelten

- o staatlich autorisierte Anstalten oder in einem EU- oder EWR-Mitgliedstaat akkreditierte Stellen einschlägiger Fachgebiete,
- o Ziviltechniker einschlägiger Fachgebiete,
- o Amtssachverständige einschlägiger Fachrichtungen,
- o Gewerbetreibende, die zur Herstellung und Aufstellung der jeweiligen Anlagen berechtigt sind.

7. Teil Umgesetzte EU-Richtlinien, Schlußbestimmungen

§ 210 Umgesetzte EU-Richtlinien und Informationsverfahren

- (1) Durch diese Verordnung werden **folgende Richtlinien** der Europäischen Gemeinschaften **umgesetzt**:
1. Richtlinie 78/170/EWG des Rates vom 13. Februar 1978 betreffend die Leistung von Wärmeerzeugern zur Raumheizung und Warmwasserbereitung in neuen oder bestehenden nichtindustriellen Gebäuden sowie die Isolierung des Verteilungsnetzes für Wärme und Warmwasser in nichtindustriellen Neubauten, Amtsblatt Nr. L 52 vom 23. Februar 1978, Seite 32,
 2. Richtlinie 82/885/EWG des Rates vom 10. Dezember 1982 zur Änderung der Richtlinie 78/170/EWG betreffend die Leistung von Wärmeerzeugern zur Raumheizung und Warmwasserbereitung in neuen oder bestehenden nichtindustriellen Gebäuden sowie die Isolierung des Verteilungsnetzes für Wärme und Warmwasser in nichtindustriellen Neubauten, Amtsblatt Nr. L 378 vom 31. Dezember 1982, Seite 19,
 3. Richtlinie 89/106/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bauprodukte, Amtsblatt Nr. L 40, vom 11. Februar 1989, Seite 12,
 4. Richtlinie 90/396/EWG des Rates vom 29. Juni 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Gasverbrauchseinrichtungen, Amtsblatt Nr. L 196, vom 26. Juli 1990, Seite 15,
 5. Richtlinie 92/42/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 über die Wirkungsgrade von mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beschickten neuen Warmwasserheizkesseln, Amtsblatt Nr. L 167, vom 22. Juni 1992, Seite 17,

6. Richtlinie 93/68/EWG des Rates vom 22. Juli 1993 zur Änderung der Richtlinien 87/404/EWG (einfache Druckbehälter), 88/378/EWG (Sicherheit von Spielzeug), 89/106/EWG (Bauprodukte), 89/336/EWG (elektromagnetische Verträglichkeit), 89/392/EWG (Maschinen), 89/686/EWG (persönliche Schutzausrüstungen), 90/384/EWG (nichtseltsttätige Waagen), 90/385/EWG (aktive implantierbare medizinische Geräte), 90/396/EWG (Gasverbrauchseinrichtungen), 91/263/EWG (Telekommunikationsendeinrichtungen), 92/42/EWG (mit flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen beschickte neue Warmwasserheizkessel) und 93/23/EWG (elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen), Amtsblatt Nr. L 220 vom 30. August 1993, Seite 1,
7. Richtlinie 93/76/EWG des Rates vom 13. September 1993 zur Begrenzung der Kohlendioxidemissionen durch eine effizientere Energienutzung (SAVE), Amtsblatt Nr. L 237 vom 22. September 1993, Seite 28,
8. Richtlinie 1999/32/EG des Rates vom 26. April 1999 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG, Amtsblatt Nr. L 121 vom 11. Mai 1999, Seite 13,
9. *Richtlinie 2002/91/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, Amtsblatt Nr. L 1 vom 4. Jänner 2003, Seite 65.*

- (2) Diese Verordnung wurde **als technische Vorschrift** nach der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften

§ 211
Schlußbestimmungen

- (1) Diese Verordnung tritt am Monatsersten in Kraft, der der Kundmachung folgt.
- (2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die NÖ Bautechnikverordnung 1997 (NÖ BTV 1997), LGBl. 8200/7-0, vom 7. Oktober 1997, kundgemacht am 24. Oktober 1997, außer Kraft.

